

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder.

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Versteckgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 35 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,00 Mark.

Stuttgart den 17. April 1907

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Clara Jettin (Zunbel), Wilhelmshöhe, Post Vegerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtbach-Strasse 12.

Inhalts-Verzeichnis.

Ignaz Auer. — Antrag der deutschen Genossinnen zur Tagesordnung des Internationalen Kongresses zu Stuttgart. — Aussperrungen und Arbeiterinneninteresse. Von W. D. — Das Leben einer Idealistin. Von Anna Bloß. (Schluß). — Die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Von G. Wurm. — Die Frau im Aufsichtsrat der Konsumvereine. Von Marg. Hiltner. — Die Dienstbotennot und ihre Ursachen. Von P. Eisenstadt-Berlin. — Vom holländischen Arbeiterschutungskongress. Von M. Wibaut. — Fürsorge-erziehung in einem „Kulturhaat“. Von Carl Marchionini. — Zur Lage der Arbeiterinnen in Leipzig und Umgebung. Von A. G. Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen Mannsheim. — Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. Fl. Rotmittel: Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung. — Berichtigung. Beilagen: Frühlingsschöpfung. Von Gottfried Keller. (Gedicht). — Ein Stelldichein. Von Iwan Turgenjew. (Schluß.)

Ignaz Auer.

In letzter Stunde ereilt uns die schmerzliche Kunde von dem Hinscheiden Auers.

Mit ihm sinkt eine der eigenartigsten, kraftvollsten Persönlichkeiten der internationalen Arbeiterbewegung ins Grab. Aus den Niederungen des Lebens emporgestiegen, erschuf er sich selbst seinen Wert.

Wie Auer für die deutsche Arbeiterschaft gestritten und gelitten hat, wollen wir in nächster Nummer darlegen.

Antrag der deutschen Genossinnen zur Tagesordnung des Internationalen Kongresses zu Stuttgart.

Im Auftrag der deutschen Genossinnen beantragt die Unterzeichnete, auf die Tagesordnung des internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongresses den folgenden Punkt zu setzen:

„Der Kampf des Proletariats für die volle Demokratisierung des Wahlrechts.“

Begründung: Der Kampf für die volle Demokratisierung des Wahlrechts wird für die sozialistischen beziehungsweise Arbeiterparteien der weitaus meisten Länder immer mehr in den Mittelpunkt ihrer gegenwärtigen praktischen politischen Aufgaben gerückt. Mit der Entwicklung und Zuspitzung des Kampfes der Klassen empfindet das Proletariat in einer Reihe von Staaten immer schärfer die Notwendigkeit, durch die vollste Demokratisierung des Wahlrechts die Beseitigung aller rechtlichen Bestimmungen herbeizuführen, die einen bedeutenden Teil seiner großjährigen Mitglieder des Wahlrechts berauben oder die proletarischen Stimmen in ihrer Gesamtheit nicht zu ihrer vollen unmittelbaren Wirkung kommen lassen. In anderen Staaten wieder steigt mit der Entwicklung und Zuspitzung des Klassenkampfes für das Proletariat die Notwendigkeit, Verschlechterungen des Wahlrechts abzuwehren zu müssen. Angesichts dieser Situation scheint es den deutschen Genossinnen geboten, daß der internationale Kongress zu Stuttgart sich mit der Frage des proletarischen Wahlrechtskampfes beschäftigt als mit einer der wichtigsten praktischen Fragen für das sozialistische Proletariat aller Länder, Finnland ausgenommen. Dadurch würde dieser Kampf nicht nur neue kräftige Impulse erhalten, sondern auch bei aller Berücksichtigung der verschiedenen geschichtlichen Lage in den einzelnen Ländern, betreffs der grundsätzlichen Forderungen, um die es geht, eine Einheitlichkeit herbeizuführen, die seine Wucht vergrößern würde.

Die deutschen Genossinnen nennen an erster Stelle der zu erhebenden grundsätzlichen Forderungen selbstverständlich die auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle großjährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts und die Einführung des Proporz.

Wenn sie dabei die darin enthaltene Forderung des Frauenwahlrechts besonders betonen und mit dem gebührenden Nachdruck vertreten wissen wollen, so werden sie von folgenden Gesichtspunkten geleitet:

Mit der fortschreitenden Einbeziehung der Proletarierinnen in die Industrie und der Verschärfung des Klassenkampfes wächst für das Proletariat die Notwendigkeit, auch seine weiblichen Glieder gleich gerüstet und gleich wehrtüchtig wie die Männer in seine Heere einzugliedern und gegen den Feind führen zu können. Die politische Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts lähmt die politische Kampfesaktion der Hälfte des Proletariats und setzt außerdem durch ihre unvermeidliche Begleiterscheinung — die politische Rückständigkeit — die Kampfstüchtigkeit desselben herab, davon zu schweigen, daß diese Rückständigkeit breite Schichten proletarischer Frauen im Lager ihrer und unserer Feinde festhält. Mit der Verschärfung des Klassenkampfes steigt aber auch in allen Ländern die Neigung der besitzenden und herrschenden Klassen, ein beschränktes Frauenwahlrecht einzuführen und durch seine reaktionären Wirkungen die Erfolge des von dem männlichen Proletariat richtig benutzten Wahlrechts zu nichte zu machen oder wenigstens aufzuhalten. Es sei an die Einführung des beschränkten Frauenwahlrechts zu den kommunalen Verwaltungskörpern in Norwegen erinnert, an die Erklärungen clerikaler und konservativer Politiker in Belgien und Deutschland, an die Verhandlungen über das Frauenwahlrecht in der italienischen Kammer, an die sehr starke Frauenstimmrechtsbewegung in England, die sich im wesentlichen um die Einführung eines beschränkten Frauenwahlrechts dreht und sich sicherlich mit einem solchen zufrieden geben würde. Die Einführung eines Jensus-Frauenwahlrechts bedeutet aber nicht die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, sondern nur die Gleichberechtigung des weiblichen Besitzes und in der Wirkung mithin eine Stärkung der Macht der besitzenden Klassen, eine Stärkung, die eine weitere Demokratisierung des Wahlrechts zugunsten der proletarischen Frauen und Männer in die Ferne rücken würde. Den Gefahren, welche die Einführung eines beschränkten Frauenwahlrechts für den proletarischen Klassenkampf in sich schließt, kann am erfolgreichsten begegnet werden durch eine kraftvolle Agitation für das allgemeine Wahlrecht aller großjährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Davon abgesehen, ist auf der gegenwärtigen Stufe der sozialen Entwicklung, welche durch ausgedehnte und stetig zunehmende Frauenarbeit auf allen Gebieten charakteristisch wird, die Zuerkennung vollen Bürgerrechts an das weibliche Geschlecht ein Akt geschichtlicher Einsicht und selbstverständlicher Gerechtigkeit, ein Akt der Berücksichtigung sozialer Lebensnotwendigkeit für Millionen erwerbstätiger Frauen. Die an Umfang und Bedeutung wachsende bürgerliche Frauenbewegung in allen Kulturländern beweist dies. Nach der Auffassung der deutschen Genossinnen aber gebieten prinzipielle und taktische Gründe den Sozialisten aller Länder, in dem Kampfe für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts — wie für irgend eine andere Schicht politisch und sozial Entrechteter — sich nicht von einer bürgerlichen Partei übertreffen zu lassen, auch von der bürgerlichen Frauenbewegung nicht, die im letzten Grunde weit weniger für allgemeines Frauenrecht als für Damenrecht kämpft.

Außerst wichtig ist es außerdem, daß das Proletariat überall den Kampf für die Herabsetzung des Wahlmündigkeitsalters auf das einundzwanzigste Lebensjahr aufnimmt. Zwei Umstände begründen das. Die Proletarier werden in sehr jungem Alter zur Erwerbsarbeit, zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit gezwungen, weit früher als der bürgerliche Nachwuchs werden sie als Selbständige allen Wirkungen des politischen Lebens unterworfen und dadurch auch zum politischen Interesse

und zur politischen Reife erzogen. Andererseits aber sinkt mit der steigenden Intensität der Ausbeutung das durchschnittliche Lebensalter der Proletarier erschreckend. Die Berichte der Gewerbeinspektoren, statistische Dokumente usw. lassen über beide Tatsachen keinen Zweifel. Der frühe Beginn der wirtschaftlichen Mündigkeit der Proletarier, wie das vorzeitige Ende ihrer politischen Betätigung begründen gleich eindringlich die Notwendigkeit, den Kampf für ihre frühere politische Mündigkeit mit aller Entschiedenheit zu führen.

Von immer größerer Tragweite wird die Einführung der Proportionalwahlen für das Proletariat. Je mehr die Industrie aus ihren bisherigen Zentren hinauswandert in bäuerliche Gegenden, je mehr klassenbewusste Proletarier ihr dadurch aus den bisherigen Hochburgen des modernen Wirtschaftslebens und der sozialistischen Bewegung dorthin folgen müssen, desto mehr der früher wirksamen sozialistischen Stimmen werden zerplittert und verlieren ihre unmittelbar wirkende Kraft zur Sicherung von Mandaten, solange der Proporz nicht eingeführt ist. Das gleiche gilt von den Stimmen, die die sozialistische Partei in den sich neu entwickelnden industriellen Zentren und unter dem ländlichen Proletariat gewinnt.

Die deutschen Genossinnen sehen davon ab, alle übrigen bekannten Gründe darzulegen, welche für die Einführung des Proporz sprechen, ebenso wie von einer Aufzählung und Begründung weiterer Forderungen, welche die sozialistischen Parteien behufs voller Demokratisierung des Wahlrechts erheben müssen: Neueinteilung der Wahlkreise, Festsetzung des Sonntags als Wahltag, Aufhebung der politischen Achtung beim Bezug sogenannter „Armenunterstützung“ usw.

Ihrer Ansicht nach kann es sich nicht darum handeln, daß der internationale Kongress zu Stuttgart betreffs der Demokratisierung des Wahlrechts Prinzipien ausspricht, über welche in der ganzen sozialistischen Welt keine Meinungsverschiedenheit bestehen dürfte. Sie erwarten vielmehr, daß der Kongress der gegenwärtigen geschichtlichen Situation und dem Interesse des Proletariats gemäß das Seine dazu tut, die Prinzipien aus der Theorie in die Praxis umzusetzen durch den zielbewußten einheitlichen Kampf, der von unserer grundsätzlichen Auffassung getragen und geleitet wird.

Ottilie Baader,

Vertrauensperson der sozialdemokr. Frauen Deutschlands.

Ausperrungen und Arbeiterinneninteresse.

Auf dem Unterbau der kapitalistischen Gesellschaftsordnung vollziehen sich im Flusse der Entwicklung fortgesetzt Verschiebungen und Umformungen. Als Begleiterscheinung der technischen Revolution in der Gütererzeugung sehen wir die Kluft der Klassengegensätze sich stetig vertiefen und erweitern. All das sozialpolitische Getöse, das Emporschiesse charitativer und humanitärer Vereine und Vereinen, die Erweiterung des komplexen öffentlichen Wohlfahrtswesens sind nicht Zeichen des Verlassens der Klassengegensätze, sondern nur Reflexe seiner Verschärfung. Und diese Verschärfung findet ihren prägnanten Ausdruck in den wirtschaftlichen Kämpfen. Diese werden heute ausgefochten nach wohlüberlegten Plänen.

Die Verschärfung der Klassengegensätze hat auch die Technik der wirtschaftlichen Kriege befruchtet, hat auch hier Mittel finden lassen, die dem Feinde tiefere Wunden schlagen, größere Verwüstungen in seinen Verteidigungsmitteln anrichten. In jeder Hinsicht sind die Angriffs- und Verteidigungsmittel gewaltig gewachsen. Die Zeit der kleinen Geplänkel, wo die Arbeiter eines Betriebes mit ihrem allein stehenden Unternehmer kämpften, wird bald ganz der Vergangenheit angehören, und was früher in der Regel die Angriffswaffe der Arbeiter war, die Lahmlegung der Produktion, das ist heute oft das gefürchtete Kampfinstrument in der Hand des organisierten Unternehmertums. Um den Arbeiter zur Anerkennung der ihnen beliebten Arbeitsbedingungen zu zwingen, beantworten die Unternehmer Angriffstreiks mit Aussperrungen, ja sie gehen mit solchen zur Offensive vor.

Die Unternehmer, obwohl sie die Klassengegensätze leugnen und den Arbeiter gern von der Harmonie der Interessen überzeugen möchten, haben doch einen feinen Instinkt für ihre eigenen Klasseninteressen. Auf der Jagd

nach Gewinn, im wilden Konkurrenzkampf, da werden mit kalter Berechnung die Klaffgenossen vernichtet, die Großen zermalmen die Kleinen, aber im Kampf gegen die Arbeiterschaft wird Solidarität geübt. Früher half man sich, indem der Unternehmer, bei dem gestreikt wurde, seine Arbeiten in anderen Betrieben fertigstellen ließ, in neuerer Zeit wird es aber immer mehr Praxis, Streiks in einem Betriebe mit Schließung der Betriebe gleicher Branche an dem Kampfport, oder gar noch darüber hinaus, zu beantworten. Und was sonst oft dem heißen Verlangen der Arbeiter entspricht, einen Tarif mit den Unternehmern abzuschließen, das ist heute schon in seinem Gegenteil Ursache eines Konfliktes.

Am 12. Januar 1907 brach in Berlin* zwischen den Arbeitern und Unternehmern ein Kampf aus, bei dem das grundsätzliche Verlangen nach einem Tarifabschluß mit der Arbeiterorganisation die Unternehmer den Krieg erklären ließ. Während in anderen Fällen das Verlangen der Arbeiter, die Arbeitsverhältnisse tariflich zu regeln, als ein mit allen Mitteln zu bekämpfender Machtversuch der Arbeiterorganisationen denunziert wird, schreien jetzt die Holzindustriellen über Machtproben und Machtgelüste des Holzarbeiterverbandes, weil dieser kein Verlangen nach der Verlängerung des bisher gültigen Tarifes befandete. Die Unternehmer stellten die Bedingung: Verlängerung des bisherigen Tarifs, oder Kampf! Die Arbeiter wollten sich ohne Verbesserungen nicht tariflich festlegen, erklärten sich aber bereit, zu den bisherigen Bedingungen ohne Tarif weiter zu arbeiten. Weil die Arbeiter auf diesem Standpunkt verharrten, beschloffen die Unternehmer, mit Aussperrungen vorzugehen. So kam es zu einem Kampf, der dann auch noch auf eine Reihe andere Städte übergrang. Bezeichnenderweise sind von dem Aussperrungsbeschlusse die — Hirsch-Dunderianer ausgenommen, während die frei Organisierten, die Christlichen und Unorganisierten davon betroffen wurden. Dieser Erfolg stellt wohl ein besonderes Ruhmesblatt dar im Kranze Hirsch-Dunderianer Heldentaten.

Ein anderer, mit großer Erbitterung geführter Kampf, bei dem das Unternehmertum ebenfalls mit der Aussperrung vorging, hatte die Verweigerung von Nachtarbeit und die Ablehnung, einem von dem betreffenden Unternehmer gegründeten gelben Verein beizutreten, als äußeren Anlaß. Der Knechtkönig Ballin hat eine sogenannte Unterstützungsliste gegründet, die ganz offensichtlich dem edlen Zwecke der Streikbrecher dienen soll. Weil die Arbeiter sich weigerten, der Kasse beizutreten, weil sie die Einstellung der Nachtarbeit für Schauerleute verlangten, kam es in Hamburg zu der großen Aussperrung, die mit ihren verschiedenen sensationellen Begleiterscheinungen ganz besondere Aufmerksamkeit erregte. Die Hamburger Knecht holten sich von England den Abscham des Böbels, den Ausfluß der Hefe des Volkes, den in der göttlich-kapitalistischen Ordnung völlig demoralisierten, jeder sittlichen Würde entleideten scamp — Lumpen — als Streikbrecher heran. Diese Stützen der „nationalen“ Arbeit, die sich ihre Bedeutung als nützliche Elemente durch die rührende Fürsorge, die die Polizei ihnen erwies, bewußt wurden, traten den Streikenden und Aussperrten frech, höhrend gegenüber, so daß es einigemal zu Zusammenstößen kam. Und in der Generalversammlung der Hamburg-Amerika-Linie feierte die Brutalität des Kapitals noch einen besonderen Triumph. In Beantwortung der Interpellation eines Aktionärs, des Genossen Müller, Vorsitzender des Hafenarbeiterverbandes, wegen des Verhaltens der Direktion bei dem schwebenden Konflikt, erklärte Generaldirektor Ballin kategorisch: Hier sind Arbeiterinteressen nicht diskutabel! Fürwahr, treffender, schärfer, unverhüllter wie in diesem Bekenntnis läßt sich die „Harmonie“ der Interessen zwischen Kapital und Arbeit nicht illustrieren. Bei Gründung von Streikbrecherorganisationen kann man allenfalls über Arbeiterinteressen leutselig, herablassend plaudern; aber zum Ruduck, bleibt mit solchen Sentiments zu Hause, wenn es heißt die Beute verteilen. Dieses wichtige Geschäft läßt man sich durch Nützseligkeiten, die als Dekoration bei Festreden usw. sich ja ganz hübsch machen, nicht gern füttern. Die Arbeiter sollen sich unterwerfen, mit einem: „Küß die Hand, Guter Gnaden!“ die vom „Herrn im Hause“ diktierten Bedingungen ohne Widerrede akzeptieren; damit basta!

Berlin war der Ausgangspunkt der sich über eine Reihe Städte erstreckenden Schneiderausperrung. Zum Ausbruch kamen die Streikigkeiten Ende Februar. Die Herrenschneider stellten Forderungen, die von den Unternehmern nicht grundsätzlich abgelehnt wurden, aber, und da liegt der Hase im Pfeffer, die erforderlichen Vereinbarungen und Verhandlungen sollten vorläufig noch zurückgestellt werden. Nach der Saison hätten die Unternehmer natürlich noch weniger Gile gehabt. Die Arbeiter fielen auf solche taktischen Manöver nicht herein; ihre Forderungen wurden denn auch von einem Teile der Unternehmer anerkannt, während die im Arbeitgeberverbande organisierten Konfessionäre und Schneidemeister den Kampf aufnahmen und durch Aussperrungen die Arbeiter niederzuzwingen suchten.

Zur Zeit der Niederschrift dieser Zeilen ist in den angezogenen Fällen der Kampf noch nirgends beendet. Ob es im Baugewerbe — Maurer und Zimmerer — in diesem Sommer zu einem Ringen zwischen Unternehmern und Arbeitern kommt, ist noch nicht entschieden. Die Unternehmer haben das Ultimatum gestellt, daß die Arbeiter bis Mitte April mit bestimmten Erklärungen an die Arbeitgeberorganisation herantreten, eventuell will man sofort die Aussperrungswaffe in Anwendung bringen. In der Metallindustrie stehen anscheinend auch große Kämpfe bevor. In Bremen

* Siehe den Artikel des Genossen Deinhardt in der letzten Nummer der „Gleichheit“.

hat die Werft „Weser“, weil sie mit einigen Schmieden Lohn-differenzen hatte, alle Arbeiter ausgesperrt. Mit solcher Taktik will man Unzufriedenheit in die Reihen der Arbeiter hineintragen, die Arbeiter gegeneinander ausspielen und die Verbandsklassen leeren. Es ist bereits von anderen Werften gedroht worden, sie würden auch aussperrn, wenn der Konflikt bei der „Weser“ nicht bald beigelegt würde. Das ist das Ultimatum der bedingungslosen Unterwerfung für die Arbeiter. Ein anderer großer Konflikt ist in Dresden ausgebrochen. Cirka 2000 Metallarbeiter der Firma Seidel & Naumann haben wegen Lohnreduktionen und Maßregelung von Vertrauensleuten am Sonnabend den 6. April die Arbeit eingestellt. Bei der augenblicklichen Stimmung kann dieser Streik leicht größere Kreise ziehen. Es weht scharfer Wind, das unterliegt keinem Zweifel. Der Ausschuß des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller hat in einer Sitzung am 20. März beschlossen, daß in keinem Falle bei Streikfragen einzelne Unternehmer mit der Arbeiterorganisation verhandeln dürfen.

Da glücklicherweise die Arbeiter ihre Organisationen kräftig ausgebaut haben, werden sie sich natürlich durch proziges Auftreten der Unternehmer nicht einschüchtern lassen; sie werden den Kampf aufnehmen, wenn es nötig ist, und nach wie vor mit aller Entschiedenheit ihre Interessen vertreten. Und wenn durch die vor unseren Augen sich vollziehenden Umwertungen dem Arbeiter nachdrücklich klar gemacht wird, daß er Selbstmord begeht, daß er gegen das eigene Fleisch wütet, wenn er nicht durch Zusammenfassung aller Kräfte seine Position fäkt, so muß aus den Vorgängen die Arbeiterin ganz sicher lernen, daß Indifferentismus gegenüber der Konzentration der Kräfte des Unternehmertums die Selbstvernichtung, die Selbstentwaffnung, Niederlage, verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung bedeutet.

Das organisierte Unternehmertum erstrebt die volle uneingeschränkte Macht über die Arbeiterschaft. Kann es seine Pläne durchsetzen, so wird die Arbeiterin noch mehr geknechtet. Heute schon ist sie minderen Rechtes, heute schon wird sie noch mehr ausgebeutet als der Mann. Es wäre verbrecherischer Optimismus, anzunehmen, daß zur absoluten Herrschaft gelangte Unternehmertum würde die Sklavensketten für die Arbeiterin lockern, aus Dankbarkeit dafür, daß sie ihm durch Befügigkeit die Unterjochung der gesamten Arbeiterschaft erleichtert hat. Die gefügigsten Arbeiter waren auch immer die am brutalsten Ausgebeuteten. In dem Maße, wie die Überlegenheit des Unternehmertums wächst, verschlechtert sich auch die Lage der Arbeiterin.

Und die Arbeiterfrau, die nicht selbst gewerblich tätig ist, muß endlich erkennen, daß sie eine Feindin ihrer Familie, ihrer Kinder ist, wenn sie aus kleinlichen Erwägungen ihrem Manne die Erfüllung der aus den proletarischen Interessen sich ergebenden Pflichten erschwert. Nicht fernhalten von der Gewerkschaft, sondern hineinstoßen in die gewerkschaftliche Bewegung soll die Arbeiterfrau den Mann.

Aber bei allen Kämpfen wirtschaftlicher Natur darf der Blick für die treibenden Kräfte und Mächte nicht verloren gehen. Das Unternehmertum kämpft für die Existenz der kapitalistischen Ordnung. In diesem Kampfe ist das oberste Prinzip: Herrschaft des Kapitals, Knechtschaft der Arbeit. Dieses Prinzip enthält als hohle Phrase, was dem Volke sonst zu seiner Beschwelung als Ideale vorgegaukelt wird. Die „Schlichter“ der nationalen Arbeit und der nationalen Ehre verbinden sich international mit ihren Klassen-genossen zur Niederkämpfung der eigenen Volksgenossen, sie holen das Gesindel des Auslandes herbei, um den Söhnen und Töchtern des eigenen Vaterlandes den Fuß auf den Nacken setzen zu können. Hochauf jauchzt das Kapital, wenn es, über Blut und Leichen stampfend, seinen Profit wachsen sieht.

Mit wirtschaftlichen Kämpfen, so unbedingt notwendig und unerlässlich sie sind, wird die kapitalistische Ordnung nicht gesprengt. Aus dem Jammertal der Ausbeutung und Unterdrückung hinaus, hinauf zur lichten Höhe der Freiheit, zur höchsten Stufe kultureller Entwicklung führt der Sozialismus. Die vom Unternehmertum inszenierten Machtkämpfe, das Streben nach despotischer Gewalt kann und muß bei der Proletarierin die Einsicht von der Notwendigkeit der Umgestaltung der Gesellschaftsordnung fördern und damit auch in erhöhtem Maße das Wollen auslösen, im Kampfe für den Sieg des Sozialismus alle Kräfte einzusetzen.

W. D.

Das Leben einer Idealistin.

Von Anna Bloss.

(Schluß.)

Verschiedene interessante Persönlichkeiten traten ihr in der Zeit näher. Louis Blanc war ein häufiger Gast des Herzogen Kreises. Sie schildert ihn als eitel, aber sehr lebenswürdig. Sympathischer als Blanc war ihr Barthélemy, ein französischer Arbeiter, der in den Junitagen 1848 mit Vörsenmut auf den Barricaden gekämpft hatte und dafür im Exil büßte. Sie bewunderte seine harmonische Durchbildung, sein taftvolles Benehmen. Dieser Barthélemy hatte übrigens einen anderen Junikämpfer, den ehemaligen Marineleutnant Courmet, den Vater des späteren Kommuneitglieds des Konvent, im Duell getötet. Er ward später wegen eines Mordes hingerichtet, was Malvida qualvolle Stunden bereitete. Von den italienischen Emigranten sah sie häufig Saffi, den Genossen Mazzini, den sie als literarisch hochgebildeten, poetischen, träumerisch-melancholischen Menschen hochschätzte. Weit tieferen Eindruck er machte Garibaldi auf sie, der, noch von dem Glanze seiner heldenmütigen Verteidigung von Rom 1849 umgeben, in London wieder als einfacher Schiffskapitän erschien. „Seine Erscheinung war

wie der stille Zauber eines schönen Tages“, schreibt sie. Er floßte das tiefe Vertrauen eines Menschen ein, bei dem nie zwischen Rede und Tat ein Zwiespalt obwalten konnte, und obgleich sein Name schon damals neben dem Mazzini der berühmteste war in Italien, war sein Auftreten einfach und anspruchslos. Sie besuchte ihn auch auf seinem Schiffe, das einer kleinen schwimmenden Republik glich.

Auch Freunde aus der Heimat suchten Malvida auf, und durch die schöngeistige Entwicklung ihrer Zöglinge, das harmonische Leben, das sie zu führen imstande war, empfand sie, daß sich ihr im Exil eine neue liebe Heimat aufgetan hatte. Von größtem Interesse war für sie die Ankunft Richard Wagners, der nach London kam, um dort einige Konzerte zu halten. Sie hatte schon in Deutschland verschiedene seiner Schriften studiert, auch die Texte zu Lohengrin, Tannhäuser und dem Ring der Nibelungen gelesen. Die „Vollendung und Erlösung durch die Kunst“ schien ihr in Wagners Genie ermöglicht, und sein Konzert schloß ihr die geheimnisvolle Sprache der Tonwelt auf. Wagner zeigte sich bei seiner ersten Begegnung mit Malvida kühl und zurückhaltend. Die warme Freundschaft, die sie mit ihm verband, datiert aus späteren Jahren. Aber sie lernte bei dem Zusammentreffen in London durch Wagner die Grundgedanken des Philosophen kennen, dessen Richtung ihr Leben beeinflusste. Sie hatte Schopenhauer in Frankfurt gesehen, aber seine Werke noch nicht gelesen. Der Satz von der Verneinung des Willens zum Leben traf sie mit besonderer Macht, wie ein Rätsel, vor dessen Lösung sie nicht zurückschrecken dürfte und dessen Verständnis in ihr vorbereitet läge. Ihre philosophischen Anschauungen standen von da ab im Banne Schopenhauers. Im ersten Jahrgang der „Neuen Zeit“ (1888) hat Malvida v. Mensenbug in einem interessanten Artikel ihr Zusammentreffen mit Richard Wagner und ihre Beziehungen zu ihm geschildert.

Die innere und äußere Klärung verließ Malvidas Wesen einen so unendlichen Zauber, eine so edle Harmonie, daß es nicht übertrieben war, wenn Johanna Kinkel nach einem Besuch bei ihr, bei dem sie Zeuge ihres segenspendenden Waltens war, ihrem Empfinden mit den Worten Ausdruck gab: „Es war mir ganz, als träte ich in ein kleines Himmelreich.“ Aber die Wolken sollten diesem Himmelreich nicht fern bleiben, Malvidas bewegtes Leben sich noch nicht ruhig gestalten. Ihre Beziehungen zu Herzen waren durch das enge Zusammenleben, durch die Liebe zu seinen Kindern, durch die gemeinsamen Interessen immer inniger geworden. Sie spricht es nie aus, daß sie ihn geliebt hat, aber ihr reiches, großes Herz hat sich wohl ganz dem Manne zugewandt, der ihr so viel Bewunderung einflößte und der ihr sein höchstes Gut, seine Kinder, anvertraut hatte. Ihre Stellung in seinem Hause blieb aber nicht unangefehdet, und es drängten sich Fremde zwischen sie und Herzen, der eine eigentümliche Scheu vor energischem Auftreten besaß. Man richtete sich in ihre Erziehungsprinzipien, in die von ihr eingeführte Hausordnung, und gerade weil Malvida ihre Pflichten nicht als geschäftliche, sondern als innerste Herzenssache betrachtete, konnte sie diese Einmischung auf die Dauer nicht ertragen. Sie mußte wieder einmal zu ihrem Schmerz erkennen, daß das Geben nicht vollkommen gegenseitig, daß Herzen nicht der Mann war, ihr seine Freunde zu opfern, um ihre Stellung dadurch erträglich zu machen. Die bewundernswerte Energie, die ihr immer eigen war, verließ sie auch jetzt nicht. Mit blutendem Herzen riß sie sich los von dem Hause, das ihr eine zweite Heimat geworden, von dem Freunde, von den so heiß geliebten Kindern, da sie ein sah, daß ihre Stellung unhaltbar geworden, und von neuem begann der harte Kampf um die Existenz, doppelt hart, da sie wieder einsam geworden, nachdem sie das Glück der Heimat kennen gelernt. Die Bitterkeit, daß es von der anderen Seite zu dieser Trennung hatte kommen können, kämpfte mit dem Schmerz um das verlorene Glück, aber mit aller Macht suchte sie in der Arbeit Trost zu finden und wandte sich der schriftstellerischen Tätigkeit zu. „Dem Reichen, auch wenn er das Geliebteste verloren, bleibt noch der Trost, dem Verlorenen einen Tempel zu bauen“, schreibt sie resigniert in dieser Zeit, „ihm bleibt die Macht, fremde Tränen zu trocknen; dem Armen, dessen Herz blutet, was bleibt ihm als die innere Arbeit der Resignation, die unter dem Druck des äußeren Tagelohnertums nur zu oft zur Tantalusarbeit wird.“ Das Benehmen des Herrn Herzen, den Malvida weit überschätzt hat, kommt bei ihr mit einem allzu leichten Tadel davon. Andere haben diese Persönlichkeit in ein richtigeres Licht gerückt. Auch die traurige Erfahrung, daß sich manche ihrer Freunde von ihr abwandten, um den Vorteil des gastreichen Herzogen Hauses weiter zu genießen, blieb ihr nicht erspart. Andererseits erleichterte aber gerade treue Freundschaft ihr die Zeit der Einsamkeit. Große, bedeutende Menschen können nicht in unser Leben eintreten, ohne eine Spur zu hinterlassen, das erfuhr auch Malvida, und der innige Verkehr mit Kinkels, Mazzini, dem Kunsthistoriker Professor Springer, mit Mrs. Gaskell, der Verfasserin des vielgelesenen Romans „Mary Barton“, halfen ihr, daß schöne Gleichgewicht ihrer Seele wiederzufinden und innerlich immer mehr zu wachsen und sich zu veredeln. Mazzini namentlich zeigte sich ihr von einer Seite, die man an diesem Manne wenig kannte. In zarter, freundschaftlicher Weise nahm er sich der Verlassenen an, ihren Freund und Berater nannte er sich und in all seine Pläne weichte er sie ein. Sie war eine fleißige Mitarbeiterin seines revolutionären Journals, durch ihre Vermittlung schrieb auch Lothar Bucher, damals noch radikaler Demokrat, später die rechte Hand Bismarcks, für dieses Journal. Mazzinis Einfluß bewog Malvida zu dem Versuch, unter den deutschen Arbeitern in London für die Ideen des republikanischen Verschwörers zu agitieren. Damit erlebte sie, wie sie selbst

wehmütig schildert, einen vollkommenen Mißerfolg. Sie behauptete, von den Arbeitern nicht verstanden worden zu sein, aber es war umgekehrt; die Arbeiterwelt war ihr fremd. Mazzini verwarf beknäuelich den Klassenkampf und seine Republik war eben eine Bourgeoisrepublik, die man den Arbeitern nach der Junischlacht von 1848, in der sie von der Bourgeoisrepublik so blutig niedergeworfen worden waren, nicht als das Ziel einer sozialen Bewegung hinstellen konnte. Mit dem modernen Sozialismus und seiner Fortentwicklung hatte sie sich wohl noch weniger als Mazzini selbst beschäftigt. Sie gab die politische Propaganda unter den Arbeitern auf, und sie tat wohl daran.

Eine empfindliche, nicht auszufüllende Lücke riß in diesen Freundeskreis der so unerwartete Tod Johanna Kinkels. Malvida war eine der ersten, die dafür eintraten, daß Johanna ihrem Leben nicht freiwillig ein Ende gemacht haben könne. Sie war mit unter den vielen Leidtragenden, die Johanna Kinkel auf ihrem letzten Wege geleiteten, auch eine jener Versprengten, die die deutsche Frau im fremden Lande begruben.

Inzwischen kam das Jahr 1859 heran, und die italienischen Patrioten lehrten in ihr Vaterland zurück, um sich an dem Unabhängigkeitskampf Italiens zu beteiligen. Dadurch kamen bittere Trennungen für Malvida. Auch von Herzen trennte sie sich ein zweites Mal, nachdem sie einen vergeblichen Versuch gemacht, ihre frühere Stellung in seinem Hause und bei seinen Kindern wieder auszufüllen. Dazu kam die Sorge um ihre immer schwächer werdenden Augen, die eine Erblindung fürchten ließen. Wie furchtbar wirkte diese Herzenssöde auf sie, um so furchtbarer, da ihr körperliches Gebrechen den Geist hinderte, seiner Arbeit zu leben und so das erschütterte Gleichgewicht wieder herzustellen.

Das Anerbieten einer Freundin, mit dieser gemeinschaftlich in Paris die Erziehung ihrer Kinder zu leiten, erschien ihr wie eine Befreiung. Und doch wurde ihr der Abschied von England, wo sie eine zweite Heimat gefunden, wo sie sieben Jahre des Exils voll schwerer Entbehrungen, voll Arbeit, tiefen Leiden, Verlusten und Kämpfen verbracht, aber wo sie auch treue aufopfernde Freundschaft gefunden, wo sie innerlich gewachsen und stark geworden, unfähig schwerer Arbeit mit Freunden begrüßte sie auch das Land, von dem einst der Gedanke der Freiheit ausgegangen war, jenes Erwachen der Menschheit zum Gefühl ihrer Rechte, jenes Zerschneiden der Fesseln, in die ein despotischer Wille Millionen von Geschöpfen geschlagen. Ihre Jugendträume und Schwärmerieen erwachten in ihr, aber auch die Trauer darüber, wie wenig und wie anders sich die Träume erfüllt hatten, als sie einst gehofft. Auch in Paris sammelte sich bald ein Kreis interessanter, geistig bedeutender Menschen um Malvida. Ernest Renan trat ihr bald näher, und sie prophezeite dem Verfasser des „Leben Jesu“ seine bedeutende Stellung in der französischen Literatur zu einer Zeit, da er noch ein junger, unbekannter Schriftsteller war. Innig befreundet wurde sie mit dem Geschichtsschreiber Michelet und seiner Gattin und Mitarbeiterin, die so bescheiden von ihrer gemeinschaftlichen Arbeit sagte: „Ich sammelte die Bausteine, er fügte das Gebäude.“ Mit Eifer studierte die Idealistin alles, was Paris an Kunst bot. Von höchster Bedeutung war wieder eine zweite Begegnung mit Richard Wagner. Seit dem ersten Zusammentreffen in London hatte sie sich in das Studium seiner Schriften, in die Texte seiner damals vollendeten Opern vertieft. Sie war eine der ersten, die zu jener Zeit, da die Kunst Wagners noch von allen Seiten angegriffen und umstritten wurde, sie rückhaltlos anerkannte und bewunderte, voll überzeugten Glaubens, daß Wagners Genie sich Bahn brechen müsse.

Für Malvida sollte nun nach den langen Jahren der Kämpfe und Entfagungen der Augenblick kommen, da ihr Lebensschiff in den Hafen der Ruhe einlief. Noch einmal kam Herzen zu ihr und bat sie, die Erziehung seiner Töchter dauernd zu übernehmen. So war ihr denn das erfüllt, was ihr höchster Wunsch gewesen, denen etwas zu sein, die richtig zu leiten, die den schmalen Weg der Einsamen auf Erden gehen, „die mehr nach den Sternen sehen als nach den Kronleuchtern des Ballsaals, die den Offenbarungen des Genies mehr vertrauen als der offiziellen Moral“. Nun konnte sie beweisen, daß auch die unverheiratete Frau den ausschließlich sogenannten weiblichen Beruf ausüben, daß sie die Walterin des häuslichen Lebens, die Mutter aufblühender Jugend sein kann. Damit tritt sie dem Gedanken entgegen, daß die Ehe als Ziel des Lebens von klein auf der Frau hingestellt werden muß. Ihr Ziel geht dahin, dem Mädchen wie dem Knaben die größtmögliche Entwicklung seiner Fähigkeiten zu geben, das Streben, aus sich selbst ein möglichst vollendetes Wesen zu machen, in jedem Kinde zu wecken. Wie auch die äußeren Verhältnisse sein mögen, jedes Mädchen sollte eine Spezialität haben, durch die es selbständig oder anderen nützlich sein könne. Wie viel leichtsinnig geschlossene Ehen würden dann vermieden, auf eine wie viel höhere Stufe würde dann die Frau kommen.

Hinter „allem Regen, allem Treiben“ sah Malvida nun „den geliebten Zweck, der endlich lohnt“. Auch der Pfad des Alters war für sie nicht dornenlos. Stunden schweren körperlichen Leidens, vielen und tiefen Seelenschmerzes blieben ihr bis zuletzt nicht erspart; aber auch Momente inniger Freude und reinen Genusses wurden ihr zuteil. Ihre Familie hatte sich ihr liebend wieder zugewendet, nachdem sie erkannt hatte, daß Malvida nicht phantastischen Impulsen gefolgt war, sondern einer großen Idee gedient hatte.

Sie durfte ihre letzten Lebensstunden an einem Orte verbringen, wo große Erinnerungen in bleibenden Zeugen hehrer Momente einen Kranz der Unsterblichkeit schlingen, und wo die ewig gültige Natur auch die Trümmer stets von neuem mit holdem Jugendschmuck umgibt, in ihrem geliebten

Rom. Als ihr achtzigster Geburtstag heranlam, trafen von allen Seiten so viel Freundschaftsbeweise und Zeichen der Verehrung und Dankbarkeit ein, daß Malvida sich gerührt sagen durfte: „Du hast nicht umsonst gelebt; nicht nur, daß du dir selbst Treue gehalten hast, du bist auch anderen etwas gewesen, und Besseres kann ja der Mensch nicht verlangen, als mit diesem Doppelzeugnis an der Schwelle der Ewigkeit stehen und warten, bis sich ihm die Pforte öffnet, aus der es keine Wiederkehr gibt.“

Nun hat sich ihr diese Pforte geöffnet, die Stunde des Abschieds fand sie bereit, als ihr langes reiches Leben zu Ende ging. Sie starb am 26. April 1903. Eine Idealistin war sie im schönsten Sinne des Wortes, erfüllt von einem reinen Willen und dem unablässigen Bemühen, dieses Volk zur Tat werden zu lassen.

Es ist kaum nötig, nochmals zu betonen, daß sie nicht zu den Unfrigen gehört hat. Aber die Kalt dieser Idealistin wird immer eine neue lebendige Anklage gegen die herrschenden Klassen bilden, die sich zwar für ihre Persönlichkeit schließlich interessierten, die aber ihre Bestrebungen nicht verstanden und demgemäß auch nicht zu würdigen wußten.

Die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit.

Die Sterblichkeit der Säuglinge wächst in einer für die Regierung wie für die bürgerliche Welt erschreckenden Weise. Zwar sind es größtenteils die Kinder der ärmeren Bevölkerung, die kaum geboren, dahingerafft werden. Aber gerade diese arbeitende Armut hat durch ihre bisher stetige und große Zunahme dem Deutschen Reiche ermöglicht, ein so gewaltiger Militär- und Industriestaat zu werden. Deshalb haben Regierung und Unternehmertum das gleiche Interesse, einen Bevölkerungsrückgang, wie ihn jetzt die stets wachsende große Säuglingssterblichkeit befürchten läßt, zu verhindern. Selbstverständlich aber nicht mit großen „Opfern“ — in Geldsachen hört die Gemütlichkeit wie das Gemüt rasch auf! — Die wichtigsten Maßnahmen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit werden daher bei dem geplanten Kampfe nicht berücksichtigt. Daß ein wirksamer Säuglingsschutz bereits vor der Geburt des Kindes bei dessen Mutter beginnen muß und der bisherige gesetzliche Muttersschutz völlig unzureichend ist, hat zwar die Sozialdemokratie bereits vor zwei Jahrzehnten bei Beratung der Krankenversicherung und Gewerbeordnung betont — aber bis heutigen Tages lenkt § 137 der Gewerbeordnung nur ein Arbeitsverbot von vier bis sechs Wochen nach der Niederkunft, während unsere Reichstagsfraktion acht Wochen forderte und außerdem für schwangere Arbeiterinnen eine Arbeitspause von mindestens vier Wochen vor der Niederkunft, wobei ihnen für diese Zeit von einer Krankenkasse mindestens der ortsübliche Tagelohn gezahlt werden müßte. Und noch immer erstrecken sich Gewerbeordnung und Krankenversicherung nur auf die in Fabriken beschäftigten Arbeiterinnen, und schutz- und hilflos sind die Frauen und Mädchen in der Landwirtschaft, in häuslichen Diensten, in nicht fabrikmäßiger Lohnarbeit und in der Heimarbeit.

Alle diese Anträge, die, wie die Zunahme der Verelendung der Arbeiterinnen und ihrer Kinder zeigt, vollkommen berechtigt und schon vor zwei Jahrzehnten zeitgemäß waren, wurden von den Vertretern der kapitalistischen Interessen abgelehnt, weil solche Schutzbestimmungen die Ausbeutung der Arbeiterinnen schmälern könnten. Ja sie werden von der bürgerlichen Welt und von der Regierung auch noch totgeschwiegen,* damit ein Bülow und der Reichslügenverband über „die negative Tätigkeit der Sozialdemokratie“ zernern können!

Und auch auf dem Gebiet der Mutter- und Säuglingsfürsorge durch Wohlfahrtsanstalten war es die Sozialdemokratie, die bahnbrechend voranging. Unser leider viel zu früh verstorbener Genosse Dr. Kurt Freudenberg wies schon vor sechs Jahren darauf hin, daß die private Fürsorge durch wohlthätige Vereine nicht im geringsten genüge und es eine Pflicht der Gemeinde sei, helfend einzugreifen. Auf Freudenbergs Veranlassung beantragte im Jahre 1901 die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordneten, daß von der Stadt Maßnahmen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit getroffen werden. Der Magistrat wie die Mehrheit der Versammlung leistete längere Zeit Widerstand, bis schließlich doch die Frage in einer Deputation beraten wurde. Unsere Genossen forderten: Verpflegung hilfsbedürftiger Mütter schon vor der Niederkunft in Heimplätzen, unentgeltlichen ärztlichen Rat und Hilfe in Säuglingsfürsorgestellen, unentgeltliche Abgabe sorgfältig genommener Säuglingsmilch, ohne daß dies als eine Armenunterstützung angerechnet werden darf. Einer der bürgerlichen Stadtverordneten meinte ganz entsezt: „Das werde ja der reine Zukunftsstaat!“ Und der (freisinnige!)

* Das vom Kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebene Reichs-Arbeitsblatt (Nr. 5 von 1906) brachte zwar in einem Artikel über Mutterschutz und Mutterschaftsversicherung die Petitionen und Beschlüsse bürgerlicher Frauenvereine wörtlich zum Abdruck, aber die weit älteren Forderungen der deutschen Genossinnen, die bis auf das Jahr 1892 zurückgehen, sowie die Anträge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu der Materie im Jahr 1900 sind mit keiner Silbe erwähnt. In folgenden Publikationen haben die deutschen Genossinnen ihre Ansichten und Forderungen zu der Frage niedergelegt: „Gleichheit“ 1892, Nr. 7, Nr. 13; 1893, Nr. 2. Protokoll des Parteitags und der Frauenkonferenz zu Mainz 1900. „Gleichheit“ 1900, Nr. 20; 1901 Nr. 2 und Nr. 3. Petition an den Reichstag im Januar 1901. Protokoll des Parteitags und der Frauenkonferenz zu München 1902. „Gleichheit“ 1902, Nr. 20. Protokoll des Parteitags und der Frauenkonferenz zu Mannheim.

Magistrat erklärte, eine Fürsorge für die Schwangeren und Wöchnerinnen könne er „nicht als eine Aufgabe der Stadtgemeinde erachten“.

Nach jahrelangen Verhandlungen drangen endlich unsere Forderungen durch, und der „nie positiv tätigen Sozialdemokratie“ ist es zu danken, daß Berlin seit vorigem Jahre sich stets erweiternde Maßnahmen zum Schutze der Säuglinge trifft: Unentgeltliche ärztliche Beratung unbemittelter Mütter und Pflegemütter von Säuglingen über Wartung und Pflege der Kinder, unentgeltliche Abgabe von Milch bis zur Dauer von acht Tagen, Gewährung von Stillprämien. Gegenwärtig beträgt die Zahl der Säuglingsfürsorgestellen sieben, der Zuschuß der Stadt 287 000 Mk.

Dem Beispiel Berlins folgten einige andere Städte, und jetzt ist endlich auch die Regierung mit einer Vorlage zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit an den Reichstag herantreten, nachdem im vorigen Jahre ein Komitee unter dem Protektorat der Kaiserin beschloß, eine Anstalt für Säuglingsschutz ins Leben zu rufen. Nun schenkte Charlottenburg schleunigst 1 1/2 Hektar Baugrund im Werte von 400 000 Mk. zum Bau, der 1 Million Mark kosten wird, spendeten Privatleute bereits 2/3 Millionen und werden auch den Rest sowie die 200 000 Mk. für die innere Einrichtung noch hergeben, denn unsere Bourgeoisie ist nie knauserig, wenn man „Aberhöchst“ die Schenkungen bemerkt. Zur Deckung der Betriebskosten, die auf jährlich 100 000 Mk. geschätzt werden, gibt Preußen aus dem Fonds der Medizinalverwaltung 20 000 Mk. und das Reich soll 40 000 Mk. geben, den Rest Gemeinden und Vereine beden.

Dem Reichstag ging jetzt wegen dieses Reichszuschusses eine Denkschrift zu, in der über die geplante „Anstalt zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reiche“ folgendes mitgeteilt wird:

„Die Anstalt soll den Umfang und die Ursachen der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reiche und in den anderen Kulturstaaten wissenschaftlich erforschen und die geeigneten Unterlagen für die zu ergreifenden Abhilfemaßnahmen beschaffen. Namentlich sollen alle Fragen, welche auf die Behandlung der Säuglinge unter gewöhnlichen und außergewöhnlichen Verhältnissen Bezug haben, wissenschaftlich und praktisch ergründet, die bestmögliche Pflege und Ernährung der Säuglinge, die Mittel und Wege, um die natürliche Ernährung der Säuglinge durch das Stillgeschäft der Mütter wieder zur allgemeinen Gepflogenheit werden zu lassen, sowie die im Notfall als Ersatz zu benutzende künstliche Ernährung zum Gegenstand der Forschung gemacht werden.“

„Die Anstalt soll ferner die Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen und praktischen Forschungen, sowie ihrer Sammelstätigkeit auf dem Gebiete der Säuglingsfürsorge und des Mutterschutzes zur allgemeinen Ausnutzung durch Veröffentlichungen zugänglich machen, auch Behörden, öffentlichen und Privatverbänden, sowie Einzelpersonen auf Wunsch Auskunft und Rat erteilen. Die Behörden und Organe der Gesetzgebung und Verwaltung sollen sich dort nach den verschiedenen Richtungen der Säuglingsfürsorge hin unterrichten und Ratschläge für ihr Vorgehen gegen die Säuglingssterblichkeit holen können.“

„Für die Bevölkerung ist die Abhaltung öffentlicher Vorträge der Anstaltsärzte, für die Ärzte die Veranstaltung von Kursen zur Weiterbildung in der Säuglings- und Wöchnerinnenbehandlung in Aussicht genommen. Auch soll eine Schule für Wochen- und Säuglingspflegerinnen mit der Anstalt verbunden werden. Auf solche Weise hofft man, einen tüchtigen Stamm von Ärzten und Pflegerinnen zu gewinnen, die wiederum in den zum Teil bereits bestehenden, zum Teil in der Entstehung begriffenen oder geplanten Musteranstalten zur praktischen Betätigung der Säuglingsfürsorge in den Einzelstaaten segensreich wirken können.“

Zur Erfüllung dieser Aufgaben soll die Reichsanstalt folgende Einrichtungen umfassen:

- eine Schule für Wochen- und Säuglingspflegerinnen,
- Unterkunftsräume für Schwangere,
- eine Entbindungs- und Wöchnerinnenabteilung,
- ein Mütterheim, ein Säuglingsheim,
- eine Abteilung für kranke Säuglinge,
- eine Fürsorgestelle zur Beratung von Müttern und Pflegemüttern, von Schwangeren und Wöchnerinnen, in geeigneten Fällen auch zur Gewährung von Unterstützungen in Form von Stillprämien und zur Verabreichung einwandfreier Kindermilch,
- chemische und bakteriologische Laboratorien,
- eine Stallung für Milchvieh, sowie Räume zur tadellosen Gewinnung, Keimfreimachung, Abkühlung und Aufbewahrung der Milch.

Das ist gewiß ein sehr reichhaltiges und den hygienischen Anforderungen in weitesther Weise Rechnung tragendes Programm. Und da die Anstalt als eine Zentralkstelle für ganz Deutschland hinsichtlich der wissenschaftlichen und praktischen Erforschung alles dessen dienen soll, was in bezug auf Säuglingsfürsorge sowie Schutz und Pflege für Schwangere, Wöchnerinnen und Mütter geschehen kann, so ist ihr hygienisches Wirkungsgebiet ein recht umfangreiches.

Die Verwaltung der Anstalt soll, wie die Denkschrift mitteilt, durch ein Kuratorium erfolgen, „das in seiner durch die Statuten zu regelnden Zusammensetzung eine Gewähr dafür zu bieten hätte, daß die Interessen der Gesamtbevölkerung und aller Landesteile im Reiche bei dem Wirken dieser Anstalt ihre Berücksichtigung finden“.

Dazu würde aber gehören, daß auch die Arbeiter in Stadt und Land im Kuratorium durch die Vertreter ihrer Interessen Sitz und Stimme bekommen; davon verlautet bis jetzt aber noch nichts!

Und so lobenswert es ist, daß endlich dieser Teil der von unserer Partei im Reichstag, wie in den Gemeinden schon seit so langer Zeit erbobenen Forderungen zur Durchführung gelangen soll, so müssen wir doch, selbst auf die Gefahr hin, daß man wieder unsere negative Haltung schmählt, darauf hinweisen, daß die geplante Anstalt mit all ihren vortrefflichen Absichten und Einrichtungen nur ein Teilchen ihrer Aufgabe lösen kann, wenn nicht gleichzeitig für den gesetzlichen Schutz der Arbeiterinnen gesorgt wird: Verkürzung der Arbeitszeit, Verbot der Arbeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben, ausreichendes Arbeitsverbot für Schwangere und Wöchnerinnen und ausreichende Unterstützung durch die Krankentasse.

Ja — ein ganzer Teil der Tätigkeit jener Anstalt würde überflüssig werden, wenn solch gesetzlicher Schutz der Arbeiterinnen gegen die verelendende Wirkung der kapitalistischen Ausbeutung jetzt schon genügend vorhanden wäre und energisch durchgeführt würde.

Die Statistik zeigt, daß es vor allem die erwerbstätigen Frauen sind, deren Säuglinge zugrunde gehen — daraus folgt, daß es die Erwerbstätigkeit ist, die dieses Elend veranlaßt.

Die Denkschrift sagt davon nichts. Sie kümmernt sich nicht um die sozialen Ursachen, sondern betrachtet nur deren Wirkungen, ohne auf jene Bezug zu nehmen. „Obenan unter den Ursachen der Säuglingssterblichkeit“, heißt es in der Denkschrift, „stehen Mängel der Ernährung und der Pflege der jungen Kinder“.

Daß dies nicht die wirkliche Ursache, sondern bereits eine Folge sozialer Not ist, bekräftigt die Denkschrift selbst, indem sie fortfährt: „Dies zeigt sich unter anderem besonders darin, daß die Sterblichkeit der außerehelichen Säuglinge (im Deutschen Reiche 1904: 31,4 auf je 100 außerehelich Lebendgeborene) erheblich höher ist als die der ehelichen (18,6 auf je 100 ehelich Lebendgeborene).“

Die außereheliche Mutter befindet sich eben zumeist in einer noch größeren Notlage als die eheliche, insofern ist auch die Ernährung und Pflege der außerehelichen Säuglinge ein schlechteres.

Mit dem Einkommen der Mutter hängt auch die ferner in der Denkschrift angeführte Tatsache zusammen, daß die Säuglingssterblichkeit in der heißen Jahreszeit, in welcher die Milch leicht verdorbt, außerordentlich ansteigt (in den etwa 300 größten deutschen Orten kamen 1900 bis 1904 nahezu 40 von je 100 Säuglingsstodesfällen auf die drei Monate Juli bis September). Wenn auch der Hitze zahlreiche Kinder der bestehenden Klasse zum Opfer fallen, so fehlt doch den beschäftigten Müttern weit mehr noch als den wohlhabenden und reichen die Möglichkeit, die Milch durch geeignete Kühlvorrichtung gegen das Verderben zu schützen und unverdorben, bestgepflegt und daher teure Milch zu kaufen. Ebenso steht es mit den in der Denkschrift angeführten Ernährungsstörungen der Säuglinge, die unter den Todesursachen weitaus an erster Stelle stehen (1902 bis 1903 gingen in den deutschen Großstädten allein an Magen- und Darmataxie einschließlich Atrophie (Auszehrung) der Kinder über vier Zehntel aller dort gestorbenen Säuglinge zugrunde). Denn die billige Milch der ärmeren Mütter stammt von billig und daher schlecht ernährten Kühen, während die reicheren Mütter durch teure, aber gute Milch ihre Säuglinge vor Ernährungsstörungen schützen können.

Und ebenso hängt es mit der zunehmenden sozialen Not der Mutter zusammen, daß, wie die Denkschrift sagt, „die natürliche Kinderernährung, die Ernährung an der Brust, erheblich feltener geworden ist“. Abriß wieder ein Beweis für die Richtigkeit der von jener Seite so heiß bestrittenen Verelendungstheorie!

Die Not der Mütter ist die Hauptursache, daneben erst, sagt selbst die Denkschrift, „kommen Nachlässigkeiten und Unkenntnis hinsichtlich der Ernährung und Pflege junger Kinder in weiten Kreisen in Betracht“. Gewiß, da läßt sich bis in die reichsten Quartiere hinein durch Aufklärung manches bessern und auch die wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der Säuglingsernährung bedarf noch weiteren Ausbaues, wie auch die Denkschrift erwähnt.

Aber für die Masse der Mütter und die Masse der dem Tode geweihten Säuglinge kommen in erster Linie die sozialen Verhältnisse in Betracht, und all die Maßnahmen, welche die Reichsanstalt plant und einige städtische Anstalten bereits ausführen, können gegenüber der verheerenden Wirkung der überlangen Arbeitszeit, des Mangels an Schonzeit für Schwangere, der ungenügenden Entlohnung der Arbeiterinnen und ihrer Männer nicht genügend durchgreifende Wirkung ausüben.

Die in der Denkschrift mitgeteilte Statistik über die Säuglingssterblichkeit zeigt, daß Deutschland wieder einmal voran ist: seine Säuglingssterblichkeit ist erheblich höher als in den meisten anderen Kulturstaaten!

Mehr als der dritte Teil aller in Deutschland überhaupt gestorbenen Personen entfällt auf das erste Lebensjahr!

Im Verhältnis zu hundert Lebendgeborenen starben im ersten Lebensjahr im Durchschnitt des Reiches 19,8, das ist fast ein Fünftel der Geborenen! Dagegen starben in Italien 17,2, in Luxemburg 16,0, in Belgien 15,5, in England 14,6, in der Schweiz 14,0, in Frankreich 13,2, in den Niederlanden 13,2, in Dänemark 11,6, in Irland 10,0, in Schottland 8,6 und in Norwegen 7,9.

Von ausschlaggebender Wirkung bei diesen Unterschieden in der Säuglingssterblichkeit ist erstens der Stand der allgemeinen Lebenshaltung der Bevölkerung und zweitens der Umfang der Erwerbstätigkeit der Frauen, namentlich der industriellen, die ja den Müttern das Stillen

ihrer Kinder unmöglich macht. Italien ist zwar durchschnittlich ärmer als Deutschland, aber noch nicht so industriell entwickelt und hat auch nicht solche große Armeen der Fabrikarbeiterinnen; Frankreich und England haben eine durchschnittlich wohlhabendere Bevölkerung, Norwegen ist noch fast ganz frei von industrieller Frauenarbeit.

Deutlicher tritt dieser Zusammenhang zwischen Lebenslage und Beruf der Mütter mit der Säuglingssterblichkeit hervor, wenn man nicht große Länder, sondern kleinere Bezirke eingehender betrachtet. Die Denkschrift gibt nur an, daß die Säuglingssterblichkeit im Jahre 1903 (und 1904) betrug im Durchschnitt des Reiches 20,4 (19,6), in Preußen 19,4 (18,5), in Württemberg sogar 22,2 (22,1), im Königreich Sachsen 24,7 (24,4) und in Bayern 25,0 (23,9).

Weit deutlicher weisen die Sterblichkeitsziffern auf die sozialen Ursachen hin, wenn man nur die Sterblichkeit der ehelichen miteinander vergleicht, da bei den unehelichen Säuglingen noch besondere Ursachen in Betracht kommen. Im Jahre 1904 hatte die größte Säuglingssterblichkeit der ehelichen Kinder Neuß jüngere Linie 25,2; hier betrug die Zahl der Fabrikarbeiterinnen an 40 Prozent der gesamten Arbeiterschaft. Die größte Sterblichkeit der unehelichen hatte die Provinz Posen mit 35,9 Prozent, während die der ehelichen dort nur 17,1, also die Hälfte betrug — in Neuß jüngere Linie dagegen war die der unehelichen 27,0, also nur um wenig höher als die der ehelichen. Die uneheliche Mutter in der Provinz Posen ist zumeist Landarbeiterin! Nächste Neuß jüngere Linie hat die größte Sterblichkeitsziffer der ehelichen Säuglinge Sachsen-Altenburg mit 26, Neuß ältere Linie mit 23,4 und das Königreich Sachsen mit 23,2 Prozent. Bayern hat im Durchschnitt nur 22,7 (uneheliche 31,9), aber das industrielle Bayern rechts des Rheins hat 23,9, das mehr agrarische linksrheinische nur 16,1 Prozent, Württemberg hat 21,4, Anhalt 21,1, Baden 20,0.

Auf die größeren Städte verteilt sich im Jahre 1904 die Säuglingssterblichkeit der ehelichen und unehelichen auf je 100 Lebendgeborene wie folgt: es starben in Görlitz 45,6, Chemnitz 33,7, Augsburg 31,7, Frankfurt a. O. 31,4, Nürnberg 29,3, Stettin 28,8, Zwickau 28,6, Spandau 27,7, Meß 27,6, Magdeburg 27,4, Leipzig 27,2, Plauen 27,0, Rixdorf 26,8, Breslau 26,8, Mannheim 26,3, München 25,3, Köln 25,1, Halle 25,0, Mainz 24,4, Posen 24,1, Mülhausen i. E. 23,6, Karlsruhe 23,4, Berlin 23,0, Königsberg 22,8, Straßburg i. E. 22,5, Hannover 20,5, Kiel 20,4.

Bremen, Hamburg und Lübeck haben unter 20 Prozent (19,3, 19,7, 18,9); Frankfurt a. M. hat die niedrigste Säuglingssterblichkeit aller deutschen Städte, nämlich nur 8,1 Prozent auf 100 Lebendgeborene, wie es überhaupt die geringste Sterblichkeit aufweist (0,7 Prozent), dagegen Posen mit 2,5 Prozent der Bevölkerung die größte. —

In Berlin war im Jahre 1904 die Säuglingssterblichkeit (auf 100 Lebendgeborene) am größten im armen Wedding, Gesundbrunnen und einem Teil der Luisenstadt (27,4 und 27,3 Prozent), am geringsten in der reichen Friedrichstadt (15,7) und dem reichen Tiergartenviertel (15,9). Im allgemeinen sind die industriereichsten Städte auch die mit der größten Säuglingssterblichkeit, und wie man sieht, übersteigt sie die auf dem flachen Lande und dadurch die des Reichsdurchschnitts ganz bedeutend. Da aber in den Industrieorten die Mehrzahl der deutschen Bevölkerung angehäuft ist, so ist damit bewiesen, daß die wichtigsten Maßnahmen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit nur der Arbeitersinnenschutz ist, im Vergleich zu dem alle anderen Fürsorgebestrebungen nur in geringem Umfang Nutzen stiften können. Und da allein die Sozialdemokratie diesen Arbeitersinnenschutz in ausreichendem Maße fordert, so ist auch sie es allein, die im Kampfe gegen die Säuglingssterblichkeit den richtigen Weg zeigt.

Der kapitalistische Staat jedoch will ihn nicht gehen — und die paar Millionen Mark, die er jetzt für den Säuglingschutz auszugeben sich anschickt, werden an dem Massenelend, das er in immer stärkerem Maße heraufbeschwört, je mehr er sich entwickelt, nur wenig ändern. So bleibt daher auch auf diesem Gebiet den Arbeiterinnen nur das eine wirkliche Mittel: Klassenbewußte Organisation zur Eroberung der politischen Macht und dadurch die Eringung ausreichenden gesetzlichen Schutzes und wirtschaftlicher Vorteile. Die Denkschrift der Regierung wie die Maßnahmen der herrschenden Klasse gegen die Säuglingssterblichkeit können uns dabei als ein gutes Agitationsmaterial dienen.

Emanuel Wurm.

Die Frau im Aufsichtsrat der Konsumvereine.

Die Mühlheimer Genossinnen hatten seinerzeit beschlossen, eine Frau als Aufsichtsratsmitglied für den dortigen Konsumverein in Vorschlag zu bringen; das regt mich an, zu diesem wichtigen Thema einiges zu schreiben.

In den Generalversammlungsberichten, die in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“, dem Organ der deutschen Konsumvereine, veröffentlicht werden, findet man sehr selten, daß bei den alljährlichen Erfahrungswahlen eine Frau mit in den Aufsichtsrat gewählt wird. Und doch nehmen Frauen in immer wachsender Zahl an den Generalversammlungen teil, ein Zeichen, daß sie sich mehr und mehr dafür interessieren. Allem Anschein nach wissen aber die meisten Genossinnen gar nicht, daß sie innerhalb der Genossenschaft ein sehr wichtiges Recht ihr eigen nennen, nämlich das Recht zu wählen und gewählt zu werden. Die Voraussetzung dafür ist freilich, daß die Frau sich selbst als Mitglied beim

Konsumverein anmeldet und fleißig die Generalversammlungen besucht, um einen Einblick in das Genossenschaftswesen zu bekommen. Meines Erachtens ist doch für die Konsumgenossenschaft die Frau der Hauptfaktor, von ihrer Einsicht hängt das Gedeihen der Genossenschaft ab. Um so weniger ist ihre Zurücksetzung bei den Wahlen der Aufsichtsratsmitglieder gerechtfertigt. Die männlichen Genossen, die in den Aufsichtsrat gewählt werden, haben gewöhnlich doch auch noch nicht die nötigen Vorkenntnisse. Sie müssen sich auch erst allmählich einleben, und es dauert eine ganze Weile, bis sie alles beherrschen. Warum soll die Frau das alles nicht auch lernen können, wo es sich doch um ihre ureigensten Interessen handelt? Die Ausrede, daß die Frau als Gattin und Mutter nicht die nötige Zeit zur Verfügung habe, ist nicht stichhaltig; eine verständige Frau wird ihre Zeit häuslicher einteilen und so ihrer Pflicht als Genossin nachkommen können, zumal in den meisten Vereinen eine kleine Entschädigung für die versäumte Zeit geleistet wird.

Soweit die Schreiberin dieser Zeilen orientiert ist, sind in den von der Statistik umfaßten Vereinen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ungefähr 68 000 Frauen selbständige Mitglieder. Es ist das freilich nur ein kleiner Prozentsatz, doch immerhin eine Zahl, mit der gerechnet werden kann und muß. Der Erlanger Verein, der zum süd-deutschen Unterverband gehört, hat 43 Prozent Frauen unter seinen Mitgliedern. Dieser war auch bis vor ungefähr einem Jahre der einzige Verein in Süddeutschland, der seit der Gründung (1901) eine Frau im Aufsichtsrat hat. Zuerst waren es sogar zwei, doch hat eine durch Aufgeben der Mitgliedschaft ihren Posten freiwillig verlassen. Dem Erlanger Beispiel folgten die Vereine in Nürnberg und Jülich, die jetzt auch je eine Frau im Aufsichtsrat haben. Das sind also drei Frauen unter ungefähr 1300 männlichen Aufsichtsräten im süddeutschen Verband. In den anderen Unterverbänden wird es auch nicht anders sein.

Da nun der Konsumverein sowieso fast die einzige Körperschaft ist, wo die Frau ihr Stimmrecht ausüben kann, sollte sie sich auch dieses Rechtes immer mehr bewußt werden. Besonders bei Neugründungen sollte es nie veräußert werden, eine oder mehrere Frauen mit in den Aufsichtsrat zu nehmen. Sie können, was in der Natur der Sache liegt, manchen guten Rat geben, und die laufende Frau wendet sich immer lieber mit ihren Klagen an eine Frau, weil diese besser imstande ist, sie zu verstehen. Darum, Genossinnen, werdet selbst Mitglieder der Konsumvereine, besucht die Generalversammlungen fleißig, lest euer Frauengenossenschaftsblatt, das fast in allen Vereinen umsonst zu haben ist, und bekümmert euch mehr als bisher um das, was im Verein vorgeht. Selbstverständlich müßt ihr dann auch selbst Vorschläge zu den Wahlen machen und eine auf euch fallende Wahl annehmen. Wenn auch das Einarbeiten etwas schwer ist, es geht schon, wenn man den guten Willen dazu hat. Auch an die Genossen richte ich das Ersuchen, ihr Teil dazu beizutragen, daß den Frauen auf diesem Gebiet ihr Recht wird, denn es ist nichts damit getan, daß man nur in der Theorie für das allgemeine Stimmrecht der Frauen eintritt, man muß es auch da, wo es heute schon möglich ist, praktisch zur Durchführung bringen.

Marg. Küttner.

Die Dienstbotennot und ihre Ursachen.

Allgemein bekannt sind die Klagen der Dienstgeber über die Mängel und Fehler unserer Dienstboten. Die Annahme, daß diese Fehler eine Eigentümlichkeit unserer Zeit und früher nicht vorhanden gewesen seien, ist weit verbreitet. Sie beruht indessen auf einem Irrtum. Es mag ja wohl zutreffen, daß einige Züge in dem Wesen der Dienstboten von heute durchaus das Gepräge eines erwachenden Selbstbewußtseins zeigen, daß in dieser allgemeinen Form nur in der Gegenwart möglich ist, und das wir auch auf anderen Gebieten des sozialen Lebens wahrnehmen, viele freilich nur mit großer Enttäuschung. Aber dieses Selbstbewußtsein, das sich vom Standpunkt der Dienstgeber aus als Frechheit, Übermut, Anmaßung und dergleichen äußert, ist doch eben nur der Inhalt einer Klage. Sehen wir von ihr ab, so ergibt sich, daß über diejenigen Eigenschaften, welche die Dienstgeber an den Dienstboten am meisten tadeln zu müssen glauben, wie Faulheit, Unsauberkeit, Unehrlichkeit, Unmoral usw., schon in früheren Zeiten geklagt wurde, wenn den bemängelten Eigenschaften auch damals die selbstbewußte moderne Note fehlte. Sehr interessante Aufschlüsse über die historische Seite der Frage, die uns einen kulturgeschichtlich lehrreichen Blick in die Vergangenheit unserer Hauswirtschaft tun lassen, finden wir in einem demnächst erscheinenden Buche, in das uns durch die Liebesswürdigkeit des Verfassers schon jetzt ein Einblick gestattet worden ist.

Diese wertvolle Arbeit enthält außer den historischen Rückblicken eine Enquete über die Lage der Dienstboten in Nürnberg, die der Verfasser dort im Sommer dieses Jahres veranstaltet hat. Es will uns scheinen, als wenn gerade der subjektive Charakter dieser Enquete ihren eigentümlichen, durch nichts anderes zu ersetzenden Wert ausmacht, insofern er uns nämlich an die sozial-psychologischen Quellen des Leben selbst heranführt, mehr als die toten und kalten Zahlen der Statistik dies zu tun imstande sind.

Wir sind aber außerdem im Gegensatz zu dem Verfasser auch der Ansicht, daß trotz des geringen Umfanges, den eine ohne amtlichen Apparat unternommene Privat-enquete naturgemäß haben muß, doch aus den eingegangenen Ant-

* Dr. Oskar Stülch: Nürnberger Dienstbotenverhältnisse in Vergangenheit und Gegenwart.

worten Analogieschlüsse auf die Allgemeinheit zulässig seien, die sich von der Wirklichkeit nicht allzuweit entfernen dürften. Wir glauben, daß die Stillschicken Untersuchungen Resultate aufweisen, die auch außerhalb der Nürnberger Stadtmauern auf Geltung Anspruch erheben können.

Was an den Antworten der Herrschaften ganz besonders auffällt und wie mit einem grellen Schlaglicht die innere Schwäche der oberen Kreise gegenüber der sozialen Frage — und dazu gehört die Dienstbotenfrage — beleuchtet, das ist die ungeheure Verschiedenartigkeit ihrer Ansichten, die allerdings nur der Verschiedenartigkeit des Besitzes, der Bildung und der sozialen Stellung entspricht und die Zerrissenheit der Dienstbotenhaltenden Klassen widerspiegelt. Das ist ferner die mangelnde Erkenntnis dessen, worauf es eigentlich ankommt, das Übersehen der einfachsten sozialen Zusammenhänge und endlich die zum Teil gerade damit zusammenhängende Art der Reformvorschlüsse. Nur wenige Aussagen erweisen sich als Ausnahmen von dieser Regel. Dem gegenüber stehen die Aussagen der Dienenden, die trotz aller Verschiedenartigkeit des Ausdrucks Zeugnis ablegen von der Einheitslichkeit und Geschlossenheit der Gesinnung, die diese Kreise befehlen.

Nirgends treten diese Verhältnisse schärfer zutage als bei den Antworten auf die Frage nach den Ursachen und der Beseitigung der Dienstbotennot. Dienstbotennot ist ein doppelsinniges Wort. Es kann sowohl Not an Dienstboten wie auch Not der Dienstboten bedeuten. Es ist nicht unwesentlich, das ausdrücklich festzustellen, wie wir sogleich sehen werden; denn es kann eigentlich gar nicht wundernehmen, wenn die überwiegende Mehrheit der Dienstgeber von einer Not der Dienstboten nichts wissen will und nur eine Not, einen Mangel an Dienstboten kennt und konstatiert. Ja noch mehr, die meisten Dienstgeber kommen gar nicht auf den Gedanken, daß dieses Wort einen anderen Sinn haben könnte; sie können sich gar nicht vorstellen, daß Not und Elend bei den Dienstboten, die unter ihren Augen leben und bei ihnen wohnen, überhaupt vorhanden und möglich sei. Für sie ist es selbstverständlich, daß Dienstbotennot gleichbedeutend ist, ja nur sein kann mit der Not, die sie selbst mit ihren Dienstboten haben. In bezug auf die Lage der letzteren aber erscheint ihnen alles in bester Ordnung. Arbeitszeit, Löhnung, Wohngelegenheit, Behandlung, Beköstigung lassen nach ihrer Meinung nichts zu wünschen übrig. Wenn nur die Mädchen ehrlicher, fleißiger, sauberer, süßgamer wären, wenn vor allem nur nicht ihr Sinn so dahin ginge, frei zu sein und die Fabrikarbeit dem häuslichen Dienst vorzuziehen! In diesen Punkten erblicken die Damen der besitzenden Klasse die Hauptsache ihrer Not. Aus dem Reichsinn erklären sie sich das Abströmen der Mädchen in die gewerblichen Berufe. Es ist eigentlich nur selbstverständlich, wenn die Damen auch meinen, daß die Mädchen durch diesen Wechsel das schlechtere Teil gewählt haben und in der Fabrik sittlich verwahrlosen. Allein in diesem Urteil liegt eine schematische und deshalb unzulässige Verallgemeinerung, zudem aber auch eine völlige Ignorierung der sittlichen Gefahren, in die die Mädchen in vielen Dienststellen durch die männlichen Familienmitglieder gebracht werden. Fast keine der Damen kommt auf den Gedanken, daß auf ihrer, der Herrschaften Seite die Hauptsache an den bestehenden Verhältnissen liegt; fast keine hat das Gefühl, daß dieses Hin- und Herstreben, dieses Ganzfreiseinwollen — wenn auch nur für einige Stunden — eine bei einem erwachsenen Menschen ganz natürliche Sache ist und die gegenwärtige Gebundenheit fast wie Freiheitsberaubung wirkt; daß auch Dienstmädchen Menschen sind, die ein gleiches Anrecht wie die Herrschaft auf freie Zeit, auf Vergnügen und dergleichen haben, und daß auch die Freiheit eine erziehlige Wirkung ausüben kann.

Wie liegen nun die Dinge? Sind in der Tat die Löhne auch nur ausreichend, die Arbeitszeit eine angemessene, Beköstigung, Behandlung und Schlafgelegenheit eine menschenwürdige? Wir hatten oben gesehen, daß die Herrschaften dieser Meinung sind. Ganz anders dagegen lauten die Antworten der Mädchen. Die Enquete ergibt, daß die Mädchen eine mittlere Arbeitszeit von 14 bis 16 Stunden haben. Dies bezieht sich auf 69 Prozent der herrschaftlichen Angaben und 63 Prozent der Fälle nach Angaben der Mädchen, im Mittel auf 66 Prozent, das heißt zwei Drittel der an der Enquete beteiligten Personen. Aber damit ist der Begriff der Arbeitszeit nicht erschöpft. Das Mädchen ist zu jeder Tageszeit zur Arbeit verpflichtet und muß oft auch inmitten der Nacht zur Verfügung ihrer Herrschaft stehen. Es liegt hier eine Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft schlimmster Art vor, und man sollte sich billigerweise nicht wundern, wenn — und das ist ein unbedingt Verdienst des Verfassers, auf diesen wichtigen Umstand hingewiesen zu haben — dann mit der zunehmenden Arbeitszeit die Intensität der Arbeit nachläßt. Das ist ein physisch-psychisches Gesetz, dessen Erscheinungsform dann freilich von Seiten der Hausfrauen mit einem anderen Werturteil bedacht wird. Sie klagen über die Faulheit ihrer Mädchen. Auch kann man füglich nicht erwarten, daß die Arbeitslust durch eine derartige Inanspruchnahme gefördert wird. Wenn dann für ein solches Übermaß an Arbeit außer den üblichen Naturalien in Nürnberg zum Beispiel ein Lohn von 150 M. jährlich, das heißt zirkla 40 Pf. pro Tag gezahlt wird, so muß er als ganz unangemessen bezeichnet werden. Der Schwerpunkt der Löhne in Nürnberg liegt zwischen 150 und 200 M. Hierher zählen 85 Prozent der Fälle im Mittel nach von den Angaben der Herrschaften und Dienstboten. Bei zirkla einem Viertel der Befragten betragen die Löhne 100 bis 150 M. und bei ungefähr demselben Teil 200 bis 250 M. Ebenso entsprechen die Schlaf- und Wohngelegenheiten in vielen Fällen auch den bescheidensten Ansprüchen an Be-

haglichkeit und Wohnlichkeit nicht. Sie treiben die Mädchen in ihrer Freizeit geradezu hinaus.

Was endlich noch die Behandlung anlangt, so lauten die Aussagen der Mädchen übereinstimmend dahin, daß sie in vielen Fällen zu wünschen übrig lasse; in jeder dritten Aussage stoßen wir auf Bemerkungen wie zum Beispiel diese: „Das habe ich doch nicht nötig, mich wie einen Hund oder Menschen zweiter Klasse behandeln zu lassen, dann gehe ich lieber in die Fabrik.“ Und in die Fabrik gehen die Mädchen, nur um frei zu sein, um zu wissen, daß sie von abends 6 bis morgens 6 Uhr keinem anderen Herrn zu dienen haben als sich selbst, um den Sonntag für sich zu haben, mit einem Worte, um sich als Mensch zu fühlen.

So liegen die Verhältnisse: die Not der Dienstboten ist die letzte Ursache der Not, des Mangels an Dienstboten, das geht aus der übereinstimmenden Bekundung aller Dienenden hervor, auch derjenigen, die sich der allgemeinen Fahnenflucht zu den Fabrikten noch nicht angeschlossen haben.

Es soll nun keineswegs verkannt werden, daß die Verhältnisse der Hauswirtschaft sehr komplizierte sind und eine Lösung der Schwierigkeiten, die allen Seiten gerecht wird, nicht einfach ist. Auch das soll nicht übersehen werden, daß selbst die besten gesetzlichen Bestimmungen nicht genügen, um das Zusammenleben von Menschen unter allen Umständen harmonisch zu gestalten; dazu sind die Individualitäten der Menschen, der Dienenden sowohl wie auch der Dienstgeber, zu verschieden. Aber es muß andererseits auch gesagt werden, daß die Wurzel vieler Übel im Dienstverhältnis, in dem Umstand zu suchen ist, daß viele Dienstgeber für ihre Verhältnisse und für die zu leistende Arbeit zu wenig Dienstboten halten, und dieser Fall ist die Regel. Demzufolge stellen die meisten viel zu große Ansprüche an die Arbeitskraft des einzelnen, und da viele Frauen — ich meine die Salondamen — nicht arbeiten, so fehlt ihnen auch jedes Verständnis für die Psychologie, die Last und den Wert der Arbeit.

Die Lage ist eine sehr ernste und traurige und würde eines jeden Lichtpunktes entbehren, wenn die Dienenden nicht ein Mittel gefunden hätten, das geeignet sein dürfte, sie von dem gegenwärtigen Elend, von dem Druck ihrer traurigen Lage zu befreien. Dieses Mittel ist die gewerkschaftliche Organisation, die zweifellos mit den im vorigen Jahre (1906) erfolgten Vereinsgründungen in Nürnberg, München, Hamburg, Frankfurt a. M. einen Markstein in der Entwicklung der Dienstbotenfrage bedeutet und voraussichtlich eine Änderung der gegenwärtigen Verhältnisse herbeiführen in der Lage sein wird. Wenn die Dienstgeber nicht freiwillig eine wesentliche Besserung der Lage der Dienstboten herbeiführen — was nach allen bisherigen Erfahrungen, nach der durch diese Enquete wieder erwiesenen Eigenart und Zerrissenheit der Anschauungen der Dienstgeber ziemlich ausgeschlossen ist —, dann kann es unseres Erachtens nicht ausbleiben, daß unter dem Druck der Verhältnisse und der gewerkschaftlichen Agitation die Reichsgesetzgebung wird einschreiten müssen, um das Dienstverhältnis zu regeln. Die wichtigsten von ihr zu berücksichtigenden Forderungen sind unserer Meinung nach:

1. Einschränkung der Arbeitszeit auf ein den eigentlichen Bedingungen der Hauswirtschaft entsprechendes Maß durch Festsetzung eines Wochenminimums.

2. Schlafgelegenheiten, die den gesundheitlichen Anforderungen genügen, gleichzeitige Aufnahme dienstbezogener Bestimmungen in die Baupolizeiordnungen.

3. Last not least — Aufhebung der Gesindeordnungen, deren Geist der des Mittelalters ist und unbewußt heute noch das Denken und die Haltung der Dienstgeber bestimmt. Treten doch jetzt sogar schon die Juristen — ich verweise nur auf einen Aufsatz von Professor Hedemann in der „Deutschen Juristenzeitung“ vom 18. Dezember 1906 — für die Beseitigung der 40 bis 50 Gesindeordnungen ein, die wir heute noch in Deutschland haben.

Erst wenn diese wichtigsten Punkte gesetzlich geregelt sind, können die Verhältnisse gefunden.

Paul Eisenstadt-Berlin.

Vom holländischen Arbeiterschuttkongress.

Der Kongress, von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und dem neuen Gewerkschaftsverband einberufen, tagte am 2. März zu Amsterdam. Er sollte zur Propaganda dienen für die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit Erwachsener, für den Ausbau der Kinderschutzgesetzgebung und für das gesetzliche Verbot oder Einschränkung der Nachtarbeit. Die Verhandlungen trugen weniger den Charakter einer theoretischen Diskussion über den Wert der Verkürzung der Arbeitszeit, sie gestalteten sich vielmehr zu einer machtvollen Demonstration gegen unerträglichen Druck und Ausbeutung des holländischen Proletariats. Es war ein Schrei von 60 000 Arbeitern und Arbeiterinnen, ein Schrei nach Luft von denen, die fast ersticken im Sumpfe unserer Gesellschaft!

Um den gesetzlichen Arbeiterschutz sieht es in Holland noch recht traurig aus. Sieht man von einigen wenigen Vorschriften über die Arbeitszeit in sehr gefährlichen Gewerken ab, so steht der männliche erwachsene Arbeiter in Holland dem Unternehmer gesetzlich vollkommen schutzlos gegenüber. Ganz unbedeutend ist das Kinderschutzgesetz, und dabei sind noch viele Betriebe der Gewerbeordnung nicht ein-

* Wir verweisen darauf, daß die organisierten Dienstboten ebenso wie die Gewerkschaften weitgehende und präzis gefasste Forderungen an die Gesetzgebung erheben. Siehe die Beschlüsse der Mannheimer Frauenkonferenz und die Eingabe der Dienstbotendienere an den Reichstag. Nr. 6 der „Gleichheit“ d. 3.

mal unterstellt. Ebenso ist das Gesetz über Frauenarbeit vollkommen ungenügend.

Sehr bescheiden waren die Forderungen des Kongresses: zehn Stunden Arbeit für Erwachsene am Tage, und nachts nur, wenn es unbedingt notwendig ist; ein wenig Schutz für die Kinder gegen die schrankenlose Ausbeutung. Zu bescheiden in der Tat! Dennoch wäre es für die holländische Arbeiterschaft von großer Bedeutung, wenn die Forderungen des Kongresses Gesetz würden, denn der Arbeitstag ist in Holland entsetzlich lang.

Referate wurden gehalten vom Genossen Troelstra: „Der Zehnstundentag und seine gesellschaftliche Bedeutung“; vom Genossen Wibaut: „Verkürzung der Arbeitszeit und Unternehmerinteresse“; vom Genossen Henri Polak: „Gewerkschaftsbewegung und Verkürzung der Arbeitszeit“; vom Genossen Dr. med. L. Heyermans: „Die sozialhygienische Seite der Verkürzung der Arbeitszeit und der Abschaffung beziehungsweise der Einschränkung der Nacht- und Kinderarbeit“; vom Genossen Onbegeest: „Die Nachtarbeit“; vom Genossen Spielman: „Kinderarbeit“.

Es geht nicht an, von jedem der interessanten Referate einen Bericht zu geben. Im ganzen waren sie eine fortwährende Anklage gegen unsere Gesellschaft.

Von den Tatsachen, die festgestellt wurden, folgende: Der Arbeitstag beträgt für die Hälfte der Fabrikarbeiter mehr als 11 Stunden; für die Transportarbeiter, Bäcker, Schuhmacher, Kleidermacher, Fleischer, Maurer, Tapezierer, Ladendienter usw. 12, 13, 14 bis 15 Stunden. In Brennerien wird gearbeitet von 2 Uhr nachts bis 4 Uhr nachmittags, zuweilen bis gegen 9 Uhr abends. In den Torfgräbereien beginnen die Frauen schon um 8 Uhr morgens und arbeiten bis 4 Uhr nachmittags. In Bierbrauereien, bei der Binnenschifffahrt bleibt man 36 Stunden bei der Arbeit. In Papier- und Glasfabriken ist das Verbot der Nachtarbeit für Knaben unter 16 Jahren aufgehoben. Vom Verband der Rutscher wurde dem Kongress zugerufen: Sag doch auch für uns ein Wort! Wir haben den 17 stündigen Arbeitstag als Minimum, zuweilen dauert unser Arbeitstag zwei Tage und zwei Nächte nacheinander. Wir haben keine Essenszeit, keinen Ruhetag, oft fehlt uns die Zeit, ein Bad zu nehmen. Familienleben kennen wir nicht. Die Jungen unter uns müssen leben mit Prostituierten.

Eine Lumpensortiererin erzählte von ihrem elenden, ungesunden Betrieb. In diesem dauert die Arbeitszeit elf Stunden, und dann wird noch Arbeit mit nach Hause gegeben. Dort müssen Vater, Mutter und Kinder bis tief in die Nacht mithelfen, um die ungesäuberten, oft aus Kehrichtstammenden Lumpen zu sortieren und zu zerreißen, und das in einer engen Wohnung, die so zu einem Herd infektiöser Krankheiten wird.

Nun zur schrecklichen Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft. Knaben und Mädchen von 12 und 13 Jahren arbeiten in Fabriken und Werkstätten elf Stunden täglich. Ganz traurig sieht es in den Glasfabriken aus. Der Glasfabrikant Regout braucht Jungen für seinen Betrieb. Weil er sie in der Stadt, in der er wohnt, nicht bekommen kann — wahrscheinlich wissen die Eltern dort noch gesündere Arbeit für ihre Knaben als die in der Glasfabrik —, holt er sie vom Lande und läßt sie in einem „Kinderhaus“ wohnen. Morgens gehen die Kinder aus ihrer Kaserne durch einen Tunnel in die Fabrik, abends denselben Weg zurück. Die Kinder stehen unter der Aufsicht eines Geistlichen, der auch das Werben der Kinder besorgt. Ein ähnliches Kindergefängnis besteht bei dem deutschen Fabrikanten Stolberg, dem die Kinder aus Limburg geliefert werden. Bei der Kinderarbeit wird nicht acht darauf gegeben, daß der Körper des Kindes für Vergiftungen viel empfänglicher ist als der des Erwachsenen. Man beschäftigt vielmehr Kinder bei der ungesunden Flachsbreche, läßt sie in den Schriftsehereien die Sechlfäden ausblasen, läßt sie Zabalblätter abstreifen usw.

Aber die Nachtarbeit wurde unter anderem folgendes gesagt: Nachtarbeit ist die elendeste Form der Arbeit. Der Schlaf bei Tag ist nie so erquickend als bei Nacht. Wegen des engen Wohnraums können die Arbeiter nie genug Ruhe am Tage genießen, um richtig zu schlafen. Der Mann nimmt das Mittagmahl öfters im Bette ein. Der Arbeiter, der immer nachts arbeitet, bekommt eine krankhafte Gesichtsfarbe. Und der Mensch braucht doch das Tageslicht. Es wirkt anregend auf die Blutbildung und den Stoffwechsel, aber es ist störend für den Schlaf. Kein Wunder, daß die Nachtarbeit eine allgemeine Demoralisierung der Arbeiter zur Folge hat.

Auf dem Kongress wurden auch die Richtlinien angegeben, die die Arbeiter einzunehmen haben gegenüber den Unternehmern, die im Interesse des Profits eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen. Durch verschiedene Beispiele wurde bewiesen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit die Produktion nicht vermindert, sondern meist steigert, während die Produktionskosten abnehmen. So hat ein ganz schlauer Fabrikant seine Produktion sehr gesteigert durch Einführung von zwei Schichten, die der Reihe nach zweimal vier Stunden arbeiten mit einer Ruhepause von vier Stunden dazwischen für jede Schicht; diese Maßregel ist außerordentlich vorteilhaft für den Unternehmer.

Doch eine derartige Verkürzung der Arbeitszeit ist grundverschieden von der, die von den Arbeitern erstrebt wird. Gewiß ist es dem Arbeiter angenehmer, nur 8 Stunden anstatt 18 zu arbeiten. Wer 18 Stunden für den Unternehmer schaffen muß, ist ein Sklave, aber wer in zweimal vier Stunden sich so überanstrengen muß, daß er vier andere Stunden braucht, um frische Kräfte für seine Arbeit im Dienste des Unternehmerprofits zu sammeln, der ist trotz seines Achtstundentags nicht weniger Sklave.

Ob die Produktion zu- oder abnimmt, kann dem Arbeiter

gleich sein, solange das Produkt nicht zu seiner Verfügung steht. Verkürzung der Arbeitszeit fordert er in dem Sinne, daß er frische Kräfte für sich erhält. Die Unternehmer verstehen auch sehr gut, daß diese Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit eine Klassenforderung ist; darum wehren sie sich so sehr dagegen, selbst in den Fällen, wo die Verkürzung der Arbeitszeit für sie selbst von Vorteil wäre. Lieber opfern die Herren den Augenblicksprofit, um ja nicht die Macht der Arbeiterklasse für die Zukunft zu stärken.

Der Kongress faßte seine Arbeit in einer Resolution zusammen, in der mit allem Nachdruck der Zehnstundentag von der Regierung und dem Parlament gefordert wird.

Weiter gelangten noch drei Resolutionen zur Annahme. Die beiden ersten verlangen das Arbeitsverbot für Männer, Frauen und Kinder zwischen 10 Uhr abends und 6 Uhr morgens. Ferner die Nacharbeit in Gewerben, in denen sie unentbehrlich ist, nur erwachsenen Männern zu gestatten in der Höchstdauer von acht Stunden. Die dritte Resolution fordert die holländischen Arbeiter auf, durch ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen ihre Klassenlage so zu verbessern, daß sie der Kinderarbeit ganz entbehren können. Einsitzellen sollen die Arbeiter energisch auf das Parlament einwirken, damit folgende sehr bescheidene Kinderschutzbestimmungen baldigst erlassen werden:

„Verbot aller Kinderarbeit unter 14 Jahren, neunstündiger Arbeitstag für Kinder zwischen 14 bis 17 Jahren. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Fortbildungsschulen.“

Mit der Annahme der letzten Resolution war die Arbeit des Kongresses zu Ende. Er soll der Anfang einer großartigen Agitation sein, die mit Ausbietung aller Kräfte gefördert werden soll, um die geforderten Reformen gesetzlich festzulegen. Mit wie viel Mühe muß doch das kleinste Stückchen Freiheit für die Arbeiter erobert werden!

Amsterdam.

M. Wibaut.

Fürsorgeerziehung in einem „Kulturstaat“.

Nach einer Berechnung, die die „Soziale Praxis“ im Januar aufstellte, gab es am 1. April 1906 in Preußen rund 37000 Minderjährige, die der Fürsorgeerziehung überwiesen worden waren; das macht auf je 10000 Einwohner beinahe 10 Zöglinge. 37000 junge Menschen Kinder mußten als verwahrloht oder als in Gefahr der Verwahrlosung der elterlichen Erziehung entzogen und in staatliche „Fürsorge“ genommen werden. Fürsorge! das Wort klingt so warm und menschenfreundlich. Vor unserem geistigen Auge steigt ein freundliches Haus auf, wo tüchtige und warmherzige Menschen jenen armen Enterbten die Liebe und Sorgfalt der Eltern ersetzen. In Wirklichkeit schaut es freilich anders aus. „Hohe Mauern mit Glaspielen. Die Fenster vergittert. Das Tor hinter mir fällt knarrend ins Schloß. Auf dem Hofe mehrere Personen in Weinkleidern und Zaden derart, daß die linke Zaden- und rechte Hofenhälfte aus blauem, die rechte Zaden- und linke Hofenhälfte aus weißem Zeuge hergestellt war... Im Karzer mit schlechter Beleuchtung ein halbwüchsiger Mensch, der, als der Führer die Tür öffnet, halb erschreckt, halb blöde aufspringt. Mein Innerstes zittert... der Mensch dort vor mir soll hier — erzogen werden. Ich befinde mich in einer Erziehungsanstalt!“ So schildert der preussische Schuldirektor Konrad Agab* seine Eindrücke von solch einer — Fürsorgeanstalt.

Von dem, was hinter den dicken Mauern dieser „christlichen“ Erziehungshäuser vorgeht, erfährt man selten etwas. Nur hie und da hört man, daß ein Fürsorgezögling aus der Anstalt entlaufen ist. Und man kann auch öfters lesen, daß Fürsorgezöglinge vor Gericht abgeurteilt werden, weil sie Vergehen oder Verbrechen verübt haben, nur um ins Gefängnis zu kommen. Diesen Unglücklichen erscheint das preussische Gefängnis ein weit besserer Aufenthaltsort als die Zwangserziehungsanstalt. Hier gibt es Prügel und Gefängnisloft — dort wird das Essen ohne Schläge verabfolgt. Nur aus diesem Grunde sehnen sich viele nach dem Gefängnis. Ja, es kommt sogar vor, daß sie sich eines Verbrechen bezichtigen, daß sie gar nicht begangen haben. So lief durch die ostelbische Presse folgende Notiz:

„Der Dienstjunge Neumann, der sich vor kurzem der Brandstiftung an dem Schmuckspeicher bezichtigte, hat sein Geständnis zurückgezogen. Durch die Untersuchung ist festgestellt worden, daß der Laugenichts sich an dem betreffenden Tage gar nicht in Marienburg aufgehalten hat. Neumann war aus der Besserungsanstalt in Königs entpungen und wollte durch sein Geständnis nur Aufnahme im Eibinger Gefängnis erlangen, wo er es bedeutend besser habe als in der Besserungsanstalt. Der Junge ist wieder nach Königs zurückgebracht worden.“

Diese Notiz, die, wie man ihr schon ansieht, aus einem bürgerlichen Blatte stammt, spricht Bände von den Zuständen in den preussischen „Besserungs“anstalten.

Ein weiterer Fall! Durch die bürgerliche Presse ging folgende Notiz:

„Ein vor einiger Zeit von Memel entfloherer Fürsorgezögling namens Hans Tobias ist jetzt von der Polizei in Steglitz bei seiner dort ansässigen Schwester ermittelt worden. Der Bierzehnjährige hat die weite Reise vom äußersten Nordosten des Reiches bis nach Berlin im Gepäckwagen gemacht, und zwar war er in einer Tonne verborgen. Er äußerte, die Fahrt wäre trotz

der Enge seines Behältnisses ganz gemütlich gewesen, nur hätte er sehr gehungert. Der Durchbrenner wird aufs neue der Fürsorgeerziehung zugewiesen werden.“

Wie müssen solche Kinder behandelt worden sein, wenn sie unter solchen Umständen die Freiheit zu erlangen suchen! Nun werden derartige „Durchbrenner“, wenn sie wieder hinter den Mauern der Zwangserziehungsanstalt sind, in der unerhörtesten Weise geprügelt. Vor einiger Zeit wurde bekannt, wie man in Köln solche Opfer behandelt hat, und vor mir liegt der Brief eines Fürsorgezöglings an seine Mutter, in dem in herzzerreißender und erschütternder Weise geschildert wird, wie man in einer christlichen Anstalt die jungen Menschen züchtigt, wenn sie nach dem Entweichen wieder zurückgebracht werden. Das Schreiben lautet nach Fortlassung einiger Stellen:

Liebe Mutter!

Ich bin, wie du weißt, laut Beschluß vom Winter v. J. der Fürsorgeanstalt... überwiesen, wohin ich denn auch am... gebracht wurde. In der Verzweiflung habe ich mich selbst befreit. Ich war nunmehr bestrebt, Arbeit zu erhalten. Ich habe zusammengearbeitet mit meinem Bruder in K... Beweis: Die in der Erziehungsanstalt befindliche Arbeitsbescheinigung. Von K... begaben wir uns nach M... und arbeiteten da bei... 14 Wochen und bei der Firma... 14 Tage. Beweis: Die in der Anstalt befindliche Arbeitsbescheinigung. Von M... begaben wir uns nach S... und arbeiteten daselbst 14 Tage. Beweis: Die Arbeitsbescheinigung. Von S... gingen wir nach E... wo wir Winterbeschäftigung suchten. Im städtischen Asyl wurden wir jedoch festgenommen, und bereits am folgenden Tage wurde ich nach der Erziehungsanstalt transportiert, und zwar gefesselt wie ein schwerer Verbrecher.

In der Anstalt angekommen, wurde ich aller Kleidungsstücke vom Rückgrat bis zu den Unterschenkeln entledigt und auf einen Tisch geworfen. Ich erhielt nun mit einem zwei Zentimeter dicken und einem Meter langen Rohrstock in Zwischenräumen von einer Viertelminute 60 Hiebe auf den nackten Körper, so daß mir das Blut längst an den Beinen herunterlief. Als der Hausvater müde war mit dem Prügel, übergab er den Stock noch den beiden barmherzigen (!) Brüdern, damit diese mich noch peinigten sollten, was von ihnen auch prompt besorgt wurde. Ich wurde dann in eine kalte Zelle eingesperrt. An Kleidern hatte ich nur an: ein Hemd, ein Paar Hosen und eine Weste. Es war November und sehr kalt. Die Zelle war nicht geheizt. Keine Decke oder sonst was erhielt ich. Die erste Nacht konnte ich mich vor Schmerzen fast gar nicht bewegen. Ich froh am ganzen Leibe, so daß ich dachte, der Tod ist nahe. Die Zelle wurde außerdem noch verdunkelt, was bei Gefangenen unter 18 Jahren in den Gefängnissen nicht gestattet ist.

Nach vier Tagen wurde ich aus der Zelle gelassen, aber in welchem Zustand? Kopfschmerzen wechselten mit Schwindelanfällen und Zittern am ganzen Körper ab. Die Füße waren dick geschwollen, so daß ich fast gar nicht stehen, noch gehen konnte. Nun trieb man mich hinaus zur Arbeit. Als ich auf allen vieren kriechen mußte, um nicht liegen zu bleiben, ließ man mich auf dem Hofe arbeiten. Ich werde voraussichtlich lebenslanglich franke Füße behalten. Nicht ich allein, sondern auch andere Zöglinge sind auf ähnliche Weise behandelt worden. Der Zögling... entließ mit mir zusammen unter Mithnahme einer Art; er erklärte, daß er jeden totschlage, der ihm nachlaufe. Lieber wolle er im Gefängnis oder Zuchthaus sein oder, was noch viel besser sei, hingerichtet werden, als in solch einer Anstalt bleiben. Beweis für alles: Die Fürsorgezöglinge... (folgen sechs Namen). Ich habe mich während der fünf Monate Freiheit gut geführt und habe keine strafbare Handlung begangen...“

Soweit das Schreiben. Was mag die Mutter beim Lesen dieser Schilderung empfunden haben! Mag sein, daß einzelnes übertrieben ist, wahr bleibt, daß die Zöglinge in der unmenslichsten Weise behandelt werden. Fraglich ist es noch, ob bei einer solchen Prügelei ein Arzt zur Stelle ist, der darauf achtet, daß keine Krüppel gezüchtet werden. Nach dem Brief zu urteilen, scheint dem Zögling keine ärztliche Hilfe geleistet worden zu sein. Im Zuchthaus werden selbst die schwersten Verbrecher humaner behandelt, da hier die ärztliche Hilfe eintritt, wenn man das Opfer zu barbarisch behandelt hat. Ebenso gibt der Arzt hier erst sein Gutachten über den zu prügelnden Delinquenten ab. In den Erziehungsanstalten besorgt das alles der „Hausvater“. Selbst „Mädchen“ werden in der härtesten Weise behandelt, wenn sie einer Zwangserziehungsanstalt entlaufen sind. Wird solch ein Opfer zurückgebracht, so setzt es ebenfalls fürchterliche Prügel ab. Der Leiter einer Mädchenzwangserziehungsanstalt, Herr Pfarrer Braun in Augsburg, schrieb der „Königsberger Volkszeitung“, als diese eine schwere körperliche Züchtigung eines Mädchens zur Sprache brachte, daß der Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen angeordnet habe, Mädchen, die der Anstalt entlaufen, auf das Gefäß mit einem Stock zu prügeln. Dem Opfer, von dem hier die Rede ist, hatte man zwanzig Hiebe verseht!

Das ist die Erziehungsmethode in christlichen Anstalten! Dabei handelt es sich meist um Geschöpfe, die bisher keine Erziehung genossen haben. Viel Liebe, Nachsicht, Geduld und Ausdauer ist nötig, um auf diese durch rauhe Behandlung verhärteten oder durch Mangel an Aufsicht verwahrlohten Gemüter einzuwirken. Statt dessen behandelt man sie hart und roh, um sie zu unterwürfigen, willenlosen Geschöpfen zu machen. Versteht sich, daß zu diesem Zweck neben dem Stock auch das Gebeuch eine große Rolle spielt. — Was bei einer derartigen Erziehung herauskommt,

ist jedem Einsichtigen klar. Ein Hund, den man mit Schlägen aufzieht, wird bissig; ein Pferd, das man mit Peitschenhieben traktiert, wird ein Schläger. Ebenso wird ein Mensch, der sich mit Hoheit und Härte behandelt sieht, roh und verstockt werden. Man braucht nur einige Wochen den Strafkammerzungen beizuwohnen, wenn Diebe, Einbrecher, Sittlichkeitsverbrecher usw. abgeurteilt werden. Sehr oft hört man da bei Verlesung der Personalien, daß es sich um Leute handelt, die in einer Fürsorgeerziehungsanstalt „zu Menschen gemacht“ worden sind.

Und welchen Kindern wird solch eine Erziehung zuteil? — Den Kindern des arbeitenden Volkes. Vielfach handelt es sich um uneheliche Kinder armer Mädchen. Sterben diese Kinder nicht als Säuglinge fort, so droht ihnen meist die Zwangserziehungsanstalt mit all ihren Schrecken. Die Mutter kann sich um das Kind nicht kümmern, sie ist arm — sie muß arbeiten. Heiratet sie, so will der Mann von dem „Kind der Sünde“ nichts wissen. Es muß sich bei fremden Leuten herumstoßen lassen oder kommt in die Fürsorgeerziehungsanstalt, besonders wenn es sich herausstellt, daß es in der „Freiheit“ der Verwahrlosung anheimfallen kann.

Aber nicht nur uneheliche, nein, auch eheliche Kinder werden häufig der Fürsorgeerziehung überwiesen. Und auch hier handelt es sich wiederum nur um die Kinder der Armen. Ein Kind aus der besitzenden Klasse ist wohl noch nie in eine Zwangserziehungsanstalt gekommen. Verwahrloht hier ein Kind, so schreit der Staat nicht ein, da der Vater des Kindes Geld genug hat, um seinem Sprößling einen Erzieher zur Seite zu stellen. Anders ist es mit den Kindern des arbeitenden Volkes. Auf ihnen lastet der Fluch des Kapitalismus. Und zwar ist es vor allem die Frauenarbeit, die den Kindern zum Fluche wird. Die Mutter muß hinaus ins Erwerbsleben, da der Lohn des Vaters nicht ausreicht, alle hungrigen Mäuler zu stopfen. Die Kinder bleiben zu Hause, allein, ohne jede Aufsicht. Von irgend welcher Erziehung kann kaum die Rede sein. Ist es da ein Wunder, wenn ein Kind der Verwahrlosung anheimfällt? Nein! Wundern muß man sich nur, daß es vielen Eltern trotzdem gelingt, ihre Kinder wenigstens einigermaßen zu erziehen. Aber der Charakter der Kinder ist sehr verschieden, und es ist nur zu begreiflich, wenn Arbeiterkinder auf Abwege geraten. Tritt das ein, dann kommt der Staat, greift in die heiligsten Rechte der Eltern ein und steckt die Kinder gegen den elterlichen Willen in eine Zwangserziehungsanstalt. Wenn der Mann genug verdient, um seine Familie zu ernähren, so daß die Frau nicht zum Mitverdienen gezwungen wäre, oder wenn öffentliche Einrichtungen geschaffen würden, wo die Kinder in der schulfreien Zeit unter der Aufsicht pädagogisch gebildeter Personen Unterhaltung und geeignete Beschäftigung finden könnten, dann würden die Zwangserziehungsanstalten nicht so bevölkert sein wie jetzt. Die kapitalistische Gesellschaft — nicht die böse Sozialdemokratie — hat die Familie zerstört, in der das heranwachsende Geschlecht bisher Aufsicht und Erziehung fand; und wenn dann die Kinder des arbeitenden Volkes verwahrlohten, dann ergreift sich dieselbe kapitalistische Gesellschaft in heuchlerischer Entrüstung und sperrt die Armen in die Zwangserziehungsanstalten.

Vor allen Dingen heißt es jetzt das Verlangen stellen, daß die Kinder in den Erziehungsanstalten menschlich behandelt und gut erzogen werden.

Durch das Bürgerliche Gesetzbuch ist die Sorge für die Erziehung verwahrlohter Kinder der Landesgesetzgebung überlassen, ein Zustand, der die bedauerliche Folge hat, daß die buntesten Bestimmungen in den verschiedenen Bundesstaaten bestehen. In Preußen bestand bis zum Jahre 1901 „das Gesetz, betreffend die Unterbringung verwahrlohter Kinder“. Am 1. April 1901 trat das „Gesetz über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger“ in Kraft. Nach diesem Gesetz kann die Behörde einen Minderjährigen, der das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, der Fürsorgeerziehung überweisen, um seine weitere Verwahrlosung oder sein völliges sittliches Verderben zu verhüten. Das Vormundschaftsgericht muß die Überweisung beschließen. Die Begehung einer strafbaren Handlung ist, entgegen den Bestimmungen des früheren Gesetzes, zur Unterbringung eines Minderjährigen in Fürsorgeerziehung nicht erforderlich.

Das preussische Zwangserziehungswesen ist anders zu regeln. Das dürfte jedem Arbeiter, jeder Arbeiterfrau klar sein. Der Ort, wo das Geschehen kann, ist freilich der preussische Landtag, in dem kein Vertreter der arbeitenden Klasse ist. Die Vertreter der besitzenden Klasse, die Junker und Pfaffen sind mit dem jetzigen durchaus verwerflichen System sehr zufrieden. Sie können sich keine andere Erziehungsmethode denken. Auch aus diesem Grunde muß das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für den preussischen Landtag erkämpft werden. Sizen in diesem Parlament erst Arbeitervertreter, dann setzt auch die Kritik ein, und solche Barbareien, die jetzt in den Zwangserziehungsanstalten zuweilen vorkommen, würden bald unmöglich sein. Vor allem aber würde auf Beseitigung des gegenwärtigen Dressursystems hingearbeitet werden. Arbeiterfrauen! ihr habt deshalb eine heilige Pflicht zu erfüllen. Ihr müßt euch in die Reihen der Wahlrechtskämpfer stellen und alles daran setzen, damit Kultur, Menschlichkeit und Sitte in die „christlichen“ Erziehungsanstalten einziehen. Das ist ein hohes Ziel; es muß erstrebt werden um unserer Kinder und um der ganzen Menschheit willen.

Carl Marchionini-Königsberg.

* Konrad Agab, Gewerliche Kinderarbeit in Erziehungsanstalten, Fortw.

Zur Lage der Arbeiterinnen in Zeitz und Umgegend.

In unserem industriereichen Orte, wo die Zahl der Proletarierinnen in Fabrik- und Heimarbeit weit über tausend beträgt, kann man leider immer wieder die Erfahrung machen, daß sich die Frauen sehr wenig für die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter interessieren. Es ist das um so verwunderlicher und beklagenswerter, als die Zeitzer Arbeiterinnenverhältnisse durchaus nicht befriedigend zu nennen sind. Nur wenige Arbeiterinnen erfreuen sich eines halbwegs auskömmlichen Lohnes. Auch hört man häufige Klagen darüber, daß die Arbeiterinnen jener Meister oder sonstiger Vorgesetzten die Frauen und Mädchen prozig behandelt oder gar Zumutungen an sie stellt, die jeder ehrlichen Arbeiterin die Zornesröde ins Gesicht treiben muß. Wir erinnern nur an das unwürdige Kontrollsystem in der Seifen- und Schokoladenfabrik von Ohmig & Weidlich, dann wollen wir noch die Firma Opel & Kühne herausgreifen. Wie sieht es da zum Beispiel in der Schleiferei aus? Da müssen die Arbeiterinnen den schädlichen Staub einatmen, weil jede Ventilation fehlt. Es ist ein Skandal, wie wenig Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiterinnen genommen wird. Völlig unbrauchbar ist auch der Umkleideraum. Will man ihn benutzen, so ist man gezwungen, erst drei Stagen hoch zu steigen, dabei dürfen die Arbeiterinnen nicht riskieren, etwa einige Augenblicke vor dem Signal von der Maschine wegzugehen, wenn sie sich nicht derb anfahren lassen wollen. Unter diesen Umständen kleidet man sich eben an, wo es gerade paßt. — Am drückendsten und ungerechtesten sind aber die Lohnverhältnisse. Wie lange wollen es sich die Arbeiterinnen noch gefallen lassen, daß sie für Arbeiten, die von Männern und Frauen im Afford hergestellt werden, 20 bis 30 Prozent weniger erhalten als ihre männlichen Kollegen? Hauptächlich in der Kinderwagenbranche und hier speziell in der Korbmacherei werden die Männer nach dem allgemein geltenden Tarif bezahlt, die Frauen jedoch erhalten für dieselbe Arbeit bedeutend weniger. Die Folge davon ist natürlich, daß die Fabrikanten bestrebt sind, die Löhne der Männer ebenfalls herabzudrücken, oder aber die männliche Arbeit ganz auszuschalten. Das können und dürfen die Arbeiterinnen nicht zulassen. Sie müssen bestrebt sein, den gleichen Lohn zu erhalten wie ihre männlichen Kollegen. Zu diesem Zwecke müssen sich die Frauen gleich ihren Mitarbeiterinnen den am Orte bestehenden Organisationen anschließen. Daß dadurch auch für die Arbeiterinnen etwas erreicht werden kann, beweist die letzte Lohnbewegung der Korbmacher am hiesigen Orte. Diese Bewegung konnte ohne Streik zugunsten der Arbeiter zu Ende geführt werden, weil die Unternehmer wußten, daß die Korbmacher und Korbmacherinnen fast alle dem Holzarbeiterverband angehörten. Sie zogen es deshalb vor, sich auf Verhandlungen mit den Führern der Organisation einzulassen; und wenn dabei auch nicht alle unsere Wünsche erfüllt worden sind, so sind wir doch ein gutes Stück vorwärts gekommen. — Das soll uns ein Ansporn sein, fleißig für den Holzarbeiterverband zu agitieren; ungefähr 70 Arbeiterinnen gehören ihm ja schon an, aber eine große Zahl steht noch abseits. Wir ersuchen alle Kolleginnen, fleißig die speziell für weibliche Mitglieder veranstalteten Versammlungen zu besuchen, wo ihnen Gelegenheit geboten wird, sich aufzuklären und sich untereinander über ihre Lage auszusprechen. Sehr vorteilhaft wäre es, wenn die Arbeiterinnen in jeder Fabrik eine Kollegin bestimmten, die die Wünsche und Beschwerden entgegenzunehmen und an die richtige Stelle weiterzugeben hat. Eine derartige Einrichtung ist nicht nur für die Holzindustrie, sondern ebenso sehr für jeden anderen Beruf zu empfehlen. Die Unternehmer haben einen großen Respekt vor der öffentlichen Kritik. Als zum Beispiel vor einiger Zeit Mißstände aus der Firma Ohmig & Weidlich im hiesigen Volksblatt zur Sprache gebracht worden waren, geriet der Besitzer in großen Zorn und soll sogar 10 Mk. für denjenigen ausgesetzt haben, der ihm den Schreiber des Artikels nennt — aber die Mißstände wurden doch sofort beseitigt! Die Arbeiterinnen sind meist selbst schuld an ihrer schlechten Lage und an der unwürdigen Behandlung, die ihnen häufig zuteil wird. Wenn sie sich nicht alles ruhig gefallen lassen und wenn sie den Gedanken der Organisation richtig begreifen möchten, dann würde vieles besser sein. Darum ergeht an alle Arbeiterinnen in Zeitz und Umgegend der Ruf: Wacht auf! Schließt euch der Organisation an und seid bestrebt, ihr immer neue Mitkämpferinnen zuzuführen — uns zu Ruh, den Unternehmern zum Trug! A. G.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Wie schon in der vorigen Nummer mitgeteilt worden ist, begann im Februar in Düsseldorf, Köln, Kall und Ehrenfeld auf Anregung der Unterzeichneten je ein Diskussionskursus über das Parteiprogramm. Jeder Kursus umfaßte 6 Vorträge, die zusammenhängend die Teilnehmerinnen mit dem Ideengang der Sozialdemokratie bekanntmachen sollten. Über den ersten Diskussionsabend in Köln schrieb die „Rheinische Zeitung“: „Es hatte sich eine ansehnliche Zahl von Frauen und Mädchen eingefunden. Die Aufmerksamkeit, mit der die Anwesenden den einleitenden dreiviertelständigen Vortrag der Genossin Kähler aus Düsseldorf entgegennahmen, war musterhaft. Genossin Kähler gab eine gedrängte, aber klare und verständliche Darstellung der verschiedenen Entwicklungsperioden des Menschengeschlechts, wobei sie sich auf die Forschungen Morgans und anderer, sowie auf die Ergebnisse der modernen Naturwissenschaft stützte. Dann trat

man in eine halbständige Diskussion ein. Von der üblichen Form der Diskussion abweichend, stellte die Vortragende an ihre Zuhörerinnen Fragen, die auf den Inhalt ihrer einleitenden Ausführungen Bezug hatten und von den Befragten in kurzen, zusammenhängenden Sätzen beantwortet wurden. Diese Art der Diskussion ist außerordentlich förderlich für die Zwecke der Veranstaltung. Einerseits werden dadurch die Hauptgedanken des Vortrags kurz der Reihe nach wiederholt und so dem Gedächtnis eingepreßt, andererseits werden die Zuhörer an die größte Aufmerksamkeit und an ein zusammenhängendes Denken gewöhnt.“ Die Kurse dürften dazu beigetragen haben, daß die Genossinnen wenigstens wissen, warum sie Sozialdemokratinnen sind. — Des weiteren sprach die Unterzeichnete im Monat März bei den Metallarbeitern in Vielsefeld und Gevelsberg und bei den Fabrikarbeitern in Venrath und Vielsefeld, in Ratingen in einer Volksversammlung und in Remscheid und Essen in gutbesuchten öffentlichen Frauenversammlungen. Sämtliche Veranstaltungen brachten uns neue Leser der „Gleichheit“ und neue Parteimitglieder.

W. Kähler.

Im März fanden in der Umgegend von Frankfurt a. M. mehrere öffentliche Frauenversammlungen statt, in denen über das Thema: „Die Frau in Beruf, Politik und Haus“ referiert wurde. In Hedderheim, Oberrab, Vockenheim und Höchst wurden Bildungsvereine ins Leben gerufen, die zunächst als Zweige des Frankfurter Vereins bestehen, sich später bei genügender Entwicklung aber selbstständig machen sollen. Das Interesse der Frauen war überall sehr erfreulich, in sämtlichen Versammlungen traten fast alle Besucherinnen sofort den neuen Vereinen bei. Die in den Vorstand gewählten Genossinnen bewiesen einen großen Eifer, und es ist zu hoffen, daß es ihrer fleißigen Agitation gelingen wird, die Vereine zu Ruh und Frommen unserer Bewegung in die Höhe zu bringen und dadurch Aufklärung in weitere Kreise zu tragen.

M. R.

In mehreren Versammlungen zu Luckenwalde referierte die Unterzeichnete über: „Die kulturelle Bedeutung der modernen Gewerkschaften“. Die Versammlungen waren vom Futarbeiterverband arrangiert; sie hätten besser besucht sein können — es fehlten, wie immer, die Heimarbeiterinnen. Das gleiche Thema wurde in Spandau, Adlershof, Woltersdorf und Weißensee in Versammlungen des Fabrikarbeiterverbandes behandelt. Diese Versammlungen waren gut besucht.

M. Zeebe.

Ende März tagte in Oberramstadt eine öffentliche Frauenversammlung, in der Genosse Brabant einen Vortrag hielt über den Programmsatz „Religion ist Privatsache“. Es war sehr nötig, daß die Genossinnen über diesen Punkt aufgeklärt wurden, da in letzter Zeit die Kinderschulschwester allwöchentlich an 50 Frauen um sich sammelt, um Besten abzuhalten. Dabei vergißt sie auch nicht, über die Sozialdemokraten zu schimpfen und sich über die Frauen aufzuhalten, die sich dem Frauenverein Gleichheit angeschlossen haben. Durch die Versammlung ist die Abonnentenzahl der „Gleichheit“ auf 80 erhöht worden. Es wäre sehr wünschenswert, daß die Mitglieder in den nächsten Versammlungen des Vereins vollzählig erscheinen würden, da sich mehrere Genossinnen bereit erklärt haben, in denselben ausfallenden Vorträge zu halten. Es ist beschlossen worden, nach Ostern eine öffentliche Volksversammlung einzuberufen, in welcher eine Genossin referieren soll. Das hiesige Gewerkschaftsblatt hat sich bereit erklärt, die Kosten zu tragen, da der Verein erst kurze Zeit besteht und infolgedessen noch keine Mittel besitzt.

Kath. Hofmann.

In Altwasser fand Ende März eine Frauenversammlung statt, die ziemlich gut besucht war, und in der Genosse Bergmann referierte. Er schilderte das Elend der arbeitenden Bevölkerung, besonders das der Arbeiterinnen, ihre Ausbeutung durch die Fabrikbesitzer, ihre niedrigen Löhne usw. Die miserablen Wohnungsverhältnisse, unter denen die Arbeiter zu leiden haben, seien häufig die Ursache von verheerenden Epidemien. Der Referent forderte zum Kampfe auf gegen diese menschenunwürdigen Zustände. Seine Worte wurden mit Beifall aufgenommen. Am Schlusse der Versammlung meldeten sich neue Mitglieder. Selma Geisler.

Von den Organisationen. Der Verein der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse zu Erlangen veranstaltete im vorigen Monat einen Vortragsabend, der gut besucht war. Herr Dr. Peters, der Sprecher der freien Gemeinden von Nürnberg, Fürth und Erlangen, referierte über: „Erziehung ohne Glaubenszwang“. Im Laufe seiner Ausführungen wies der Referent auf die großen Gegensätze hin, die innerhalb der christlichen Kirche zwischen den einzelnen Konfessionen bestehen, und ergänzte seine Ausführungen noch durch Zitate hervorragender Männer der Kirche. An dem Auswendiglernen des religiösen Stoffes in den Schulen übte er scharfe Kritik; es sei völlig nutzlos, da die Kinder im praktischen Leben nichts damit anfangen könnten. Der Geistlichkeit wäre es ja aber auch nur darum zu tun, das Volk hübsch dumm und unwissend zu erhalten, damit es sich tüchtig und ohne Murren ausbeuten ließe. Darum sei der freireligiöse Unterricht erforderlich, der freie Menschen aus den Kindern machen wolle. Die Kinder sollten den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Religion und Naturlehre kennen lernen, damit es ihnen später leichter werde, zu begreifen, wo die Wahrheit ist. Dr. Peters bedauerte, daß die große Arbeiterbewegung so wenig Fühlung mit den freien Gemeinden hat; er ist aber überzeugt, daß sich das bald ändern wird. Ein Gedicht von Jacoby schloß den interessanten Vortrag.

Marg. Hüttner.

Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen Mannheims. Am 1. April 1906 wurde die hiesige proletarische Frauenbewegung an den sozialdemokratischen Verein

Mannheims angeschlossen. Die Befürchtungen, daß dadurch der innige Zusammenhalt der Frauen gestört werden würde, haben sich als unbegründet erwiesen. Trotz aller Schikanen ist es gelungen, den Verein langsam in die Höhe zu bringen. Es wurde stets darauf geachtet, für die Frauenversammlungen geeignete Referenten heranzuziehen. So hatten wir das Glück, in acht großen Versammlungen interessante Vorträge zu hören, unter anderem zwei über „Säuglingspflege und Kindererziehung“ von Herrn Dr. Neter, einen über die damals bevorstehende Frauenkonferenz von Genossen Reichstagsabgeordneten Frank, einen über das Thema: „Religion ist Privatsache“ von Genossen Reichstagsabgeordneten Lehmann und einen über „Heimarbeit“ von Arbeitersekretär Böttger. Auch die Vertrauensperson hielt zwei Vorträge. In zwei großen öffentlichen Frauenversammlungen referierten die Genossinnen Zieg und Plum. Auch sonst war das Vereinsleben sehr reg. Durften wir doch dieses Jahr die sozialdemokratische Frauenkonferenz in unseren Mauern begrüßen. Bieviel haben wir da nicht gelernt, und wie musterhaft haben sich die Mannheimer Genossinnen gegenüber den auswärtigen Delegierten gezeigt! Die Opferwilligkeit der Genossinnen ist sehr groß. Abgesehen von den finanziellen Opfern, die sie bringen, sind sie auch stets bereit, hilfreich einzuspringen, wenn es gilt, eine Not zu lindern. Bei den Reichstagswahlen haben die Genossinnen ihre ganzen Kräfte in den Dienst der Partei gestellt. Während die bürgerlichen Damen erst vierzehn Tage vor der Wahl um praktische Winke und Ratschläge zur Wahlarbeit baten, waren die proletarischen Frauen schon viel früher mitten in der Arbeit. — Gesundheitsrückichten zwangen die Unterzeichnete leider, am Schlusse des Jahres ihr Amt als Vertrauensperson niederzulegen. An ihrer Stelle wurde von der Generalversammlung fast einstimmig Genossin Blase gewählt. Die Unterzeichnete scheidet aus ihrer Stellung mit dem Wunsche und der Hoffnung, daß die Genossinnen mehr und mehr selbstständig werden. Möge es dem neuen Vorstand respektive der neuen Vertrauensperson gelingen, die Masse der sozialdemokratischen Frauen immer fest zusammenzuhalten. Möge sie in ihrer Kraft nicht erlahmen, sondern stets neuen Mut schöpfen, damit sie der Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung Mannheims, der Ausbreitung der sozialistischen Ideen ihre ganze Aufmerksamkeit schenken kann. Stefania Hoffmann.

Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen.

Die Unterzeichnete referierte während der Wahlbewegung in Eisenach-Vermbach. In insgesamt 11 Versammlungen konnte sie ungestört zu den Wählern sprechen. In verschiedenen Orten jedoch wurde ihr das Reden von der weisen Behörde verboten. Sie hatte schon in drei Orten referiert, da ging im vierten, in Nadelungen, der Spul los. Der Bürgermeister gestattete das Reden nur unter der Bedingung, daß das Thema geändert wurde. „Frauen haben kein Wahlrecht, infolgedessen können sie auch nicht vom Wählen reden.“ so meinte der weise Herr. Um die für den kleinen Ort sehr gut besuchte Versammlung nicht illusorisch zu machen, sprach Genossin Zeebe über „Jugenderziehung“. In Klingz machte der Bürgermeister die einberufene Versammlung noch eine Stunde vor ihrem Beginn unmöglich; der Gemeinbediener mußte durch Ausschellen bekanntgeben, daß die Versammlung nicht stattfinden dürfe. In der Versammlung zu Kallensundheim sangen die anwesenden Antisemiten der Referentin zum Empfang dielieder: „Freiheit, die ich meine“ und „Es braust ein Ruf wie Donnerhall“. Jedoch konnte sie ihren Vortrag halten; es kam nicht so weit, wie in vielen anderen Orten, wo die Antisemiten unsere Referenten überhaupt nicht sprechen ließen, wobei sie von der Polizei meist nach Kräften unterstützt wurden. — Im Oberland fing es an, schriftliche Verfügungen zu regnen. Nr. 1 besagte, daß Frau Zieg aus Hamburg im Kreise nicht reden dürfe. Die Unterzeichnete konnte nachweisen, daß ihr Name Zeebe und nicht Zieg sei, und so ging's wieder für ein paar Versammlungen. Dann kamen die Verfügungen Nr. 2 und Nr. 3. Nach Nr. 2 dürfen gemäß Paragraph soundso Frauen an den Versammlungen nicht teilnehmen, nach Nr. 3 dürfen alle nicht wahlberechtigten Personen nicht an Versammlungen teilnehmen, in denen über die Reichstagswahl gesprochen werden soll. Da Genossin Zeebe aber schon im Herbst in Eisenach tätig war, berief Genosse Runknagel für Eisenach eine öffentliche Versammlung ein. Palate, Annonce, alles war schon besorgt, da wurde Verfügung Nr. 4 gebracht. Sie hatte folgenden Wortlaut:

Eisenach, 21. Januar 1907.

Die von Ihnen für den 22. d. M. abends im Wellenue angemeldete Versammlung, in welcher die Frau Zeebe aus Berlin als Rednerin bezeichnet worden ist, wird hiermit auf Verfügung des Großherzogl. Herrn Bezirksdirektors verboten, weil diese Dame höheren Orts als eine von den Rednerinnen bekannt ist, von welchen eine die verschiedenen Bevölkerungsklassen gegeneinander aufbegehende agitatorische Tätigkeit zu befürchten ist.

Der Oberbürgermeister [Name unleserlich].

Es ward nun ein Genosse beauftragt, das Referat zu halten. Als die Versammlung eröffnet wurde, verlangte der Überwachende, daß die Frauen hinausgewiesen würden. Man beschloß, sich dem Ansinnen des Beamten nicht zu fügen. Die Folge davon war die Auflösung der Versammlung.

M. J.

Was alles als öffentliche Angelegenheiten angesehen wird! In Nr. 25 der „Gleichheit“ vom vorigen Jahre haben wir berichtet, daß die Vorsitzende des Remscheider Bildungsvereins für Arbeiterfrauen und -mädchen, Genossin Strewinski, wegen Nichtanmeldung

eines Vortrags über „Erdbeben und feuerpeinende Berge“ zu 15 Mk. Geldstrafe verurteilt worden war. Der Referent, Genosse Marius, hatte nämlich in seinen Ausführungen beiläufig bemerkt, daß in der Volksschule zu wenig Naturwissenschaft gelehrt werde, und daß die Schule verweltlicht werden müsse; und er hatte seinen Vortrag mit den Worten geschlossen: „Fort mit der Geisteslaverei! Wir tragen hier Bausteine einer besseren Zukunft zusammen“. Darin sah das Gericht eine „Erörterung öffentlicher Angelegenheiten“, für die eine Anmeldung nötig gewesen wäre. — Das Landgericht Elberfeld, als Berufungsinstanz, hatte jedoch seinerzeit die Angeklagte freigesprochen. Sie habe den Redner beauftragt, einen wissenschaftlichen Vortrag zu halten, und es sei nicht erwiesen, daß sie während des Vortrags seine wahre Tendenz erkannt habe. Es sei ihr deshalb auch kein Vorwurf daraus zu machen, daß sie den Redner nicht an den erwähnten Ausführungen gehindert habe. Darauf legte die Staatsanwaltschaft Revision ein; das Kammergericht hob Mitte März das freisprechende Urteil wieder auf und verwies die Angelegenheit an das Landgericht Elberfeld zurück. Das Kammergericht kam nämlich zu einem höchst geistvollen Entscheid, daß aus dem Juristendeutsch unser geliebtes Hochdeutsch übertragen ungefähr folgendermaßen lautet: Es genügt nicht, daß eine Versammlung nach Programm und Absicht der Veranstalter einen nichtöffentlichen Charakter trage. Auch dadurch, daß mitten in der Verhandlung über nichtöffentliche Angelegenheiten irgend ein Versammlungsteilnehmer irgend eine öffentliche Angelegenheit streife, werde die Versammlung sofort anmeldepflichtig, und jeder, der in ihr als Leiter oder Redner auftrete, mache sich strafbar. Eine wunderbar ausdehnungsfreudige Auslegung des § 1 des Vereinsgesetzes, nach dem nur anmeldepflichtig sind „solche Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollen“. Nachdem man schon den Begriff der öffentlichen Angelegenheit auf das kunstvollste „erweitert“ hat, behnt man jetzt noch viel kunstvoller den Begriff der „beabsichtigten Erörterung“ öffentlicher Angelegenheiten auf jede beiläufige Bemerkung aus! Wahrhaftig, es gibt noch Richter in Berlin! — Am 4. April ist nun der Verein von der Strafkammer zu Elberfeld geschlossen worden. Zu der Verhandlung waren zwei Polizeikommissare und zwei Polizeiwachtmeister als Belastungszeugen zugezogen worden. Sie sollten den Nachweis erbringen, daß der Verein politische Tendenzen verfolgt habe. Die letzteren sollten ersichtlich sein aus den Reden, die in öffentlichen Frauen- und in Mitgliederversammlungen gehalten worden waren. Die Entlastungszeugen — Redner der betreffenden Versammlungen — gaben zu, wohl in den öffentlichen, aber nicht in den Mitgliederversammlungen für die Sozialdemokratie Propaganda gemacht zu haben. Der Verein treibe keine Politik, sondern fördere Wissen und Bildung unter seinen Mitgliedern. Aber den Richtern hatten es gerade die Reden in öffentlichen Versammlungen angetan, und es wurde hervorgehoben, daß es sozialdemokratische Führer gewesen seien, die in den Versammlungen gesprochen hätten. Auch sei für das sozialdemokratische Blatt „Gleichheit“ agitiert worden. Des weiteren sollen sich die Mitglieder am Gewerkschaftsfest beteiligt haben — nach Ansicht der Richter auch eine sozialdemokratische Tendenz. Und schließlich hätten die Leiterinnen „Frauenspersonen“ als Mitglieder aufgenommen. Der Staatsanwalt beantragte für die Vorsitzende 60 Mk. Geldstrafe und für die drei weiteren Vorstandmitglieder 30 Mk. Das Gericht erkannte nach längerer Beratung auf 40 beziehungsweise 20 Mk. Geldstrafe und, da die Vorsitzende schon wegen Übertretung des Vereinsgesetzes vorbestraft sei, auch auf Schließung des Vereins.

Eine Versammlung des Pankower Frauen- und Mädchenbildungvereins, in der Schriftsteller Eicher über: „Die Schule, wie sie war und ist“ referierte, war von dem Vorstand nicht bei der Polizei gemeldet worden. Dagegen hatte der Gastwirt Ebersbach, bei dem sie tagte, „mindestens 24 Stunden vorher“ (§ 1 des preussischen Vereinsgesetzes) der Polizei Meldung gemacht, und zwar in der Form, daß er anzeigte: „eine Sitzung des Pankower Frauen- und Jungfrauenvereins“. Bei einer zufälligen Anwesenheit auf dem Amtsbureau hatte er nämlich die Gelegenheit benützt, sich wegen der Rechtslage zu befragen, und vom Amtssekretär den Rat erhalten, die Versammlung anzumelden. Der Amtssekretär schickte auch einen Wondarm zur Überwachung, da ihm ein Frauen- und Jungfrauenverein unbekannt war und er gleich annahm, es handele sich um den Frauen- und Mädchenbildungverein zu Pankow. Trotzdem wurde in zweiter Instanz die Genossin Meißner als Vorsitzende, Leiterin und Rednerin, Genossin Sumann als Rednerin und Ebersbach als Inhaber des Lokals auf Grund der §§ 1 und 12 des preussischen Vereinsgesetzes zu Geldstrafen unter der Annahme verurteilt, daß es sich um eine nach § 1 anmeldepflichtige, aber nicht ordnungsmäßig angemeldete Versammlung zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten handle. — Das Kammergericht als Revisionsinstanz, vor dem Rechtsanwalt Th. Liebknecht die Angeklagten vertrat, sprach zwar Genossin Sumann wegen Verjährung frei, verwarf aber die Revision der beiden anderen Angeklagten mit folgender Begründung: Nicht zu entscheiden nötig wäre hier die Frage, wie ein zwischen den §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes bestehender Widerspruch zu lösen wäre: ob nämlich die Anmeldung durchaus vom Unternehmer einer Versammlung im Sinne des § 1 erfolgen müsse (§ 1), oder ob es genüge (§ 12), daß die Versammlung überhaupt angemeldet sei. Denn hier liege eine unrichtige Anmeldung vor, und es sei selbstverständlich, daß die Benachrichtigung der Polizei eine richtige sein müsse, weil das Gesetz für Versammlungen zur Erörterung öffentlicher An-

gelegenheiten der Polizei gewisse Berechtigungen gewähre und die Unternehmer zu einer Benachrichtigung verpflichte. Ebersbach habe gar keine „Versammlung“, sondern eine „Sitzung“ angemeldet. Eine Sitzung und eine Versammlung seien aber etwas Verschiedenes, wie unter anderem auch das Reichsgericht anerkannt habe. Und auch einen anderen Verein habe Ebersbach bezeichnet als den, der wirklich tagte. Es sei deshalb vom Landgericht ohne Rechtsirrtum festgestellt, daß keine Anmeldung einer Versammlung erfolgt sei.

Politische Rundschau.

Zum 15. Juni läßt Rußlands Zar — sicherlich der Berufenste — die Regierungen der Kulturstaaten zur zweiten Friedenskonferenz nach dem Haag. Würdig eingeleitet wird ihre Tagung durch eine Händelei zwischen England und Deutschland. England wünscht — und es wird von Spanien und Nordamerika unterstützt —, daß die Konferenz versuche, eine Beschränkung der Rüstungen unter den Mächten zu vereinbaren. Nicht aus idealer Friedensliebe, sondern weil es zurzeit kein Bedürfnis nach kriegerischer Expansion hat. Es ist weltpolitisch gestillt und möchte verbauen und sparen. Seine Flotte ist stark genug, um es mit zwei Mächten zugleich aufnehmen zu können, und das Bündnis mit Japan, das gute Einvernehmen mit Frankreich und die Schwäche Rußlands geben dem britischen Reich eine vergleichsweise gesicherte Stellung. Es könnte also an Kriegsrüstungen sparen, wenn Deutschland nicht wäre. Deutschlands — oder richtiger seiner herrschenden Klasse — weltpolitischer Hunger ist noch nicht gestillt, und deshalb will die deutsche Regierung von Stillstand der Rüstungen nichts hören. Vor allem nicht von Stillstand der Flottenrüstung, allbiweil nach einem bekannten Kaiserwort Deutschlands Zukunft auf dem Wasser liegen soll. Sehr unangenehm war es daher für die deutsche Regierung, daß eine der Dreimächte, Italien, Neigung zeigte, sich dem englischen Standpunkt anzuschließen, anstatt dem verbündeten Deutschland bei seiner Forderung zu sekundieren, daß die Haager Konferenz die Abrüstungsfrage nicht erörtern dürfe. Auf einer Zusammenkunft Bülow's mit dem italienischen Minister des Auswärtigen Tittoni zu Rapallo ist dieser neueste Dreimächtebündnis notdürftig verklebt worden. Man hat den famosen Kompromiß geschlossen, daß Deutschland der Erörterung der Abrüstungsfrage kein Hindernis in den Weg legen wird, unter der Bedingung, daß diese Erörterung kein praktisches Ergebnis haben darf. Eine Bedingung, die die ganze Arbeit dieser famosen Friedenskonferenz charakterisiert, soweit sie über die Vereinbarung gewisser kleiner Verbesserungen des Kriegsrechts hinausgeht. Und selbst auf diesem beschränkten Gebiet, das mit dem eigentlichen Ziel einer Friedenskonferenz nur sehr mittelbar zusammenhängt, sind erhebliche Fortschritte ausgeschlossen. England und Japan wollen keiner Einschränkung des Kapierrechts zustimmen, da sie als überwiegende Seemächte Vorteil erwarten von dem Zustand, daß das Privateigentum im Seekrieg nicht geschützt ist.

So sorgt schon die Vorgeschichte der zweiten Friedenskonferenz dafür, daß die Unfähigkeit der kapitalistischen Ordnung, den Völkern Frieden zu sichern, den Krieg zu beschränken, wieder einmal den Völkern deutlich demonstriert wird. Die Friedensbestrebungen werden in den Händen der Regierungen zu Vorwänden diplomatischer Ränke — die Friedenskonferenz zum Anlaß eines papiernen Diplomatenkriegs. Es ist schon so, daß erst die sozialistische Gesellschaft, die die Klassen aufhebt und damit den Streit um die Abfall- und Ausbeutungsgebiete unter den herrschenden Klassen der verschiedenen Nationen beseitigt, imstande ist, den Krieg zu überwinden. Selbst eine internationale Beschränkung der Rüstungen ist unter den heutigen Umständen nicht zu erreichen. Daß es im wahren Interesse Deutschlands läge, die Vorschläge Englands anzunehmen, liegt auf der Hand — die Eigennützigkeit der Motive Englands ändert daran nichts. Die weitere Vermehrung der deutschen Flotte verschiebt ja das Kräfteverhältnis der beiden Staaten in keiner Weise, da England sie mit Verstärkung seiner Flotte beantwortet. Vorteil haben von diesem Drehen der endlosen Schrauben lediglich die Panzerplatten- und Kanonenfabrikanten, die sonstigen Kriegsmateriallieferanten und schließlich die Junker und Bourgeois, die ihre Söhne in Heer und Marine versorgen. Diese Schichten sind freilich auch die einflussreichsten in Deutschland und ihr Wunsch ist der Regierung Befehl.

Zeigt also die Vorgeschichte der Friedenskonferenz lediglich, auf welchen unsicheren Füßen der Friede in der kapitalistischen Welt steht, so erinnert gleichzeitig die neueste Wendung der Marokkoaffäre daran, wieviel weltpolitischer Zündstoff angehäuft ist. Frankreich hat — die Ermordung eines Franzosen ist der Vorwand — die marokkanische Grenzstadt Udschda besetzt. Wie immer in solchen Fällen, wird die Besetzung als eine vorübergehende bezeichnet. Ganz gleich, ob's wahr ist oder nicht, die Besetzung bringt jedenfalls die Lunte näher ans Pulverfaß, und nur ein wenig böser Wille oder Ungeschick gehört dazu, eine Explosion herbeizuführen. Das deutsche und französische Volk, vor allem die Klassenbewußten Arbeiter beider Völker haben jetzt allen Anlaß, ihren beiderseitigen herrschenden Klassen scharf auf die Finger zu sehen. Am der fragwürdigen Profiten willen, die besagte Klassen aus der Ausbeutung und Unterdrückung Marokkos ziehen könnten, dürfen zwei große Völker nicht in einen furchtbaren Krieg getrieben werden.

Zeigt uns so die internationale Politik mit erschreckender Deutlichkeit, wie weit die kapitalistische Ordnung noch von wahrer Kultur entfernt ist, so werden uns auf wirtschaftlichem Gebiete darüber in naher Zukunft ebenfalls Schmerz-

liche Lektionen zuteil werden. Die Krise zieht herauf, die unvermeidliche Wirtschaftskrise, die in der kapitalistischen Produktionsweise in stetiger Wiederkehr die Zeit der guten Konjunktur ablöst. Schon haben die Börsen der alten und der neuen Welt die ersten schwachen Anzeichen des drohenden Anheils verspürt und mit wilden Kursstürzen quittiert. Nicht lange mehr, und die Krise ist da — schwächere Betriebe brechen zusammen, die stärkeren schränken den Betrieb ein, Arbeiterentlassungen erfolgen, die Zahl der Arbeitslosen wächst und mit ihr die Neigung der Unternehmer, den Lohn zu kürzen, den Arbeitern wieder zu nehmen, was sie in der besseren Zeit durch ihre Gewerkschaften errungen haben. Eine Zeit gesteigerter Entbehrungen und gesteigerter Kämpfe steht der Arbeiterschaft bevor. Die planlose Produktion des kapitalistischen Systems gebiert die „Überproduktion“ — grausamer Hohn auf die Tatsache, daß die Proletarier an allem Mangel leiden und den Überfluß nicht erlangen können, der eben deshalb die Kanäle der Wirtschaft verstopft — und erst wenn diese „Überproduktion“ durch Betriebseinschränkungen vermindert ist, kann wieder der Aufstieg beginnen. So liefert die Krise den Beweis, „daß die Produktionskräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und vollen Entwicklung“, wie es im Programm der Sozialdemokratie heißt. Was die großen Vorkämpfer der Arbeiterklasse, was Marx und Engels als die Gesetze der wirtschaftlichen Entwicklung ergründet haben, sehen wir vom Leben immer wieder bestätigt.

Wie die deutschen Richter ihre Zeit verstehen, davon reden uns jetzt mancherlei Entscheidungen, die in engem Zusammenhang mit den verflorenen Reichstagswahlen stehen. Während Staatsanwälte und Richter eifrig dabei sind, arme Teufel zu verfolgen, die auf den Namen eines Kranken oder verhinderten Arbeitsgenossen einen Stimmzettel abgeben, werden Strafanträge gegen Wahlvorsteher, die das Geheimnis der Wahl durch Ausschichten der Wahllokale und Führen einer Nebenliste verlegt haben, zurückgewiesen, da keine strafbare Handlung vorliegen soll! Bestraft aber werden dafür Wähler, die solche Verletzung des Wahlgeheimnisses durch „unbefugtes“ Schütteln der Urne verhindert haben! Ordnungsparteiler, die zu Rößdenitz (Sachsen-Altenburg) eine sozialdemokratische Versammlung sprengten, wurden vom Staatsanwalt gegen einen sozialdemokratischen Strafantrag damit verteidigt, sie hätten nicht das Bewußtsein gehabt, die strafbare Tat des Hausfriedensbruchs zu begehen. Der sozialdemokratische Kandidat des sächsischen Wahlkreises Kirchbach-Auerbach, Genosse Hoffmann-Berlin, wird zu drei Wochen Gefängnis verurteilt, weil er den Inzassen einer Lungerheilanstalt auf ihren Wunsch einen kurzen Besuch gestattet hat, ohne den Arzt um Erlaubnis zu fragen, wie so mancher andere Besucher. Das Singen patriotischer Lieder — in einer sozialdemokratischen Versammlung! — ist kein ruhestörender Lärm, erklärt der Altenburger Staatsanwalt in der Rößdenitzer Affäre. Das ist die Gerechtigkeit der Klassenjustiz!

Der Bauernaufstand in Rumänien ist mit Flinten und Kanonen niedergeschmettert worden. Erreicht haben die Bauern bis jetzt einen Ministerwechsel — das heißt nichts. Die einzige positive Leistung, die das Parlament der Bojaren und der Bourgeoisie, das dieses unglückliche Land beherrscht, für die Bauern zustande brachte, war ein Befehl über — den Belagerungszustand. Daß eine wirkliche Reform der Bauerngesetzgebung zustande kommt, die die Kontraktlaverei des Bauern beseitigt und ihn vor wucherischen Pachtbedingungen schützt, ist ebenfowenig wahrscheinlich wie eine Aufhebung der Ausnahmengesetze, unter denen das jüdische Proletariat Rumäniens leidet, das bei diesen Verzwelgungsausbrüchen unschuldigerweise für die Prostituierten der jüdischen Landpächter mit büßen mußte.

Die Duma Rußlands steht vor der Auflösung oder vor dem Umfall der bürgerlichen Opposition. Die Regierung will vor allen Dingen die Annahme des Budgets, um neuen Kredit für Anleihen zu finden. Die Kadetten (konstitutionelle Demokraten), die Vertreter der Bourgeoisie, sind schon zum Umfallen bereit. Das Schicksal der Vorlage hängt ab von den Entschlüssen der kleinbürgerlich-bäuerlichen Fraktionen der Linken. Die Regierung nimmt eine herausfordernde Haltung ein, konzentriert Truppen in Petersburg und ermuntert die Schwarzen Banden, die sich frecher als je gebärden und in der Ermordung des Kadettenführers Dr. Soslos zu Moskau wieder ein Zeichen ihrer Tätigkeit gegeben haben.

Das neue freie Wahlrecht im befreiten Finnland — allgemeines gleiches Stimmrecht für beide Geschlechter, auch Proportionalsystem und Gleichheit der Geschlechter beim passiven Wahlrecht — hat für die Sozialdemokratie ein sehr erfreuliches Ergebnis gezeitigt, über das an anderer Stelle dieser Nummer berichtet wird.

H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Während 1906 ein Jahr der kleinen wirtschaftlichen Kämpfe und mancher errungenen Lohnverbesserungen war, scheint 1907 wieder ein Jahr der großen Kämpfe und Nachtproben zu werden.

Der Kampf der Holzarbeiter hat sich längst zur Nachtprobe ausgewachsen, indem die Unternehmer danach trachten, einen vernichtenden Streich gegen die moderne Arbeiterorganisation zu führen. Das kommt am deutlichsten darin zum Ausdruck, daß die Holzindustriellen mit dem Hirsch-Dunderschen Gewerksverein einen Tarifvertrag abschließen wollen, von dem die Mitglieder des Deutschen Holz-

Arbeiterverbandes ausdrücklich ausgeschlossen werden sollen. Es ist selbstverständlich, daß die Hirsch-Duncker'schen Musterknaben sich gern zu diesem arbeiterfeindlichen, unsolidarischen Vorgehen bereit erklären. Dafür winkt ihnen ja dann auch hoher Lohn. Die Unternehmer wollen nach Zustandekommen dieses Tarifvertrags nur noch Mitglieder des Gewerksvereins in ihre Betriebe einstellen. Ein kurzfristiges, um nicht zu sagen findliches Bemühen! Glauben die Unternehmer wirklich, mit den wenigen frommen und getreuen Knechten ihre Fabrikation aufrecht erhalten zu können? Sie werden mit diesem Vorhaben nicht weit kommen, um so weniger, als die Scharfmacher unter ihnen jetzt die traurige Erfahrung machen müssen, daß ihr Plan einer Generalausperrung der Holzarbeiter über ganz Deutschland in der Hauptsache gescheitert ist. Dazu scheint in ihrer Kriegsklasse ziemliche Ebbe zu sein, denn wie verlautet will der Unternehmerverband einen Pump bis zu einer Million aufnehmen. Da die Zahl der Ausgesperrten lange nicht so groß ist, als die Scharfmacher im Unternehmerlager kalkulierten, so wird es dem Holzarbeiterverband sehr wohl möglich sein, die Ausgesperrten wochenlang zu unterstützen, zumal die nicht ausgesperrten Mitglieder des Verbandes selbst wie auch die übrige Arbeiterschaft auf finanzielle Unterstützung der Ausgesperrten bedacht sein werden.

Auch der Kampf der Schneider um Anerkennung des Tarifs hat sich zu einer Machtprobe größeren Stils entwickelt, wenn auch hier ebensowenig in der von einigen Scharfmachern gewünschten Weise. Nicht alle Unternehmer sind dem Alarmsignal zur allgemeinen Aussperrung der Arbeiter und Arbeiterinnen gefolgt. Viele von ihnen unterstützen den vom Arbeiterverband vorgelegten Tarif, obgleich die Scharfmacher bei den „fortgesetzten Lohnforderungen“ der Arbeiter das Gewerbe für gefährdet erklären, und heuchlerisch geben sie vor, ihre Abwehrmaßnahmen nur im Interesse des laudenden Publikums getroffen zu haben. Die Selbstlosen! — In München haben die Unternehmer den Versuch gemacht, die Ausständigen zu bewegen, am Tage Streikposten zu stehen, von der Organisation Streikunterstützung in Empfang zu nehmen und nachts für sie zu arbeiten. Dieser Plan ist weniger schlau als infam und eine empörende Zumutung an die Arbeiter, die denn auch als solche gebührend zurückgewiesen worden ist. Die Lohnbewegung kann als für die Ausständigen aussichtslos bezeichnet werden, zumal wenn die ausständigen Arbeiter und Arbeiterinnen weiter einmütig im Kampfe ausharren.

Endlich qualifiziert sich auch die Aussperrung der Hamburger Hafenarbeiter als eine Machtprobe der Unternehmer gegen die Organisation. Durch Anwerben einer größeren Anzahl ausländischer „Arbeitswilliger“ sind die Sicherheitszustände im Hamburger Hafen geradezu unheimliche geworden. Die zirkulierenden Streikbrecher, die schon durch ihre dem deutschen Kapital geleistete Judasdienste dem Vaterlande der Gewerkschaftsbewegung keine Ehre machen, gehen nach getaner Arbeit in der Absicht an Land, ihre Bogerkünste an den für ihre Lebensinteressen kämpfenden deutschen Arbeitern zu probieren. Die geringste Beleidigung oder gar Bedrohung irgend eines vagabondierenden Streikbrechers wird von unseren Behörden und Berichten schwer geahndet, die arbeitswilligen Rowdies aber können ungeniert ihre Belästigungen fortsetzen. Netze Zustände!

Die Landschaftsgärtner Berlins haben an 165 Unternehmer Forderungen eingereicht und sind, da dieselben nicht bewilligt wurden, in Streik getreten. Anscheinend ist die nicht geringe Anzahl der in diesem Gewerbe beschäftigten Arbeiterinnen bei der Stellung von Forderungen leer ausgegangen. Auch in einer Reihe anderer Städte stehen Lohnbewegungen bevor.

Im Berliner Baugewerbe haben Einigungsverhandlungen vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts stattgefunden. Die Arbeiter verlangen die achtstündige Arbeitszeit. Beide Parteien haben die Verhandlungen bis zum 15. April vertagt.

Vorstand und Ausschuss des Tabakarbeiterverbandes fordern in einer Bekanntmachung zur Erhebung eines Extrabeitrages auf. Dieser Beitrag soll neun Monate lang erhoben werden und 20 beziehungsweise 30 Pf. pro Monat betragen. Zweck dieser Maßregel soll sein, dem Verband die Möglichkeit zu geben, „nachdrücklicher als bisher die berechtigten Interessen der Kollegenchaft in Gegenden mit niedrigen und unzureichenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu fördern“. Recht so, der wirtschaftliche Kampf erfordert große materielle Opfer, ohne diese ist kein Erfolg zu erwarten. Mögen unsere Leserinnen, auch soweit sie nicht selbst in der Tabakindustrie beschäftigt sind, durch Aufklärung in ihrem Kreise dahin wirken, daß nicht etwa die Arbeiterinnen wegen dieser kleinen vorübergehenden Mehrleistung der Organisation den Rücken lehnen, weil sie die Wichtigkeit der Sache nicht verstehen.

In Wien haben die Damenschneiderinnen nach kurzem energischem Kampfe unter Führung des Schneiderverbandes einen großartigen Sieg errungen. Wir werden in nächster Nummer eingehender über die Bewegung berichten.

Das für unsere Leserinnen Wichtige von den zu Ostern abgehaltenen Generalversammlungen einiger Verbände werden wir in nächster Rundschau im Zusammenhang bringen.

In der von den Besitzern der Dampfwaschanstalten und Plättereien Berlins beschlossenen Preiserhöhung nahmen die organisierten Arbeiterinnen dieser Betriebe am 20. März Stellung in einer Versammlung, in der Genosse Keller, der Vorsitzende des Verbandes der Wäsche- und Strawnarbeiter und -arbeiterinnen, referierte. Noch im

Jahre 1900 erklärten die Besitzer der kleinen Plättereien, mit ihren Konkurrenten, den Besitzern der Dampfwaschanstalten, nicht zusammenzugehen. Im vorigen Jahre aber schlossen sie sich auf einem Kongress mit diesen zusammen, einerseits, um das Publikum auszunutzen zu können, und andererseits, um eine Waffe gegen die Arbeiter und Arbeiterinnen in Händen zu haben. Der Kongress wurde sich darüber einig, daß vom Publikum höhere Preise gefordert werden sollen. Vor einigen Wochen hielten nun die Besitzer in Köpenick eine Versammlung ab, in welcher sie beschloßen, die Preise um 15 bis 50 Prozent zu erhöhen. Sie begründeten die Forderung mit der Erhöhung der Materialpreise und den angeblich erhöhten Löhnen. In den Wasch- und Plättanstalten ist aber seit 3 bis 4 Jahren keine Lohnerhöhung eingetreten. Im Gegenteil, die Vorteile, die die im Jahre 1900 errungenen Lohnaufbesserungen brachten, genießen die Arbeiterinnen schon nicht mehr. Der Anfangslohn in Dampfwaschereien beträgt 7 Mk. wöchentlich, der Durchschnittslohn 11 bis 12 Mk.; ausnahmsweise bringt es eine tüchtige Plätterin auf 18 Mk. Nach Angabe der Besitzer werden in Köpenick Tageslöhne von 2,50 bis 4 Mk. gezahlt. In Wirklichkeit beträgt der Höchstlohn in Köpenick 1,75 Mk. Die Agitation unter den Arbeiterinnen hat gute Fortschritte gemacht; das veranlaßt die Arbeitgeber, gegen die Organisation der Arbeiterinnen vorzugehen. So hat der Inhaber der Firma Fiegner den organisierten Arbeiterinnen eine Lohnerhöhung von 1 Mk. und einen Aufschlag von 10 Pfg. für Überstunden versprochen, wenn sie schriftlich ihren Austritt aus der Organisation erklären. — Das hat bei den erst kurze Zeit organisierten Arbeiterinnen leider den beabsichtigten Erfolg gehabt. Am Tage der Versammlung ließen verschiedene Arbeitgeber bis spät abends arbeiten, um den Besuch der Versammlung zu hindern. Der Referent übte an diesen Vorgängen Kritik und sprach die Meinung aus, daß, wenn die Unternehmer ihre Preise erhöhen, auch die Arbeiterinnen berechtigt sind, bessere Löhne zu verlangen. Wenn jetzt Forderungen gestellt würden, so würden sie über die von 1900 hinausgehen. Dem Referat folgte eine längere Diskussion. Mehrere Inhaber kleiner Plättereien vertraten ihren Standpunkt als Arbeitgeber; einige Verbandsmitglieder und der Referent entgegneten ihnen. Die Versammelten nahmen einstimmig eine Resolution an, in der sie ihrer Entrüstung Ausdruck geben über die Eingriffe der Unternehmer in das Koalitionsrecht der Arbeiter. Sie erklärten sich gewillt, diesen Übergriffen der Arbeitgeber energisch entgegenzutreten, und verpflichteten sich, unter den Kolleginnen zu agitieren und sie dem Wäschearbeiterverband zuzuführen, da nur durch die Organisation eine Aufbesserung der Löhne und eine Verkürzung der Arbeitszeit erzielt werden könne. Die Versammlung beauftragt den Verband, die weiteren notwendigen Schritte zugunsten der Arbeiterschaft zu tun, falls die geplante Preiserhöhung Tatsache wird.

Genossenschaftliche Rundschau.

Ein agrarisches Genossenschaftsunternehmen, die vielgenannte Berliner Milchzentrale, steht vor dem Bankrott. Wie mehr als einmal, auch durch Gerichtsurteile, festgestellt wurde, ist diese Genossenschaft durch total unfähige Geschäftsleitung nicht nur zum Bankrott gebracht, sondern in der Öffentlichkeit auch stark kompromittiert worden. Es wurden Dinge ans Tageslicht gezogen, die sehr leckeres Futter für den Reichsschwindelverband wären, wenn sie — in einem Arbeiterkonsumverein sich ereignen hätten. So änderte man die Bilanzen früherer Geschäftsjahre, um Gelder, die der Genossenschaft gar nicht gehören, zu erhalten, beziehungsweise deren Auszahlung an die Mitglieder zu umgehen. Das Reichsgericht hat in einem Urteil vom 20. Januar 1906 ausgesprochen, daß circa sieben Millionen Mark zu unrecht abgenommen, beziehungsweise zurückbehaltene Gelder auszu zahlen seien. Durch dieses Urteil des höchsten Gerichtshofes sind die Manipulationen der Milchzentrale, die den Bankrott hintanhalteten, als ungesetzlich gekennzeichnet. Das Kammergericht in Berlin hat in einem Urteil festgestellt: „Das ganze Genossenschaftswesen, das doch der wirtschaftlichen Förderung der Genossen dienen soll, müßte die nachteiligsten Folgen für die Genossen haben“, wenn solche Wirtschaft gutgehen würde, wie sie in der Milchzentrale betrieben worden sei! — Das sollte wie gesagt einem von Sozialdemokraten verwalteten Konsumverein passieren! Die Leiter und Macher der Milchzentrale sind alle gut konservativ-agrarisch gesinnte Herren!

Aber den Abschluß eines Lohn- und Arbeitstarifs für die in Konsumvereinen beschäftigten Handelsangestellten wurden Mitte März zwischen Vertretern des Verbandes der Handlungsgehilfen und des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine verhandelt. Das Ergebnis war folgende gemeinsame Erklärung: „Nach dem Stande der gepflogenen Verhandlungen erscheint es nicht möglich, daß es auf dem diesjährigen Genossenschaftstage zu einer allgemeinen Tarifvereinbarung kommen wird. Hinsichtlich der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei den Verkäufern und Verkäuferinnen und der Arbeitsverhältnisse der Kontoristen, Kontoristinnen und Hauptlagerverwalter wird gesucht werden, durch weitere Verhandlungen einer in Hamburg dazu einzusetzenden Kommission bis zu dem nächstjährigen Genossenschaftstage eine Tarifvereinbarung herbeizuführen. Dagegen sind bezüglich der Regelung der Lohnverhältnisse der in den Kontoren und Zentrallagern beschäftigten Handlungsgehilfen vorläufig örtliche Abmachungen zu empfehlen, welche später als Grundlagen für eine entsprechende Tarifvereinbarung dienen können.“ Ähnlich stehen die Verhandlungen mit dem Lagerhalterverband in derselben Angelegenheit.

Hier ist vorläufig nur ein unter anderem auch die Mankovergütung regelnder Dienstvertrag zustande gekommen, der dem Genossenschaftstage vorgelegt werden wird. Die Verhandlungen über einen einheitlichen Tarif haben noch nicht zu positiven Ergebnissen geführt, so daß dem Genossenschaftstage 1907 nicht, wie beabsichtigt war, eine Vorlage gemacht werden kann.

Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine erzielte im verflossenen Geschäftsjahr einen Umsatz von 46508237 Mk. gegen 38780199 Mk. im Vorjahr. Der Mehrumsatz betrug somit 7728038 Mk. oder 19,9 Prozent. Im Jahre 1904 erzielte die Großeinkaufsgesellschaft einen Umsatz von 38929406 Mk. Somit wurden 1905 4850798 Mk. oder 14 Prozent mehr umgesetzt als im Jahre 1904. — Außer über die Berichte vom Stand des Zentralverbandes usw. wird der Genossenschaftstag in Düsseldorf noch verhandeln über den Ausbau der Organisation, die Tätigkeit des Tarifamtes, die Entwicklung der Unterstützungsliste des Zentralverbandes, den gemeinschaftlichen Einkauf der Konsumvereine. — Eine große Versammlung in Dessau, die sich mit der Milchverteuerung beschäftigte, nahm eine Resolution an, in der der dortige Konsumverein ersucht wird, die Milchverforgung der Mitglieder in die Wege zu leiten. — Die Produktivgenossenschaft für Konditorei- und Zuckerwaren „Fortschritt“ in Altona, die im März 1904 gegründet wurde, setzte im Jahre 1906 für 131850 Mk. Waren um, davon an Konsumvereine für 30888 Mk. Beschäftigt wurden im Berichtsjahr durchschnittlich 86 Personen. Die Arbeitszeit beträgt täglich neun Stunden, und die Fabrik ist die einzige in Deutschland, welche die gewerkschaftlichen Forderungen in der Branche in vollem Umfang zur Durchführung bringt. Außerdem werden die Beiträge zur Kranken- und Invaliditäts- und Altersversicherung von der Genossenschaft getragen; für Feiertage und für die ersten drei Krankheits-tage wird der Lohn nicht in Abzug gebracht.

In Bremen ist vor einiger Zeit ein Konsumverein gegründet worden, der noch vor der Eröffnung des ersten Ladens bereits über 6000 Mitglieder zählte. Der Fall dürfte in der deutschen Konsumvereinsbewegung einzig dastehen! — Über eine Schildbürgerlei der Krämer berichtet die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“: In Schwartau bei Lübeck wurde ein Konsumverein gegründet. Das veranlaßte die „Lübeckischen Anzeigen“, die Geschäftsleute von Schwartau aufzufordern, fortan nicht mehr im „Lübecker Volksboten“ zu inserieren, weil der dem Konsumverein freundlich gegenüberstehe.

Der größte Konsumverein der Welt ist die Industrial Cooperative Society Ltd. in Leeds, einer ja. 450 000 Einwohner zählenden bedeutenden Industriestadt im mittleren England. Die Genossenschaft umfaßt am 30. Juni 1906 49 186 Mitglieder. Der Umsatz betrug im ersten Halbjahr 1906 15 716 000 Mk., das ist pro Mitglied durchschnittlich 320 Mk., also auf das ganze Jahr berechnet 640 Mk. Kein deutscher Konsumverein hat einen auch nur annähernd so großen Durchschnittsumsatz aufzuweisen. Um ihn zu erzielen, beschränkt sich die Genossenschaft selbstverständlich nicht nur auf den Vertrieb von Kolonialwaren, sie verkauft in ihren 94 Spezialläden auch die Produkte einer eigenen Bäckerei, einer Wurstfabrik, einer Klempnerei usw. Außerdem besitzt sie 75 Fleischläden, die aus einem eigenen Schlachthaus versorgt werden und die einen Umsatz von nahezu 4 Millionen Mark jährlich aufweisen, ferner 19 Schuhläden, deren Waren zur Hälfte einer eigenen circa 160 Arbeiter beschäftigenden Schuhfabrik entstammen, 31 Läden für Kurz-, Schnitt- und Modewaren, fertige Konfektion und Mascherei, in denen ein Gesamtumsatz von über 2 Millionen Mark erzielt wird, und außerdem 15 große Kohlendepots. In ihren beiden großen Warenhäusern verkauft die Genossenschaft Hausgerät, Möbel, die gleichfalls aus eigenen Fabriken stammen, und sonstige Bedarfsartikel der großen Masse. Endlich besitzt der Leeds Konsumverein noch eine Abteilung für den Bau von Wohn- und Geschäftshäusern, aus der bis zum Jahre 1897 bereits 850 Häuser hervorgegangen waren, die teils vermietet, teils in den Besitz der Mitglieder übergegangen waren. Um alle diese Geschäftszweige zu bewältigen, beschäftigt die Genossenschaft rund 2000 Angestellte, von denen 1800 in der Warenverteilung, 700 in der Produktion tätig sind. — Auf einer in London abgehaltenen Delegiertenversammlung der Sektion des Britischen Genossenschaftsverbandes wurde einstimmig folgende vom Generalsekretär des Verbandes genossenschaftlicher Angestellter und Arbeiter, Mr. A. Hewitt, eingebrachte und begründete Resolution angenommen: „Für die Genossenschaftsbewegung ist die Zeit gekommen, für die verschiedenen Klassen der Beschäftigten einen Minimallohn festzusetzen, unter welchen die Genossenschaften bei Beschaffung der Beschäftigten nicht gehen dürfen. Die Versammlung ersucht deshalb den Vereinigten Rat, die nötigen Schritte vorzunehmen, damit dem kommenden Genossenschaftskongress in Preston ein diesbezüglicher Antrag unterbreitet wird.“

Die Schlächterelei des Allgemeinen Konsumvereins für Basel macht trotz aller Angriffe von außen hoch erfreuliche Fortschritte. Der Umsatz für 1906 befreit sich auf 8 132 000 Mk. gegen 2 794 400 Mk. im Jahre 1905.

Eine der größten Fachgenossenschaften ist die Kredit- und Produktivgenossenschaft der Budapest Schneider, welche zugleich als eine Mustergenossenschaft dargestellt wird. Der Verkehr des letzten Geschäftsjahres betrug 2 203 991 Kronen. Als Arbeitslohn wurden 48 070 Kronen ausgezahlt. Zu erwähnen ist, daß die Genossenschaft immer höhere Löhne zu zahlen imstande war als die Privatunternehmer.

Die Federation der belgischen Genossenschaften hat kürzlich ihren Jahreskongress in Gent abgehalten. Aus Frankreich und der Schweiz waren Vertreter anwesend,

Deutschland und Holland hatten sich entschuldigen lassen. Der Genossenschaftsbund ist im Jahre 1900 gegründet worden; er umfaßt die (sozialistischen) Konsumvereine und hat die Aufgabe, den Wareneinkauf zu organisieren. Der vorliegende Bericht zeigt, daß der Geschäftsumfang der Genossenschaft von Jahr zu Jahr rasch gestiegen ist. Nach einer Mitteilung des Genossen Bertrand bestehen jetzt in den Kulturländern insgesamt zirka 100000 Genossenschaften, die einen Umsatz von etwa 3 Milliarden Frank erzielen. — Der Sitz der Genossenschaft wurde nach Antwerpen verlegt. Zur Errichtung der notwendigen Lagerräume wurde eine Anleihe von 300000 Fr. beschlossen. Eine eingehende Diskussion entspann sich über die Gründung von Produktionsgenossenschaften. Es wurde im ganzen die Meinung vertreten, daß diese in der Regel nur im Anschluß an die Konsumgenossenschaften gegründet werden sollen. Hierbei regte Anseles die Gründung von Papierfabriken und -mühlen an. Im Anschluß hieran beschließt man, einem Projekt Anseles näher zu treten, nämlich der Gründung einer Arbeiterkreditbank. In diesem Institut sollen in Zukunft die großen Genossenschaften ihre Kapitalien und auch die Arbeiter ihre Spargelder anlegen. H. Fl.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Die Gründung eines Vereins für Hausangestellte in Leipzig wurde in einer Dienstmädchenversammlung beschlossen, die am 17. März stattfand. Lange vor Beginn der Versammlung waren die Räume überfüllt. An Stelle der Genossin Zieh, die leider in „Staatspension“ gehen mußte, sprach Genosse Lüttich. Er sagte, daß die Dienstbotenorganisation nichts Neues sei. Schon 1848 habe eine resolute Köchin in öffentlicher Versammlung Forderungen an die Dienstherrn gestellt, und auch in den sechziger Jahren habe die Dienstbotenbewegung von sich reden gemacht. Die Dienstbotennot, von der jetzt so viel gesprochen werde, entspringe aus dem Dienstboteneiend. Die unbeschränkte Ausbeutung der Arbeiterschaft im häuslichen Dienst veranlasse viele Mädchen, lieber in eine Fabrik zu gehen, weil ihnen hier neben gesetzlich geregelter Arbeitszeit, die ihnen den Abend und den Sonntag frei läßt, auch ein besserer Lohn gezahlt wird. Ein Dienstmädchen erhalte zum Beispiel bei einem Monatslohn von 20 Mk. — der aber nur wenigen Glücklichen gezahlt wird — unter Anrechnung von 30 Mk. für Unterhalt und Wohnung bei zehnstündiger Arbeit 15 Pf. pro Stunde, bei fünfzehnstündiger 11 Pf. und bei achtzehnstündiger nur 9 Pf. Bei Erkrankungen seien die Mädchen oft der bittersten Not ausgesetzt. Die Krankenversicherung des Leipziger Dienstbotenvereins verlage in den meisten Fällen. Die Anzahl der Dienstmädchen in Leipzig sei absolut gewachsen — 1906 betrug sie zirka 18000 —, aber im Verhältnis zu den Haushaltungen sei sie gesunken. 1890 kamen 88, 1900 nur 33 Dienstmädchen auf 1000 Haushaltungen. Der Referent geißelte das Stellenvermittlungssystem in seiner heutigen Gestalt, das Dienstbuch, das einem Steckbrief gleiche, und die veraltete Gesindeordnung, nach der den Herrschaften heute noch das Züchtigungsrecht zusteht. Die Dienenden hätten nur Pflichten, aber keine Rechte. Gestützt auf Beweise bringt der Referent einige drastische Fälle von „Herrschaftswillkür“ zum Vortrag und erläutert die Vorzüge, die ein Dienstbotenverein habe. Einsichtige Herrschaften würden ihren Mädchen sicher nicht verwehren, einem solchen beizutreten. Lebhafter Beifall lohnte den Redner, dessen Ausführungen von der Zustimmung der Zuhörer begleitet worden war. Einige Mädchen gaben ihre traurigen Erfahrungen zum besten, und eine beantragte sogar, die Namen rücksichtsloser Herrschaften auf einer schwarzen Tafel zu führen und eventuell in den stattfindenden Versammlungen zur Kenntnis zu bringen. Mit großer Majorität wurde die Gründung eines „Vereins für Hausangestellte“ beschlossen, auch gleich ein provisorischer Vorstand gewählt und beauftragt, die weiteren Schritte zu tun. Ungefähr 100 der Anwesenden erklärten ihren Beitritt zur Organisation. In der Debatte versuchte ein Herr Müller für einen christlichen Verein Propaganda zu machen, während ein anderer Redner für die „offen ehrlichen und gutherzigen Stellenvermittler“ eine Lanze brach, ohne jedoch Zustimmung zu finden. Die meisten Mädchen glaubten gewiss aus Erfahrung den völlig „kostenlosen“ Versprechungen nicht mehr. Der Versuch von gegnerischer Seite, die Versammlung zu sprengen, wurde in Keime erstickt. Genossin Frenzel forderte die Dienenden zu reger Agitation unter den Kolleginnen auf und schloß die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf den neuen Verein, in das die Mädchen ganz begeistert einstimmten. B. Seiffert.

Eine Dienstbotenbewegung in Königsberg i. Pr. ist eingeleitet worden. Schon vor einigen Jahren brachte das Königsberger Parteiorgan Zuschriften aus Dienstbotentreifen, welche die Gründung einer Dienstbotenorganisation verlangten, um das Dienstboteneiend bekämpfen zu können. Verschiedener Umstände wegen mußte die Verwirklichung dieses Wunsches leider immer hinausgeschoben werden. Zwar besteht auch heute noch keine Dienstbotenorganisation, aber die Sache ist so weit gediehen, daß es sich nur um den Tag handelt, an dem die Dienstboten die Gründung einer solchen in aller Form beschließen. Am 24. März fand eine sehr gute besuchte Dienstbotenversammlung statt, für die die Genossinnen vorzüglich agitiert hatten. Sie waren in die „herrschaftlichen“ Häuser gegangen, hatten sich mit den Dienstboten in Verbindung gesetzt und sie zur Versammlung eingeladen. Außerdem waren am Sonntag vorher

auf den Tanzböden Handzettel verteilt worden. In der Versammlung referierte Genosse Marchionini über die „Pflichten und Rechte der Dienstboten“. Er besprach die Forderungen der modernen Dienstbotenorganisation und kritisierte die Gesindeordnungen, insbesondere die für Ost- und Westpreußen in Betracht kommende vom 8. November 1810. An der Hand reichen Materials wies der Referent nach, wie in Ostpreußen die Dienstboten behandelt werden. Wiederholt gaben hierbei die Versammelten ihrer Entrüstung Ausdruck. Genosse Marchionini ging dann zu der Erörterung der jämmerlichen Lohn-, Arbeits- und Wohnungsverhältnisse über. Er rechnete aus, daß der Lohn bei vierzehnstündiger Arbeitszeit an Wochentagen und achtsündiger an Sonntagen oft nicht mehr als 9 Pf. pro Stunde beträgt, die Beföstigung mit eingerechnet. Als Schlafkammern müßten den Mädchen häufig ungeheizte, zugige Löcher ohne Luft und Licht dienen; den schlechtesten, für nichts sonst brauchbaren Ort erachte man als gerade gut genug für sie. Charakteristisch für das „menschenfreundliche“ Empfinden gewisser „Herrschaften“ ist der folgende Vorfall, der sich in Königsberg zugetragen hat: Ein Mädchen mußte in einer engen ungeheizten Kammer schlafen, wo zum Überfluß auch das Fenster nicht schloß, so daß es hineinregnete. Die Mutter des Mädchens machte deshalb den „Herrn“ darauf aufmerksam, daß ihr Kind sich dadurch Rheumatismus holen werde. Doch den Herrn rührte das nicht; er erklärte: „Ach, was macht das, dann kommt das Mädchen ins Krankenhaus!“ Der Referent empfahl schließlich die Gründung eines Dienstbotenvereins, damit auf dem Wege der Stellenvermittlung und des Vertragsabschlusses vorgegangen und dadurch das Los der Dienenden erleichtert werden könne. Er machte auch auf das städtische Arbeitsamt aufmerksam, das kostenlos Stellen vermittelt, und forderte die Mädchen auf, Klagen und Beschwerden über Herrschaften der „Königsberger Volkszeitung“ zur Veröffentlichung mitzuteilen. In der Diskussion sprachen mehrere Anwesenden im Sinne des Referenten. Von einzelnen wurden noch Mißstände des Berufs geschildert. Zahlreiche Mädchen gaben ihre Adressen an und erklärten sich bereit, einem Verein beizutreten. Zur Gründung desselben soll in nächster Zeit eine zweite Versammlung stattfinden. M. u. W.

Eine außerordentlich stark besuchte Dienstbotenversammlung in Nürnberg tagte am 17. März. Genossin Grünberg rechnete in ihrem Referat kräftig ab mit den christlichen Organisationszersplitterern, die sich jetzt plötzlich für die Dienenden interessieren, nachdem schon in einer ganzen Anzahl von Städten freie Dienstbotenorganisationen gegründet worden sind. In ganz Bayern sollen jetzt katholische Dienstbotenorganisationen ins Leben gerufen werden. In München ist ein derartiger Versuch schon an der Klugheit der Mädchen gescheitert. In Nürnberg würde es nicht anders gehen. Genossin Grünberg hielt den frommen Christen vor, daß sie, obwohl sie schon seit Jahrhunderten die Macht dazu hätten, noch nichts für das Wohl der Unterdrückten getan haben, daß ihnen angeblich so sehr am Herzen liegt. Unter stürmischem Beifall schloß sie ihre Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß unter dem Einfluß der Kirche die kulturwidrigen Gesindeordnungen geschaffen wurden, die zu beseitigen die schwere Aufgabe der freien Dienstbotenvereine sei. Darauf wurden die traurigen Zustände in den Arbeitsverhältnissen der Hausangestellten erörtert, die in der Regel die Ursache dafür sind, daß sich so oft Mädchen das Leben nehmen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Dienstmädchen geradezu der Blühdauer der schlechten Launen der „Gnädigen“ und der Angehörigen des ganzen Hauses sind. Daß dies auf ihren Gemütszustand einwirkt, ist selbstverständlich. Ein Beispiel dafür bietet der folgende Fall: Frau Oberingenieur Flüggen in Nürnberg, Sulzbacherstr. 46 hat innerhalb eines Vierteljahres nicht weniger als 26 Mädchen gehabt. Einem davon erging es folgendermaßen: Es ging eines Abends um 9 Uhr ins Wäschhaus; als es zurückkehrte, wurde es mit den gewöhnlichsten Redensarten traktiert, da die „Gnädige“ sehr schlechter Laune war. Das Mädchen erklärte, jetzt habe es genug, das könne es nicht mehr ertragen, es wolle fort, sonst werde es noch wahnsinnig. Wenn jemand geschlagen würde, so könne das nicht schlimmer sein, als wenn er immer diese Redensarten hören müsse. Darauf wurde das Mädchen eingesperrt, und in seiner Verzweiflung sprang es in den gepflasterten Hof hinab, wo es bewußtlos liegen blieb. Es hatte sich das Bein gebrochen und am Unterkiefer sämtliche Zähne eingeschlagen. Früh gegen 2 Uhr wurde das Mädchen gefunden und von der Polizei ins Krankenhaus gebracht, wo es erst nach 10 Uhr morgens aus seiner Ohnmacht erwachte. Wenn die Arzte das Krankenhaus verläßt, ist sie ein Krüppel, und zeitweilig wird sie darüber nachdenken können, was die Gesindeordnung an ihr und vielen ihrer Arbeitsschwestern gesündigt hat. Die Referentin forderte alle Mädchen auf, denen es gleich schlecht geht, sich der Organisation anzuschließen, die für die Abschaffung dieser Zustände kämpft, anstatt sich von den Schikantierungen niederdrücken zu lassen oder sich gar mit dem Gedanken zu tragen, durch den Tod den Qualen zu entgehen. Es wurde noch bekanntgegeben, daß der kostenlose Arbeitsnachweis des Vereins bei Frau Rummel, Bergstraße 511, sehr viele freie Stellen zu vergeben hat. 88 Mädchen traten dem Verein bei.

In einer öffentlichen Versammlung der Dienstmädchen, Wäsch- und Scheuerfrauen zu Altona am 14. März referierte Genossin Zieh über das Thema „Dienstboteneiend“. Sie teilte unter anderem mit, daß in den umliegenden Ortschaften ein Aufruhr verbreitet worden sei, der die Mädchen, die in einen Dienst gehen wollen, auf unsere Organisation hinweist, und bezeichnete es als Pflicht der Genossinnen, ihre Frauen und Töchter, soweit sie Hausarbeiterinnen sind, dem Verein zuzuführen. Dann machte die Re-

ferentin die Anwesenden mit den Bestimmungen des Stadthagenschen Arbeitsvertrags bekannt, der unter anderem auch festlegt, daß Wäsch- und Scheuerfrauen täglich nicht mehr als 10 Stunden arbeiten dürfen und 25 Pf. für die Stunde bei guter Kost und Behandlung erhalten müssen. Was dem einzelnen nicht möglich sei, das werde der vom Geiste der Solidarität getragenen starken Organisation gelingen: nämlich den Grund zu legen zu einer besseren Lebenslage für eine Arbeiterinnenkategorie, die bisher von allen unterdrückten Schichten am meisten ausgebeutet werde. Genossin Baumann bemerkte, daß die Mädchen sich kaum in einen Zustand hineinreden könnten, wo sie als gleichberechtigte Menschen behandelt werden. Auch sie betonte, was schon die Referentin erklärt hatte: daß unser Kampf den Gesindeordnungen gelte und daß an ihm teilzunehmen alle berufen seien, die unter diesen Ausnahmestimmungen leiden. Mehrere Mädchen und Frauen erzählten ihre Erlebnisse unter Angabe von Name und Adresse der betreffenden Herrschaften. Ein junges Mädchen berichtete, daß es gegen seinen Willen auf offener Straße Pferdewisch habe sammeln müssen. In ihrem Schlußwort wies Genossin Zieh darauf hin, daß sich in Hamburg allein 29000 Dienstmädchen befänden, für deren Organisation noch viel Arbeit zu leisten wäre. Wenn sich jetzt bürgerliche Pressstimmen dahin vernehmen ließen, daß wir die Lage der Dienenden grau in grau malen, so beweise das nur, daß die Herrschaften das Bloßlegen der Mißstände und das Erwachen der Dienstboten zur Erkenntnis ihrer Klassenlage fürchten. 40 neue Mitglieder wurden aufgenommen. Eine Zellersammlung ergab annähernd 18 Mk. Berta Mangels.

Die Organisation der Dienstboten zu Frankfurt a. M. hielt am 17. März eine Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus ab, um die Einführung des Stadthagenschen Dienstvertrags vorzubereiten. Die Versammlung war sehr gut besucht; Genosse Arbeitersekretär Dräts referierte. Er versuchte, das Selbstbewußtsein der Mädchen zu heben, indem er ihnen vor Augen führte, wie unwürdig die meisten Herrschaften ihre Dienstboten behandeln, von denen sie doch Anstand und Höflichkeit verlangen. Die Mehrzahl der Mädchen sei schon so sehr an die Nichtachtung gewöhnt, daß sie sich alles gefallen lasse. Kürzlich hätte eine Hausangestellte von ihrer Arbeitgeberin geäußert: „Es gibt kein Tier im Zoologischen Garten, das sie mich nicht schon genannt hat.“ Wo bleibt da die Menschenwürde? Auch müsse die große Ehrfurcht vor den Titeln der Herrschaften weichen; die letzteren hielten es oft nicht für nötig, bei Briefen an ihre Mädchen „Fräulein“ auf die Adresse zu setzen. Der Referent ging dann auf die unregelmäßige Arbeitszeit, den unzureichenden Lohn und die skandalösen Zustände ein, die oft in bezug auf Behausung und Ernährung der Hausangestellten herrschen. Der Mangel einer Krankenversicherung mache sich sehr fühlbar, da die Herrschaften sich meist durch sofortige Kündigung im Krankheitsfall ihrer Fürsorgepflicht für das Mädchen entziehen. Die häufigen Unfälle, denen es ausgesetzt ist, machen auch eine Unfallversicherung dringend notwendig. Unterstellung unter das Gewerbegericht für alle Hausangestellten müsse gefordert werden, ebenso die Abschaffung der Dienstbücher, die schon oft zum Unglück für die Mädchen geworden sind. Er forderte die Versammlung auf, gegen die menschenunwürdigen Zustände Front zu machen und durch die Abschließung eines Vertrags die mittelalterliche Gesindeordnung außer Kraft zu setzen. Er verlas die auf der Mannheimer Frauenkonferenz gefaßte Resolution, welche einen Sturm bei den besitzenden Klassen hervorgerufen habe, und ging dann auf den Stadthagenschen Vertrag über. Daß in letzter Zeit wiederholt in sehr höhnischer Weise auf die Dienstbotenbewegung hingewiesen worden sei, um unsere Forderungen herabzumwürdigen, dürfe uns nicht irre machen. Auch der Arbeiterbewegung sei es im Anfang so gegangen, und so wie sie müßten sich auch die Dienstboten durchringen. Er wandte sich gegen die bürgerliche Frauenbewegung, die die Frau emanzipieren wolle, den Mädchen aber keine Organisation zustehe. Zum Schluß seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede machte er nochmals darauf aufmerksam, wie man durch festes, treues Zusammenhalten den Kampf mutig aufnehmen könne, und daß dieser um so leichter würde, je mehr die Aufklärung vorwärts schreite. Wegen vorgerückter Zeit konnte eine Besprechung des Vertrags selbst nicht mehr stattfinden und wurde daher für die nächste Versammlung vertagt. Genossin Fesch gab bekannt, daß im Sommerhalbjahr jeden dritten Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr, eine Mitgliederversammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfindet, und zwar am 28. April, 9. Juni, 30. Juni, 21. Juli, 11. August. Am zweiten Pfingsttag hält der Verein im Tivoligarten sein Sommerfest ab. U. K.

Frauenstimmrecht.

Das aktive und passive Frauenwahlrecht in Finnland hat sich bei den dortigen Landtagwahlen glänzend bewährt. Die Sozialdemokratie hat mit feiner Unterstützung einen herrlichen Sieg errungen. Von 200 Mandaten fielen ihr 80 zu. Unter den gewählten Sozialisten befanden sich 9 Frauen; die Namen derselben sind:

Redaktrice Mina Sillanpää,
Frau Maria Laine,
Frau Mimmi Kaurvo,
Fräulein Ida Kalle,
Näherin Alexandra Reinholdsson,
Lehrerin Frau Hilja Parssinen,
Weberin Jenny Kiplainen,
Frau Anna Huotari,
Agitatorin Maria Mannia.

Unsere Genossinnen haben mit den Genossen zusammen eine riesige Arbeit geleistet. Ein Artikel über ihre Teilnahme am Wahlkampf, der nach Schluß der Redaktion eintraf, wird in der nächsten Nummer erscheinen.

Unter den Anträgen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die dem neuen Reichstag gleich am Anfang seiner ersten Session vorgelegt worden sind, befindet sich auch der Antrag auf Einführung des Frauenwahlrechts, des Proportionalwahlrechts und dreijährige Wahlperioden, sowie auf eine Neueinteilung der Wahlkreise. Bei der Beratung dieser Anträge wird die bürgerliche Vertogenheit dem Frauenwahlrecht gegenüber wieder ihre Freie feiern — beim Souper Loaste auf die Damen, im Reichstag schnoddrige Witze über die Weiber. Die Wahrung jedes wahrhaften Frauenrechts liegt einzig und allein in den Händen der Vertreter der Klassenbewußten Arbeiterschaft.

„Was erwarten die Frauen vom Liberalismus?“ über dieses Thema sprach Dr. Anita Augspurg am 25. März in einer vom Berliner sozialliberalen Verein veranstalteten Versammlung. Ihre Ausführungen gipfelten in folgenden Worten: „In allen diesen Fragen und vor allem in der Kardinalfrage des Stimmrechtes sehen die Frauen ihre Zuversicht auf den Liberalismus und verlangen nunmehr eine definitive Zu- oder Abgabe. Der Liberalismus muß die Forderung des Frauenwahlrechts in sein Programm aufnehmen; versagt er, dann werden die Frauen die Konsequenzen daraus ziehen.“ An den Vortrag schloß sich eine sehr erregte Diskussion. Nur die liberalen Herrn v. Gerlach und Dr. Breitscheid traten den Ausführungen der Referentin bei, die übrigen anwesenden Liberalen nahmen eine durchaus ablehnende Haltung ein. — Der Liberalismus habe mit den Forderungen der Frauen nicht das geringste zu tun; die Frauen seien in politischer Beziehung noch außerordentlich unreif usw. Es bleibt nun abzuwarten, ob und wie die liberalen Parteileitungen sich zu der Frage äußern werden. Bis dahin mögen sich die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen noch in der Rolle von Ibsens Nora gefallen und auf das „Wunderbare“ harren — wir fürchten freilich, ihnen wird dieselbe bittere Enttäuschung zuteil werden wie jener. Daß sie aber aus dieser Enttäuschung auch mit derselben herben Energie „die Konsequenzen ziehen“ werden, wie es Nora tut, wagen wir zu bezweifeln. Was wollten sie denn auch anfangen! Etwa samt und sonders zur Sozialdemokratie übergehen, falls der Liberalismus „versagt“? Das glaubt doch kein vernünftiger Mensch, obgleich es vielleicht die einzige „Konsequenz“ wäre, die den liberalen Heiden noch einigen Respekt abgewinnen würde. Für die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen ist aber ein solcher Schritt eine soziale und psychologische Unmöglichkeit, und sie werden daher nach wie vor im politischen „Puppenheim“ verharren.

Allgemeines, gleiches Wahlrecht für Frauen und Männer in Dänemark. Seit dem Jahre 1857 bestehen in Dänemark gesetzliche anerkannte Freie Armenklassen, welche in Not befindlichen Personen Unterstützung gewähren, ohne daß damit die üblen Folgen verbunden sind, die sonst der Armenunterstützung anhaften. Ursprünglich waren diese Freien Armenklassen eine halb kirchliche Einrichtung. Die Geistlichen waren die Vorstehenden, und die Gelder floßen hauptsächlich aus den Sammelbüchern der Kirchen. Das hat sich inzwischen verändert. Während der großen Periode der Arbeitslosigkeit um die Zeit der Jahrhundertwende brachte die Sozialdemokratie einen Vorschlag auf Staatsunterstützung der Freien Armenklassen und einen auf Staatsunterstützung zu den Arbeitslosenklassen der Gewerkschaften ein. Der letztere ist, wenn auch in etwas veränderter Form, vor kurzem endgültig angenommen worden. Im Frühjahr 1904 wurde die Staatsunterstützung zu den Freien Armenklassen beschlossen, und zwar in einem Gesetz, das nach Verlauf von drei Jahren revidiert werden sollte. Dies ist nun geschehen. Das neue Gesetz über die Freien Armenklassen, die in Zukunft „Hilfsklassen“ genannt werden, ist am 25. März vom Folketing in dritter Lesung endgültig angenommen worden. Die Kommunen können nach ihm ohne Genehmigung der höheren Behörden bis zu 30 Ore pro Einwohner für die Hilfsklassen aufwenden. Sie erhalten ein Drittel der Ausgaben aus der Staatskasse ersetzt. Im ganzen ist der Staatszuschuß auf 250 000 Kronen jährlich bemessen. Gebraucht eine Kommune nicht ihren vollen Anteil, so kann sie im folgenden Jahre einen um so viel höheren Zuschuß beziehen. Das wichtigste an dem neuen Gesetz ist jedoch eine gründliche Demokratisierung der Verwaltung der Hilfsklassen. Sie sind die erste öffentliche Institution in Dänemark, für die das gleiche allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen, verheiratete wie ledige, Dienstleute nicht ausgeschlossen, eingeführt wird, und zwar das aktive und passive Wahlrecht. — Das Gesetz gilt vorläufig noch nicht für Kopenhagen, weil hier eine Freie Armenklasse nicht besteht, sondern nur eine Unterstützungsvereinigung, die allerdings auch in Zukunft noch Staatszuschuß nach dem Gesetz von 1904 genießt. Voraussichtlich werden aber auch für die Hauptstadt bereits im nächsten Jahre Hilfsklassen nach dem neuen Gesetz mit der vom Volke gewählten Verwaltung eingeführt.

Über den Gesetzentwurf der dänischen Regierung, betreffend die Einführung des allgemeinen Kommunalwahlrechts für Männer und Frauen unter Anwendung der Proportionalwahlmethode, verhandelte seit längerem eine aus Mitgliedern des Folkethings und Landthings zusammengesetzte Kommission. Am 8. April legten die Vertreter der Regierungspartei und die Wortführer der gemäßigten in den der Kommission einen Vorschlag zu einem Einverständnis vor. Dieser Vorschlag kam in einzelnen Punkten den Wünschen der Freikonservativen entgegen; so forderte

er als Bedingung für die Ausübung des Wahlrechts einjährigen Aufenthalt in der Kommune, und zwar während des dem jeweiligen Steuerjahr vorausgehenden Jahres. Er sah ferner bei größeren Steuererhöhungen ein Referendum der Gemeindegewähler vor. Auch die Wahlmethode zu den Amtsämtern sollte nach ihm dahin abgeändert werden, daß die größeren Gutsbesitzer, die bisher die Hälfte der Amtsamtmitglieder wählen konnten, nur mehr ein Drittel der Plätze besetzen dürfen. Am 9. April schloß der Ausschuß seine Verhandlungen ergebnislos. Die Reformpartei und die Freikonservativen zogen ihre während der Beratung gestellten Änderungsanträge zurück. Bei der Wortführerwahl stimmten die Freikonservativen für den Kandidaten der Rechten, während sie bisher bei der gleichen Wahl mit der Regierungspartei zusammengestanden hatten.

Zum Kampfe um das Frauenwahlrecht in England. Der Antrag Dickinson zugunsten des Frauenwahlrechts, über den kürzlich im englischen Parlament verhandelt wurde, forderte kein allgemeines Frauenwahlrecht, sondern nur ein Damenwahlrecht. Er hatte folgenden Wortlaut:

„1. In allen Gesetzen, welche sich auf die Berechtigung der Personen beziehen, bei der Erwählung der Parlamentsmitglieder eine Stimme abzugeben und in die Wählerlisten eingetragen zu werden, sollen alle Worte, die für das männliche Geschlecht gelten, auch für die Frauen gelten. 2. Eine Frau soll nicht durch ihre Verheiratung des Rechts beraubt werden, diesen Bestimmungen entsprechend in die Wählerliste eingetragen zu werden oder an der Abstimmung teilzunehmen, ungeachtet eines etwa entgegenstehenden Gesetzes oder Gebrauchs.“ Da in England das geltende Männerwahlrecht zum Parlament kein allgemeines ist, wäre diesem Antrag entsprechend auch das Frauenwahlrecht kein allgemeines gewesen, sondern in der Hauptsache nur den besitzenden Damen zugute gekommen. Der Premierminister wies mit Recht auf seinen undemokratischen Charakter hin, darauf, daß er die meisten Arbeiterinnen rechtlos belasse. Der Antrag war aber auch insofern halb und demokratisch, als er bloß das aktive und nicht auch das passive Wahlrecht forderte, das heißt den Frauen das Recht vorenthielt, selbst in das Parlament gewählt zu werden.

In Wirklichkeit demokratisch ist dagegen der Antrag, den Sir Charles Dilke für die Zuerkennung des Wahlrechts an alle großjährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts eingebracht hat. Er lautet:

„1. Jeder großjährige Mann und jede großjährige Frau, ob verheiratet oder ledig, soll das Wahlrecht zu der Parlaments- und Gemeindegewahl des Kreises besitzen, wo er beziehungsweise sie wohnt, und gebührend in die Wählerlisten eingetragen werden, es sei denn, daß er beziehungsweise sie durch andere Gründe als Geschlecht oder Berehelichung auf Grund des gemeinen Rechts oder eines Parlamentsgesetzes des Wahlrechts verlustig gehe. 2. Niemand kann als Parlamentsmitglied von einer Universität oder Vereinigung von Universitäten gewählt werden. 3. Niemand soll durch Geschlecht oder Berehelichung das Recht verlieren, als Mitglied jedes Parlaments (das heißt bei Fortbestand des Oberhauses auch des Oberhauses) oder eines Gemeinde- oder Grafschaftsrats gewählt zu werden oder sonst irgend welches öffentliche Amt auszuüben.“ — Dieser Antrag ist außer von Sir Charles Dilke auch von Keir Hardie und anderen Mitgliedern der Arbeiterpartei unterzeichnet. Seine Annahmewürde die Demokratisierung des Parlaments- und des Gemeindegewahlrechts bedeuten. Wenn es der englischen Regierung ernst ist mit ihrer Bemängelung des undemokratischen Charakters des bürgerlich-frauenrechtlerischen Antrags Dickinson, so braucht sie sich nur für den Antrag Dilke zu erklären. Ob sie das tut, ist billig zu bezweifeln.

In Paris haben zwei sozialistische Demonstrationen für das Frauenwahlrecht im März stattgefunden.

Der Parteitag der holländischen Sozialdemokratie beschloß, an den Internationalen Sozialistenkongress zu Stuttgart den Antrag zu stellen, die Frage des Frauenwahlrechts auf seine Tagesordnung zu setzen.

Fürsorge für Mutter und Kind.

Der preussische Staat im Kampfe gegen Kindergärten. Es ist erreicht! In Preussisch-Polen fährt man einen erbitterten Krieg mit Schulkindern, in der preussischen Residenz muß man sogar gegen Kindergartenzöglinge zu Felde ziehen! — Seit ungefähr einem Jahre besteht in Berlin-Charlottenburg ein Verein „Freier Kindergarten“, der für die Einrichtung von Kindergärten auf dem Boden moderner Pädagogik und Kinderpsychologie und unter strenger Vermeidung jeder politischen und religiösen Beeinflussung eintritt. Der Verein umfaßt mehrere hundert Personen verschiedener Parteirichtungen, neben einer Reihe Sozialdemokraten zum Beispiel auch Pfarrer Raumann, Professor Förster und andere mehr. Der erste derartige Kindergarten wurde vor elf Monaten ins Leben gerufen und hatte sich zahlreiche Freunde unter Eltern und Kindern erworben. Am 28. März erhielt die Leiterin des Kindergartens, Frau Toni Suhmann, Ostin des Augenarztes Dr. Suhmann in Charlottenburg, eine Verfügung der Regierung in Potsdam, wonach ihr die Konzession für die Weiterführung des Kindergartens und des angeschlossenen Kinderhortes entzogen und für jeden Tag des Weiterbetriebs eine Strafe von 20 Mk. angedroht wurde. Die Verfügung begründet diesen sogar für Preußen unerhörten Gewaltakt mit den Worten:

„Die Schließung erfolgt, weil nach dem Ergebnis der angestellten Erhebungen beide Einrichtungen (Kindergarten und Kinderhort) sozialdemokratischen Bestrebungen dienen.“

Der preussische Staat muß sich doch recht wackelig auf den Beinen fühlen, wenn er von drei- und vierjährigen Kindern „staatsgefährliche Umtriebe“ befürchtet. Und worin haben denn die „sozialdemokratischen Bestrebungen“ bestanden, um darentwillen man diese Staatsaktion veranlaßt hat? Die Kinder haben im Freien Kindergärten nicht die der Form nach fürchterlichen und dem Inhalt nach unverständlichen frommen Verslein und Sprüche gelernt, die in anderen Kindergärten üblich sind, und auch dem Byzantinismus, der sich allenthalben breit macht, sind keine Konzessionen gemacht worden; beides in Befolgung des Statuts, welches dem Kindergarten völlige politische und religiöse Neutralität zur Pflicht macht. Doch der preussische Staat läßt sich nicht ungestraft ignorieren. Die Eltern hatten ihre Kinder mit Freuden dieser Einrichtung anvertraut, die Kinder waren dort froh und glücklich gewesen, die Leiterin hatte sich ihrer Aufgabe mit Begeisterung gewidmet — jetzt stehen die Kleinen weinend vor ihrem verschlossenen Paradies und als Gabriel mit dem blühenden Schwert steht der preussische Schutzmann da und macht es den Kindern beizeiten klar, weich ein Glück es ist, in Preußen zu leben!

Wir sind gespannt, was für Begründungsausflüchte die eingelegte Beschwerde hervorlocken wird. Wie aber auch die Entscheidung der oberen Instanz ausfallen möge, die Frauen des Proletariats können aus diesem Beispiel erkennen, wie sehr der kapitalistische Staat eine Generation fürchtet, die frei von frömmelnder und hurrapatriotischer Gehirnverfleisterung aufwächst. Und die Mütter mögen daraus lernen, wie notwendig es ist, dem staatlichen Unteranderrill durch eine freiheitliche, vom sozialistischen Gedanken getragene häusliche Erziehung ein kräftiges Gegengewicht zu schaffen.

Die Einführung von Stillprämien zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit beabsichtigt die Stadtgemeinde München. Vor kurzem ist ihr ein Legat von 100 000 Mk. zugefallen, dessen Zinsen für diesen Zweck angelegt werden sollen. In erster Linie sollen unbemittelte Mütter, gleichviel ob verheiratet oder nicht, die ihre Kinder stillen, Prämien erhalten. Wenn sich diese Bestimmung nach der Ansicht des Magistrats als undurchführbar erweist, so beabsichtigt man, die Zinsen des Kapitals zur Gründung oder Unterstützung städtischer Krippenanstalten zu verwenden. Die Stiftung soll den Namen „Stiftung zur Bekämpfung der Kindersterblichkeit in München“ tragen.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Eine Konferenz des sozialdemokratischen Frauenklubs Hollands fand am 30. März in Haarlem statt. Auf ihrer Tagesordnung standen die folgenden Punkte: 1. Zweck und Einrichtung des sozialdemokratischen Frauenklubs; 2. „Die proletarische Frau“ als Organ aller Klubs; 3. die Propaganda für das politische Frauenwahlrecht. Wir werden in der nächsten Nummer einen ausführlichen Bericht über die Konferenz bringen.

Frauenbewegung.

Weibliche Gefängnisaufseher. Da sich in Wien die Einrichtung bewährt hat, die weiblichen Sträflinge und Häftlinge durch Frauen beaufsichtigen zu lassen, sollen nunmehr auch an anderen Gefängnissen Oesterreichs Aufseherinnen verwendet werden.

Berichtigung.

Zu dem Artikel von Genossin Zieh über die „Erste deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen“ in Nummer 6 der „Gleichheit“ sendet uns Fräulein Dr. Margarete Bernhardt eine Berichtigung. Sie bezeichnet darin die Angabe, daß sie am Schlusse ihres Referats über das Wahlrecht der Arbeiterinnen zu den Krankenkassen die Erwartung ausgesprochen habe, daß die Arbeitgeber die Arbeiterinnen darüber aufklären würden, wie wertvoll für sie die Ausübung ihres Wahlrechtes zu den Krankenkassen sei, als einen Irrtum. Sie habe sich vielmehr in folgendem Sinne geäußert: „Daß Unterstützung von seiten außenstehender Frauen Hilfe bringen kann, zeigt die letzte Delegiertenwahl zur Ortskrankenkasse der Schneider in Breslau. Die Agitation des Vereins Frauenwohl unter den weiblichen Mitgliedern, die Einberufung von zwei Versammlungen mit Referaten über die Bedeutung der Wahlen und anschließender Diskussion, sorgsame Aufstellung geeigneter Kandidatinnen zeitigten die Wahl einer beträchtlichen Anzahl weiblicher Delegierter.“ Genossin Zieh befindet sich leider, wie unsere Leserinnen wissen, zurzeit im Gefängnis; sie kann sich deshalb zu der Berichtigung nicht äußern. Aus dem von der Preßkommission der Konferenz versandten Bericht über die Verhandlungen ist über die betreffenden Ausführungen Fräulein Dr. Bernhards auch nichts Genaueres ersichtlich.

Zur Beachtung!

Wir machen die Genossinnen auf den außerordentlich reichhaltigen Inhalt dieser Nummer aufmerksam. Nicht nur ist die Kinderbeilage doppelt so stark als im Vorjahr, auch das Hauptblatt erscheint diesmal um vier Seiten stärker als gewöhnlich. Offenbar ist dies den Genossinnen ein Ansporn, noch mehr wie bisher für ihre Zeitung zu agitieren. Wir weisen gleichzeitig darauf hin, daß Nr. 9 als Matinummer erscheint. Die Vertrauenspersonen wollen ihren Bedarf an Agitationsexemplaren rechtzeitig beim Verlag der „Gleichheit“, Paul Singer, Stuttgart, Furtbachstr. 12, bestellen.

Frühlingsbotschaft.

Von Gottfried Keller.

Zum Gerichte rief der Frühling.
Denn mit Strenge zu verfahren
Gegen lehrerisch verstockte
Abelsinnige Verzweiflung,
Haben seine Heiligkeit
Bei der Sonne Glanz geschworen.

Und in grünem Feuer flammen
Alle Bäume nun auf Erden,
Jeder Baum ist eine Flamme!
Und geschürt sind alle Blüten,
Angesacht glänzen alle Rosen,
Während die schismatisch grauen
Aufgelösten Nebelknoten
Klagend durch die Lüfte flattern,
Gleich verbrannter Reher Asche;
Doch der heilig ernste Himmel
Läßt sie ohne Spur verschwinden,
Und er schaut ins grüne Feuer
Mit erbarmungsloser Bläue.

Habt ihr jeho unter euch
Einen schlimmen und verschraubten
Heuchlerischen und verstockten
Und verbohrt Hypochonder,
Der da zwischen Gut und Böse
Eigensinnig schwankt und zweifelt,
Weber warm noch kalt kann werden,
Oder zu gerechtem Argwohn
Grund gibt, daß sein schwarzes Innres
Wohl ein ungeheures hohles
Aufgeblasnes Schisma berge:
Diesen legt nun auf die Folter,
Diesen laßt nun bekennen!
Bindet ihn mit jungem Eisen,
Werft ihn nieder auf die Rosen,
Gießt ihm Wein auf seine Junge,
Tropfen flüssig heißen Goldes,
Daß den Mann zum Beichten zwingt,
Glas auf Glas, bis er bekennet!

Zeiget sich ein Hoffnungsfunke,
Nur ein Fünklein heitern Glaubens,
Nur ein Strahl des guten Geistes,
O so stellt ihn auf zur Linken,
Zur Belehrung und zur Befrugung!
O so stellt ihn, wo das Herz schlägt,
Auf der Menschheit frohe Linke,
Auf des Frühlings große Seite!

Sollt' es sich jedoch ereignen,
Daß das peinliche Verfahren
Nichts enthüllte, nichts ergäbe,
Was da nur der Rede wert,
Das Delirium des Kaufsches
Selbst nur eine dunkle Leere
Vor den Nichtern offenbarte:
Schleunig laßt den Sünder laufen,
Zagt ihn stracks zur schnöden Rechten,
Wo Geheul und Zähnelappern
Dummheit und Verdammnis wohnen!

Ein Stelldichein.

Von Iwan Turgenjew.

(Schluß.)

„Nun,“ begann der Mann, noch immer mit dem
Blick seitwärts, den Fuß bewegend und gähnend, „bist
du schon lange hier?“

Das Mädchen vermochte ihm nicht sogleich zu ant-
worten.

„Schon lange, Viktor Alexandritsch,“ sagte sie endlich
mit kaum vernehmbarer Stimme.

„Ah“ — er nahm seine Mütze ab, fuhr sich vornehm
mit der Hand durch das dicke, aufgelockerte Haar,
welches fast unmittelbar bei den Schläfen begann, und
blickte dann würdevoll um sich, worauf er nachlässig sein
teures Haupt wieder bedeckte — „ah, ich habe das doch
ganz und gar vergessen. Es hat ja übrigens auch ge-
regnet.“ Er gähnte wiederum. „Es gibt ungeheuer viel
zu tun, und alles kann man nicht im Kopfe behalten,
und selbst dabei wird noch vom Herrn gescholten. Wir
fahren morgen“ —

„Morgen?“ wiederholte das Mädchen und heftete
einen erschrocken Blick auf den Sprecher.

„Morgen. Nun, nun,“ fuhr er eifrig auf, und mit
Verdruß, als er bemerkte, daß sie zitterte und das Haupt
schüttelte, „Kulina, weine nur nicht; du weißt wohl, daß
ich dies nicht leiden mag;“ er räusperte dabei seine stumpfe
Nase. „Ich gehe sonst sofort wieder; was das für eine
Torheit ist, zu weinen“ —

„Nein, ich will nicht weinen,“ stammelte Kulina
betrübt, mit Anstrengung ihre Tränen hinunterschluckend.
„Also morgen fahrt Ihr?“ fügte sie nach kurzer Pause
hinzu; „wenn wird Gott geben, daß wir uns wiedersehen,
Viktor Alexandritsch?“

Wir werden uns schon wiedersehen. Wenn nicht im
nächsten Jahre, so doch — später. Der Herr scheint in
Petersburg ins Amt eintreten zu wollen,“ fuhr er fort,

nachlässig und etwas durch die Nase sprechend, „es kann
aber auch sein, daß wir ins Ausland gehen.“

„Ihr werdet mich vergessen, Viktor Alexandritsch?“
sprach Kulina trübe.

„Nein, weshalb auch? Ich werde dich nicht vergessen,
aber bleibe du nur verständig, sei keine Törrin und ge-
horche deinem Vater. Dich werde ich nicht vergessen,
nein“ — er dehnte sich ruhig und gähnte von neuem.

„Vergeß mich nicht, Viktor Alexandritsch,“ wieder-
holte sie mit beschwörender Stimme, „wie habe ich Euch
geliebt, alles, alles für Euch — Ihr sagt, ich solle
meinem Vater gehorchen, Viktor Alexandritsch; aber wie
soll ich das?“

„Wie?“ Er brachte dieses Wort hervor, als käme
es aus seinem Magen, legte sich auf den Rücken und
stemmte die Hände unter den Nacken.

„Ja, Viktor, Ihr wißt doch selbst!“ —

Sie schwieg, Viktor aber spielte mit seiner stählernen
Uhrkette.

„Kulina, du bist doch kein dummes Mädchen,“ hub
er endlich an, „deshalb schwage kein dummes Zeug. Ich
will dein Bestes, verstehst du mich? Gewiß, du bist nicht
ohne Verstand, nicht so ganz Bäuerin, so zu sagen, und
deine Mutter war es ja auch nicht ganz; du hast etwas
Bildung und mußt daher gehorchen, wie dir gesagt wird.“

„Aber es ist doch furchtbar, Viktor Alexandritsch.“

„Ach, Dummheit, Kind. Wo ist denn etwas Furcht-
bares? — Was hast du denn da?“ fügte er plötzlich
hinzu, sich zu ihr hinbeugend, „Blumen?“

„Blumen,“ versetzte Kulina traurig; „es sind Vogel-
beerblüten,“ fuhr sie fort, etwas lebendiger sprechend,
„ich habe sie für die jungen Kälber gepflückt, denen be-
kommen sie sehr gut, und dieses da ist Wasserhaas, der
ist gegen Skrofeln. Seht Ihr da die seltsame Blüte,
ich habe eine solche mein Lebtag noch nicht gesehen. Hier
ist Bergisminnisch und Stiefmütterchen. Dies aber habe
ich für Euch gepflückt,“ fügte sie hinzu, aus den Blumen
ein kleines Sträußchen blauer Kornblumen nehmend, das
sie mit einem dünnen Grassalm zusammengebunden hatte,
„wollt Ihr es?“

Viktor streckte nachlässig die Hand aus, ergriff die
Blumen und roch daran mit gleichgültiger Miene, dann
drehte er den Strauß zwischen den Fingern, in Gedanken
verloren ins Weite starrend. Kulina blickte ihn an, es
lag so viel zarte Hingebung in diesem traurigen Blick,
so viel Neigung und Liebe! Sie sah lieblich aus in diesem
Augenblick; sie war so zutraulich, so ganz hingebend für ihn,
sie schmiegte sich an ihn und schmeichelte, und er — er warf
die Kornblumen auf den Boden und holte dann aus seiner
Palettasche ein rundes Monofel mit Bronzeinsassung
hervor, welches er in das Auge klemmte; indessen wie sehr
er sich auch bemühte, es im eingeklemmten Auge zu be-
halten, und sogar die Nase dabei zu Hilfe nahm — das
Glas entglitt ihm immer wieder und fiel ihm in die Hand.

„Was ist denn das?“ fragte ihn Kulina erstaunt.

„Eine Vornette,“ antwortete er wichtig.

„Wozu dient sie?“

„Damit man besser sehen kann.“

„Ach, zeig doch einmal her!“

Viktor runzelte die Stirn, aber er gab ihr das Monofel.

„Zerbrich mir es nicht,“ sagte er.

„O, ich werde es nicht zerbrechen.“

„Die Augen, die Augen mußt du zusammendrücken,“
sagte er mit dem Tone eines unzufriedenen Schulmeisters.
Sie drückte das Auge zusammen, vor welches sie das
Glas hielt.

„Nicht dies, nicht dies, Dummkopf! Das andere
Auge!“ rief Viktor, und ohne ihr Zeit zu geben, ihren
Irrtum zu verbessern, entriß er ihr das Glas wieder.

Kulina errödete, lächelte ein wenig und wandte sich ab.
„Das ist nichts für uns,“ sagte sie, schwieg dann und
seufzte.

„Ach Viktor, wie schwer wird es mir werden, ohne
Euch zu sein,“ hub sie plötzlich wieder an.

„Ja ja, anfangs wird es dir schon etwas schwer an-
kommen,“ sagte er, sie herablassend auf die Schulter
klopfend; Kulina nahm behutsam seine Hand von ihrer
Schulter und küßte sie sanft. „Ja ja, du bist ein gutes
Kind,“ fuhr er fort, eingebildet lächelnd, „aber was kann
ich dafür? Urteile selbst! Hier kann ich mit dem Herrn
nicht bleiben, der Winter kommt bald, und ein Winter
auf dem Dorfe, du weißt das ja am besten, ist schrecklich!
Hingegen in Petersburg, ja, da gibt es Wunderdinge,
wie sie dein dummes Köpfchen sich im Schlafe nicht zu
träumen vermag. Was für Häuser, die Straßen, die
Gesellschaft, diese Bildung — es ist wunderbar!“ —
Kulina lauschte seinen Worten mit lebendigem Interesse,
ihre Lippen waren halb geöffnet, sie erschien wie ein
Kind. „Aber wozu erzähle ich dir doch das alles,“ sagte
er, auf den Erdboden stampfend, „du kannst es ja doch
nicht verstehen!“

„Warum, Viktor Alexandritsch? Ich habe Euch ver-
standen, ich verstehe alles.“

„Sieh nur an!“

Kulina senkte das Köpfchen. „Ihr habt früher doch
gar nicht so mit mir gesprochen, Viktor,“ sagte sie, ohne
die Augen zu erheben.

„Früher? Was soll das ‚früher‘?“ antwortete er,
gleichsam unwillig.

Sie schwiegen beide.

„Indessen ich muß jetzt gehen,“ hub er wieder an
und stemmte sich auf den Ellbogen.

„Ach, wartet doch noch ein wenig,“ antwortete Kulina
in flehendem Tone.

„Wozu warten? Ich habe mich ja von dir schon
verabschiedet.“

„Noch ein wenig,“ wiederholte das Mädchen.

Viktor legte sich wieder hin und begann zu pfeifen,
Kulina verwandte kein Auge von ihm.

„Viktor Alexandritsch,“ begann sie endlich mit fliegen-
der Stimme, „es ist nicht schön von Euch, bei Gott“ —

„Was ist nicht schön von mir?“ antwortete er, die
Brauen ziehend, hob leicht den Kopf und wandte sich
zu ihr.

„Es ist nicht schön von Euch. Hättet Ihr zum Ab-
schied nur ein freundliches Wörtchen zu mir gesagt; nur
ein Wörtchen zu der armen Waise.“

„Aber was soll ich zu dir sagen?“

„Ich weiß es nicht, Ihr müßt das besser wissen,
Viktor Alexandritsch. Ihr wollt von hier wegreisen, und
kein liebes Wort habt Ihr. Womit habe ich das verdient?“

„Du bist doch recht seltsam! Was soll ich tun?“

„Ein einziges liebes Wort!“

„Ach, du willst immer nur ein und dasselbe,“ sagte
er mit Verdruß und stand auf.

„Seid mir nicht böse, Viktor Alexandritsch,“ rief sie
hastig aus, kaum noch die Tränen haltend.

„Ich bin nicht böse, aber du bist so törricht. Was willst
du denn? Ich kann dich ja doch nicht heiraten, ich kann
ja nicht. Also, was willst du noch? Wie?“

„Nichts — nichts will ich,“ antwortete Kulina
schluchzend und es kaum wagend, die dargebotene Hand
zu ergreifen; „ach, ich wollte ja nur ein freundliches
Wort zum Abschied von Euch haben!“ Ihre Tränen
tannen in Strömen.

„So ist es schon, sie kam, um zu weinen,“ sagte
Viktor Alexandritsch kalt und zog sich seine Mütze über
die Augen.

„Ich will gar nichts,“ fuhr das Mädchen fort,
schluchzend und das Gesicht mit beiden Händen bedeckend,
„aber was habe ich nun noch auf der Welt, was habe
ich nun noch? Und wie wird es mir ergehen, was wird
mein Schicksal sein? Sie werden mich einem Ungeliebten
verheiraten.“

„Du mußt singen, singen,“ ermunterte sie halblaut
Viktor, ungeduldig auf seinem Platze hin und her tretend.

„Ach, hättet Ihr nur ein einziges freundliches Wört-
chen für mich gehabt, nur eines; hättet Ihr gesagt:
„Kulina“ —

Ein plötzlicher Schmerzensausbruch ließ sie ihre Rede
nicht vollenden, sie warf sich mit dem Gesicht ins Gras
und weinte bitterlich. Ihr ganzer Körper bebte unter
ihrem Schmerz, ihr Nacken hob sich hoch empor. Der
langverhaltene Schmerz hatte sich endlich Bahn gebrochen.
Viktor stand neben ihr, er suchte die Schultern, wandte
sich und ging mit großen Schritten davon.

Es vergingen einige Augenblicke; sie ward ruhiger,
hob den Kopf und sprang empor. Sie schaute um sich
und gestikulerte mit den Armen; sie wollte ihm nach-
eilen, aber die Füße zitterten unter ihr, und sie brach
in die Knie.

Ich konnte mich jetzt nicht mehr halten und eilte ihr
zu Hilfe, aber kaum war sie meiner anständig geworden,
als sie ihre Kräfte zusammenraffte und mit einem
schwachen Schrei sich erhob, um zwischen den Bäumen
zu verschwinden. Nur die verstreut umherliegenden
Blumen blieben zurück.

Ich blieb stehen und hob das Kornblumensträußchen
auf, dann verließ ich den Wald und trat hinaus aufs
Feld. Die Sonne stand bereits niedrig am Himmel, und
ihre Strahlen waren blaß und kalt; sie glänzten nicht,
sondern schienen sich in einem gleichmäßigen, fast wässrigen
Lichte zu ergießen. Es war noch eine halbe Stunde bis
zum Einbruch des Abends, und das Abendrot begann
kaum merklich aufzusteigen. Ein scharfer Wind wehte
mir über die gelben dünnen Stoppeln entgegen und trieb
rings um mich über Weg und Steg kleine Blätter vor
sich her; der Rand des Waldes, welcher an das Feld
gränzte, rauschte bewegt und glicherte, aber nicht mehr so
hell. An den Grasshalmen blinkten und wogten zahllose
Spinnefäden.

Ich ging heimwärts; das Bild der armen Kulina
wollte mich lange nicht verlassen, und ihre Kornblumen,
die schon längst verwelkt sind, bewahre ich noch heute
bei mir auf.